

Neufassung des Elysée-Vertrags Vorschläge des EVTZ Eurodistrikt PAMINA

Die wahren Herausforderungen einer proaktiven Zusammenarbeit zugunsten der
Zivilgesellschaft sowie wirtschaftlicher und öffentlicher Akteure.
Für ein besseres Verständnis der territorialen Vorgehensweise.

„Wenn die Grenzen verblassen, werden Träume Wirklichkeit“

Patrice HARSTER

Vorwort

Noch nie fand die grenzüberschreitende Zusammenarbeit so große Beachtung wie in diesem Jahr. Seit der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. September 2017, in der die Grenze als Wachstumsbremse dargestellt wurde, während die Grenzregionen die Orte sind, an denen die europäische Integration am positivsten zu spüren sein sollte, und der Entscheidung, den Elysée-Vertrag zu überarbeiten, indem erstmals ein umfassender Abschnitt über die deutsch-französische grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgenommen wurde, ist auch in den kleinsten Strukturen am Oberrhein eine neue Dynamik entstanden.

Lange Zeit vergessen - trotz aller Vorschläge in den verschiedenen Berichten, die erarbeitet und der Regierung, insbesondere in Frankreich, vorgelegt wurden - scheint die grenzüberschreitende Zusammenarbeit heute eine Herausforderung der europäischen Entwicklung und der Integration zu sein, die sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wahrgenommen wird. Alle Anstrengungen, die aktuell unternommen werden und die in den Grenzgebieten und insbesondere in den Eurodistrikten große Hoffnung entfachen, dürfen am Ende nicht nur zu einem symbolischen Akt führen, der zum wiederholten Mal die Förderung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorschlägt.

Die auf nationaler Ebene vorzulegenden Vorschläge müssen auf die Grenzen anwendbar sein; dafür ist ein gutes Verständnis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, d. h. der lokalen territorialen Zusammenarbeit, unerlässlich. Instrumente, genauer gesagt grenzüberschreitende Strukturen, gibt es am Oberrhein in ausreichender Menge, zumindest was die öffentlichen Akteure betrifft. Sie alle haben eine verlässliche Governance, finden aber oft Hindernissen vor, welche die operative Umsetzung von Maßnahmen, politischen Strategien oder Projekten verhindern.

Der EVTZ Eurodistrikt PAMINA hat eine Governance, die stark in der Zusammenführung von Kompetenzen verwurzelt ist und nicht auf einer Übertragung von Kompetenzen oder der Aufgabe von staatlichen Souveränitätsrechten beruht. Ausgehend von der Feststellung, dass eine Verfassungsänderung oder gar eine neue Kompetenzverteilung in Frankreich und Deutschland ein viel zu schwerfälliges Verfahren im Verhältnis zum erwarteten Ergebnis ist, vertritt der Eurodistrikt die Ansicht, dass die Akteure, insbesondere die öffentlichen Akteure, auf beiden Seiten der Grenze näher zusammenrücken und gemeinsam Lösungen erarbeiten müssen, die es ermöglichen, die Hindernisse abzubauen und so den Alltag der Bevölkerung zu verbessern. Dieser Multi-Level-Governance-Ansatz wird auch auf europäischer Ebene geteilt.

Heute müssen die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt des grenzüberschreitenden Handelns gestellt werden. Dieses Ziel dürfen wir nicht aufgrund einer Fehleinschätzung der Herausforderungen verfehlen. Wir müssen zum richtigen Zeitpunkt handeln und dürfen die verschiedenen Prozesse nicht verlangsamen.

"Lassen Sie uns diesen dynamischen Elan, der auf persönlichen und starken Überzeugungen beruht, nutzen, um gemeinsam an der Entwicklung unseres Grenzgebiets zu arbeiten und damit den europäischen Behörden und anderen Regionen unsere Entschlossenheit zur Realisierung einer beispielhaften Zusammenarbeit zu zeigen."¹

Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

Rémi BERTRAND
Präsident EVTZ Eurodistrikt PAMINA

¹ PAMINA – Une nouvelle transfrontalière – Daniel Hoeffel – Juin 1996

Einleitung

Aufgrund seines 30-jährigen Engagements in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fühlt sich der Eurodistrikt PAMINA verpflichtet, zur Revision des Elysée-Vertrags und insbesondere zum Abschnitt über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beizutragen. Gemäß dem Wunsch, den der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne geäußert hatte. *"Lassen Sie uns arbeiten und unsere gemeinsamen Verpflichtungen in einem neuen Kooperationsvertrag festhalten, den wir gemeinsam zum 55. Jahrestag des Gründungsvertrags am 22. Januar 2018 unterzeichnen können. Lasst uns am 22. Januar einen weiteren Elysée-Vertrag machen."*²

Die gemeinsame Resolution der beiden Parlamente vom 22. Januar 2018 in Paris und Berlin enthält Vorschläge zu den Eurodistrikten. Abgesehen von diesen Vorschlägen und dem gegenwärtigen Kontext, der die Annäherung und Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit begünstigt, geht es darum, die wirklichen Herausforderungen einer grenznahen Kooperation ohne Hindernisse, ohne physische oder gar mentale Grenzen zu definieren.

Auf den ersten Blick interessieren sich die Bürgerinnen und Bürger nicht für grenzüberschreitende, europäische oder nationale Strukturen und deren Funktionsweise, sondern für die Maßnahmen, die ihr tägliches Leben bestimmen. Dies gilt umso mehr, je näher sie an einer Grenze leben. Derselbe Bürger wird sich bei Abstimmungen für oder gegen die vorgeschlagenen und/oder durchgeführten Maßnahmen entscheiden.

Es geht also nicht unbedingt darum, eine spezifische Governance für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit festzulegen³, sondern um konkrete Maßnahmen zum Abbau von Hindernissen an den Grenzen, zur Beseitigung von „Grenzen“ in Plänen und Verträgen jeglicher Art und zur Nutzung spezifischer Experimentierklauseln oder gar zur Entscheidung über die Art des auf dem geografischen Gebiet anzuwendenden Rechts.⁴

Die europäische Integration als Vektor und die Fähigkeit, die Menschen für ein friedliches Europa zu motivieren und sie von diesem zu überzeugen, werden ständig erwähnt. **Das Verstehen und Sprechen der Sprache des Nachbarn muss der erste Baustein der europäischen Integration sein.**

Ein Grenzgebiet ist grundsätzlich im Ungleichgewicht. Es gibt "ein vor" und "ein nach" der Grenze. Die jüngsten Vorschläge der französischen Regierung zur Außenpolitik und zur Frage der Zusammenarbeit an den Außengrenzen werfen die Frage einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf.⁵ Der Bericht stellt fest, dass Behörden grenzüberschreitende wirtschaftliche und soziale Fragen nur unzureichend berücksichtigen. *„Bezüglich der Dezentralisierung oder des Subsidiaritätsprinzips ist die Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch den Staat nach wie vor unzureichend, auch bei großen Wirtschafts- und Infrastrukturprojekten“*, wie Präfekt Cadiot in seinem Bericht feststellt. Dadurch werden lokale Dynamiken allzu oft nur kleinräumig umgesetzt. Unsere Kommunen, die nur unzureichend unterstützt werden, befinden sich daher bei den Verhandlungen mit den Nachbarländern, -regionen oder -kantonen, die oft über größere (personelle und finanzielle) Kapazitäten verfügen, oft in einer schlechteren Position. Die

² Initiative pour l'Europe - Une Europe souveraine, unie, démocratique – Discours d' Emmanuel Macron, Sorbonne 26 septembre 2017

³ Die grenzüberschreitenden und europäischen Strukturen sowie Instrumente existieren bereits.

⁴ Zukünftige EU-Verordnung zum ECBC

⁵ Diplomatie et Territoire – Pour une action extérieure démultipliée – 21 propositions pour un nouveau partenariat MAEDI-Collectivités territoriales – La documentation Française - 2017

Annahme dieser Herausforderungen könnte angesichts der zentralen geografischen Lage Frankreichs innerhalb der EU jedoch als Strukturierungsachse unserer Wirtschafts- und Europapolitik dienen.“

Ohne allzu sehr auf die jüngste Vergangenheit und alle Berichte und Missionen zur deutsch-französischen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingehen zu wollen noch auf die drei Erklärungen von Saarbrücken, Metz und Hambach⁶, müssen wir leider feststellen, dass nur sehr wenige Vorschläge umgesetzt wurden. Die schließt auch diejenigen mit ein, die während der Feierlichkeiten zum 40-jährigen und 50-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrags gemacht wurden.

Die "Deutsch-Französische Agenda 2020", die am 4. Februar 2010 auf dem 12. Deutsch-Französischen Ministerrat verabschiedet wurde, bleibt mit ihren 80 Vorschlägen ebenfalls ein interessanter Rahmen für die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Sie nennt sechs Hauptaktionsbereiche, in denen unsere beiden Länder zusammenarbeiten müssen, um ihre Partnerschaft im Dienste eines konsolidierten Europas zu stärken. In einem kürzlich erschienenen Bericht des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (CESE)⁷, bedauert der Autor „dass dieses Dokument, dessen Ziel es ist, eine neue Etappe in der deutsch-französischen Partnerschaft einzuleiten, zu sehr einem Katalog von Allgemeinheiten ähnelt, die zwischen Absichtserklärungen, die einerseits die bilaterale Zusammenarbeit und die Zukunft der Europäischen Union vermischen, und andererseits konkreteren Initiativen verstreut sind.“

Diese Feststellung erfolgte auch im Jahr 2010 im Rahmen der parlamentarischen Mission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der auch Frau Fabienne Keller⁸ angehörte. Der Bericht ist diesbezüglich sehr aussagekräftig.

"Auch an Studien und Berichten, Vorschlägen und Projekten mangelt es nicht. Warum wurden sie nicht umgesetzt? Warum wurde der Bericht von Jean UEBERSCHLAG, der jetzt etwa fünfzehn Jahre alt ist, nicht umgesetzt? Die Mission stellte einen Mangel an politischer Unterstützung für die über viele Jahre formulierten Vorschläge fest. Brauchen wir einen Minister oder einen Staatssekretär für Grenzgebiete? Sollte eine Hohe Kommission eingesetzt werden? Auf jeden Fall muss dem Premierminister die Aufgabe übertragen werden, für einen bestimmten Zeitraum eine Regierungsbehörde einzurichten, um die vielen rechtlichen Hindernisse zu beseitigen, die heute die Umsetzung alter Vorschläge verhindern. Die Mission nimmt mit Zufriedenheit den politischen Willen zur Kenntnis, der in dem Missionsschreiben vom 24. Dezember dargelegt ist. Sie befürchtet jedoch, dass die

⁶ Mission sur les travailleurs frontaliers – Député Jean-Luc REITZER – 1995

Rapport de M. Jean Ueberschlag, Député Maire de St Louis «La Coopération transfrontalière - Rapport au Premier Ministre, mars 1996. La coopération transfrontalière. De la nécessité d'élaborer et de mettre en œuvre une véritable politique transfrontalière. Mission de réflexion et de propositions - Assemblée Nationale, 1996.

Rapport sur les relations transfrontalières des collectivités locales française – Député européen Alain Lamassoure – 2005
MISSION PARLEMENTAIRE SUR LA POLITIQUE TRANSFRONTALIERE- Mission confiée par Monsieur le Premier Ministre François Fillon à Etienne Blanc, député de l'Ain, Fabienne Keller, sénatrice du Bas Rhin, Mme Marie Thérèse Sanchez Schmid, députée européenne – Documentation Française 17 juin 2010

Réflexion sur le droit de la coopération transfrontalière et propositions d'évolution – MOT – SCET – 2001

Etude pour une meilleure prise en compte de la dimension transfrontalière par les pays – MOT- DATAR – 2001

Manuel on removing obstacles to cross-border cooperation – ISIG – Conseil de l'Europe – 2013

Diplomatie et territoire – pour une meilleure action extérieure démultipliée – 21 propositions pour un nouveau partenariat – Ministère des Affaires Etrangères et du développement International – 2017

Erklärung von Saarbrücken – 1. Deutsch-französischer Dialog – Saarbrücken, 15. Mai 1999

Konferenz von Metz zur grenzüberschreitenden deutsch-französischen Zusammenarbeit – 7. Juli 2015

Erklärung von Hambach zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Grenzregionen – 6. April 2017

⁷ La coopération franco-allemande au coeur du projet européen – CESE – Alain Terrenoire 2013

⁸ MISSION PARLEMENTAIRE SUR LA POLITIQUE TRANSFRONTALIERE- Mission confiée par Monsieur le Premier Ministre François Fillon à Etienne Blanc, député de l'Ain, Fabienne Keller, sénatrice du Bas Rhin, Mme Marie Thérèse Sanchez Schmid, députée européenne – Documentation Française 17. Juni 2010

Vorschläge, die sie einbringt, in Ermangelung einer politischen Organisation für die Grenzgebiete ohne Folgemaßnahmen bleiben werden.“

Heute haben wir die Möglichkeit, den beiden Regierungen und den beiden Parlamenten konkrete Vorschläge zu unterbreiten, die unserer Erfahrung und dem Alltag der im Eurodistrikt lebenden Menschen gerecht werden. Nachdem wir den Kontext des Prozesses klar definiert und die seit 1963 unterbreiteten Vorschläge und insbesondere den jüngsten Bericht, der dem Premierminister am 18. Mai 2018 vorgelegt wurde (Bericht des Mitgliedes der französischen Nationalversammlung Sylvain Waserman), sowie die beiden Standpunkte der interparlamentarischen Gruppe der beiden Parlamente analysiert haben, schlagen wir vor, die Herausforderungen der lokalen Zusammenarbeit auf der Ebene von drei Prioritäten zu definieren:

- Hindernisse an der deutsch-französischen Grenze
- Territoriale Planung
- Die europäische Ebene

Eine Frage der territorialen Reichweite

Zu jedem Thema werden wir Vorschläge für Leitlinien und Maßnahmen präsentieren, die für die Zivilgesellschaft, Wirtschaftsakteure und öffentliche Akteure umgesetzt werden sollten. Dabei dürfen wir eine wichtige französische Gebietskörperschaft, nämlich die Region Grand Est, nicht vergessen, da sie die gesamte deutsch-französische Grenze umfasst und somit eine bedeutende Schnittstelle zwischen den beiden Staaten darstellt, insbesondere wenn wir das deutsche föderale System und die drei angrenzenden deutschen Bundesländern berücksichtigen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beruht auf „Nähe“ und den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger, die mit der Entfernung zur Grenze und der zeitlichen Distanz zur Umsetzung von Maßnahmen abnimmt. Daher kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht für das gesamte Gebiet in gleicher Weise betrachtet werden; sie betrifft in erster Linie die lokale territoriale Ebene, d.h. die Departements und auf der Ebene der grenzüberschreitenden Strukturen, die fünf Eurodistrikte⁹ am Oberrhein und in der Großregion.

Der jüngste Beitrag der Departements-Präsidenten des Bas-Rhin und Haut-Rhin an den Regionalpräfekten umfasst einen wichtigen Abschnitt über die territoriale Entwicklung, der eng mit einer rheinischen Verankerung verbunden ist. Der Bericht zeigt, dass die unmittelbare Nähe zu den deutschen Bundesländern ein dynamisches Element der territorialen Entwicklung darstellt. Dazu ist es notwendig, über die notwendigen Fähigkeiten und Ressourcen zu verfügen, um mit den deutschen Bundesländern Verträge abzuschließen.¹⁰

⁹ EVTZ Eurodistrict Saar-Moselle, EVTZ Eurodistrikt PAMINA, EVTZ Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau, Eurodistrikt Freiburg-Centre Sud Alsace, Trinationaler Eurodistrikt Basel.

¹⁰ « L'Alsace en commun- Vers une Eurocollectivité d'Alsace » - Beitrag der Departements-Präsidenten des Bas-Rhin und Haut-Rhin, zusammengefasst aus den Vorschlägen der Elsässer zu Händen des Präfekten der Region Grand Est – Frédéric Bierry und Brigitte Klinkert

1. Hintergrund

Heute wird auf Initiative der beiden Regierungen eines deutlich: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist von größter Bedeutung, sie wird zu einem wichtigen Aspekt einer europäischen Politik zur Förderung der Integration und des sozialen Zusammenhalts. Die Symbolik der Annäherung liegt hinter uns, wir müssen jetzt die Voraussetzungen für eine aktive und bürgernahe Zusammenarbeit schaffen.

Anlässlich des 55. Jahrestages des Elysée-Vertrags bekräftigten der Präsident der Französischen Republik und die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Geiste der konkreten Zusammenarbeit und Annäherung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu vertiefen. Der Präsident und die Kanzlerin begrüßten die gemeinsame Resolution beider Parlamente sowie deren Bereitschaft, die Institutionalisierung der Zusammenarbeit durch ein formelles bilaterales parlamentarisches Abkommen zu stärken.

Frankreich und Deutschland sind bestrebt, ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen, um den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht zu werden. Dazu gehört die Festigung und Erneuerung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigen, souveränen, geeinten und demokratischen Europa weiter voranzukommen.

In diesem Sinne haben der Präsident und die Kanzlerin am 19. Januar 2018 in Paris vereinbart, in diesem Jahr einen neuen Elysée-Vertrag auszuarbeiten, der die Zusammenarbeit vorantreiben wird¹¹ :

- *Wir wollen unsere Volkswirtschaften auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten –*

Wir werden die wirtschaftliche Integration vertiefen - unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen in unseren Ländern. Dabei gilt es insbesondere die bilaterale Rechtsharmonisierung und die gemeinsame Umsetzung von EU-Recht in unseren Ländern zu fördern. Wir werden gemeinsame Politiken und Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung, die Digitalisierung und bahnbrechende Innovationen schaffen, unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und die wirtschaftliche, fiskalische und soziale Konvergenz befördern.

- *Wir wollen unsere Gesellschaften und Bürger einander näher bringen –*

Um den Élysée-Vertrag zu modernisieren und voranzutreiben, streben wir danach, die Beziehungen zwischen unseren Zivilgesellschaften, insbesondere zwischen jungen Menschen, zu vertiefen. Aufbauend auf der bedeutsamen Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Deutsch-Französischen Hochschule werden wir unsere bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Kultur fördern. Wir werden ehrgeizige Schritte unternehmen, um den gegenseitigen Spracherwerb auszuweiten. Wir werden Schulpartnerschaften und Austauschprogramme (von Schülern, Studenten, Auszubildenden, Beamten) ausbauen und die Mobilität verbessern. Wir werden Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame kulturelle Projekte in beiden Ländern und in Drittländern weiterentwickeln. Zu diesen Zwecken werden wir neue Kooperationsformen schaffen. Dies schließt den Bereich der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein.

¹¹ Auszug aus der Gemeinsamen Erklärung anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-französischen Kooperationsvertrags vom 22. Januar 1963 (Elysée-Vertrag) – Elysée, 21. Januar 2018

- *Wir wollen gemeinsam Sicherheit, Frieden und Entwicklung fördern –*

Deutschland und Frankreich werden ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik erweitern, sei es im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, beim Krisenmanagement oder der Entwicklungshilfe. Wir werden Wege aufzeigen, um gemeinsamen deutsch-französischen Interessen und Werten effektiver Geltung zu verschaffen, insbesondere im Rahmen von gemeinsamen administrativen und diplomatischen Strukturen, und zwar in multilateralen Institutionen sowie in unseren Beziehungen zu unseren Partnern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Wir werden auch unser strategisches Denken in verteidigungs- und sicherheitspolitischen sowie nachrichtendienstlichen Fragen annähern, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit unserer Polizeikräfte und Nachrichtendienste. Gemeinsam können wir Kräfte bündeln, um unsere Partner zu einem eigenständigen Krisenmanagement zu befähigen und die Entwicklung insbesondere in Afrika zu fördern. Gemeinsam werden wir uns mit Entschlossenheit dafür einsetzen, europäische Antworten auf die Herausforderungen der unkontrollierten Migration zu finden - unter Berücksichtigung der dem Asylrecht zugrundeliegenden Verpflichtungen und Wertvorstellungen.

- *Wir wollen die Herausforderungen der globalisierten Welt angehen –*

Der rasche technologische Fortschritt der heutigen Welt und die Herausforderungen, die sich in der Agenda 2030 und im Pariser Abkommen widerspiegeln, sind ein weiterer Grund, den Élysée-Vertrag - die Grundlage unserer bilateralen Zusammenarbeit - für die kommenden Jahrzehnte zu modernisieren und auszubauen. Gemeinsam streben wir nach Nachhaltigkeit und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in unseren Ländern, der Europäischen Union und weltweit. Wir werden gemeinsam wirksame Strategien und neue technologische Ansätze erarbeiten und unterstützen, z.B. in den Bereichen Klimaschutz, Energie, Mobilität, Biotechnologie und künstliche Intelligenz.

Es zeigt sich, dass die dargelegten Herausforderungen und Vorschläge eher die allgemeine deutsch-französische Politik und weniger die lokale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen. Abgesehen von einer Passage im Kapitel über die Zivilgesellschaft, die sich auf die "grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit" bezieht, gibt es keine konkreten Vorschläge für grenzüberschreitende Maßnahmen.

In den Ansprachen der beiden Präsidenten der jeweiligen Parlamente werden die Eurodistrikte genannt. François de Rugy¹², Präsident der Assemblée Nationale, sagt in seiner Rede :

*„Zwar ist Europa nicht nur eine Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit, aber die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist eine Voraussetzung für die Stärkung Europas. Wir haben eine Verantwortung. Diese Ambition verbinden wir heute mit einem neuen Élysée-Vertrag. Der Ihnen vorliegende Text wurde von einer Gruppe von Abgeordneten ausgearbeitet. Sie bringen sich seit langem in die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ein. Ich möchte Ihnen noch einmal für Ihre Arbeit danken. Sie ist eine seriöse Grundlage, um die Zukunft in Bezug auf wichtige Themen zu planen, zum Beispiel das gegenseitige Erlernen unserer Sprachen – wie Sie hören, muss ich noch Fortschritte machen –, zum Beispiel die industriellen Möglichkeiten in der digitalen Wirtschaft, zum Beispiel **die Eurodistrikte, die die Grenzen zwischen unseren beiden Ländern quasi auslöschen. Das ist eine andere menschliche Realität der deutsch-französischen Beziehung. Dieser Text ist den Ideen des Élysée-Vertrags treu: Er blickt in die Zukunft.**“*

¹² Auszug aus der Rede von François de Rugy, Präsident der Assemblée Nationale, am 22. Januar 2018 in Berlin.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zitiert die Eurodistrikte in seiner Ansprache vor der Nationalversammlung¹³:

*„[Der Vertrag]... ist ein Grund, stolz zu sein: auf das, was wir bereits erreicht haben. Ich stamme aus dem Südwesten Deutschlands, mein Wahlkreis Offenburg und Umgebung endet praktisch an der Stadtgrenze von Straßburg. Hier sehe ich die beeindruckende Entwicklung, die gerade die Grenzregionen genommen haben: Städte, Landschaften wachsen aufeinander zu, Franzosen und Deutsche arbeiten ganz selbstverständlich rechts des Rheins und wohnen links davon – und umgekehrt. **Diese Eurodistrikte wollen wir weiter stärken. Denn hier wird die deutsch-französische Zusammenarbeit gelebt, täglich. Aber was für uns alltäglich wird, scheint uns schnell selbstverständlich – und was selbstverständlich voraussetzungslos.** Wir würdigen in unserer Resolution die deutsch-französische Freundschaft als Geschenk aus der Geschichte. Das ist sie. Wir verdanken es jedoch mutigen Menschen, die nach den Weltkriegen und den deutschen Verbrechen Weitsicht bewiesen. Die Wege zur Versöhnung wiesen.“*

Die Rollen zwischen der Exekutive und der Legislative sowie zwischen den beiden Regierungen und den beiden Parlamenten sind klar definiert. Einerseits Reden und Bemerkungen allgemeinerer Natur bezüglich der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit den Herausforderungen der europäischen Einheit und der Zukunft von deren deutsch-französischer Basis, andererseits Vorschläge einer Gruppe von französischen und deutschen Parlamentariern aus Grenzgebieten, die daher auf "grenzüberschreitende Erfahrungen" zurückgreifen können.

Ziel ist es, einen gemeinsamen Entwurf für die Neufassung des Elysée-Vertrags zu erarbeiten, der es den Eurodistrikten ermöglicht, einen Rechtsrahmen für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen und damit zur Verringerung der (physischen und mentalen) Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen.

¹³ Auszug aus der Rede von Wolfgang Schäuble, Präsident des Bundestages, am 22. Januar 2018 in Paris.

2. Die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit von 1963 bis 2018

Der am 22. Januar 1963 unterzeichnete Elysée-Vertrag kannte drei Momente von symbolischer Bedeutung, die während der Feierlichkeiten zum 40-, 50- und 55-jährigen Jubiläum stattgefunden haben. Einige Punkte betreffen die insbesondere die Eurodistrikte und den EVTZ.

a) 40. Jahrestag

In der am 22. Januar 2003 abgegebenen Erklärung wird unter Punkt 24 ausdrücklich auf die Eurodistrikte hingewiesen: *„Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte auf.“*

Auf dieser Basis entstand der Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau. Es sei darauf hingewiesen, dass der Eurodistrikt PAMINA bereits unter dem Namen "Regio PAMINA" nach dem Karlsruher Abkommen als GÖZ existierte (die Zweckverband Regio PAMINA wurde am 22. Januar 2003 per Präfektoralerlass gegründet).

Der Deutsch-Französische Tag findet seit dem 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags jedes Jahr am 22. Januar statt. Schulen können Aktivitäten in Verbindung mit der Nachbarsprache organisieren, ggf. mit externen Partnern.

b) 50. Jahrestag

Die Erklärung des deutsch-französischen Ministerrats zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags enthält wenig Hinweise auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Er enthält 75 Vorschläge/Empfehlungen, von denen nur der Vorschlag 72 der lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewidmet ist. Dies ist das erste Mal, dass EVTZ erwähnt werden. Eurodistrikte erscheinen nicht mehr, obwohl es davon fünf Stück an der deutsch-französischen Grenze gibt – nicht alle haben die Rechtsform eines EVTZ.

Auszug aus Punkt 72: *„Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Grenzregionen ist vorbildhaft, sowohl bei den Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften, den Dienststellen in den beiden Staaten, den öffentlichen Institutionen, den Unternehmen als auch zwischen den Bevölkerungen. Diese Integration findet in zahlreichen gemeinsamen Projekten ihren Ausdruck, beispielsweise die Schaffung von **Europäischen Verbunden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)**, die Einrichtung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (mit der Schweiz) und der Großregion sowie der Betrieb von Nahverkehrsstrecken. In mehreren Bereichen bestehen Verbesserungsmöglichkeiten als Antwort auf die Besorgnisse unserer Mitbürger, darunter beim Erlernen der Partnersprache und bei der Beschäftigung.“*

Festhalten kann man auch Punkt 73, welcher die Grenzgänger betrifft: *„Über die sehr gute Zusammenarbeit zwischen unseren Arbeitsagenturen hinaus wird unsere Kooperation in Bereichen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts durch die Gründung gemeinsamer Geschäftsstellen für die relevanten Fragen aller Grenzgänger ausgeweitet.“*

Der Service für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung wurde an der gesamten deutsch-französischen Grenze eingerichtet und ist auf dem Gebiet des Eurodistrikts PAMINA die

Form eines Netzwerks von Pôle Emploi und den Arbeitsagenturen der beiden deutschen Bundesländer organisiert.

Erwähnenswert ist auch die Erstellung eines Geschichtslehrbuchs für Gymnasiasten, das in seiner französischen und deutschen Fassung inhaltlich identisch ist.

c) Der 55. Jahrestag

Die gemeinsame Resolution der Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags vom 22. Januar 2018 enthält nur zwei Zitate zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor Ort.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Absatz 3 der Einleitung verweist auf die Notwendigkeit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren, ohne dies näher auszuführen.

Punkt 1 fordert die deutsche und französische Regierung dazu auf, im Laufe des Jahres 2018 einen neuen Elysée-Vertrag zu erarbeiten, in welchem u.a. auf die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Stärkung der Eurodistrikte eingegangen werden soll.

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit macht die Resolution einige Vorschläge:

Vorschlag 1: Förderung gemeinsamer Lösungen in Grenzregionen in folgenden Bereichen:

- gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus dem schulischen, berufsbildenden und akademischen Bereich
- Berufsbildung
- Erlernen der jeweiligen Nachbarsprache
- Austausch von Personal in Kindertagesstätten und Schulen
- Arbeitsvermittlung
- Eintreten für gemeinsame soziale Standards
- medizinische Leistungen im Nachbarland
- innere Sicherheit – insbesondere auch durch einen besseren Datenaustausch und die Zusammenarbeit von Bundespolizei und Police aux Frontières (PAF)
- Verkehr und Infrastruktur
- Verfügbarkeit von Mobilfunknetzen

Vorschlag 2: Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

- Fernverkehrswege
- grenzüberschreitende Schienenverbindungen
- Verkehrswege, wie beispielsweise Fahrradwege

Vorschlag 3 ruft dazu auf, dass die Vertreter der Grenzregionen, insbesondere die der Eurodistrikte, stärker an den Deutsch-Französischen Ministerräten mitwirken sollen und dass die grenzüberschreitenden Einzugsbereiche an der Vorbereitung der Vollversammlungen des Ausschusses der Regionen in Brüssel teilnehmen mit dem Ziel, dort ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Bezüglich der erweiterten Kompetenzen der Eurodistrikte wird in der Erklärung unter Punkt 31 ausgeführt:

„fordert die Regierungen auf, den Eurodistrikten eigenständige Kompetenzen zu übertragen und ggf. Ausnahme- und Experimentierklauseln im jeweiligen nationalen Recht einzuführen; wünscht in dieser Hinsicht, dass die auf Länder- oder Regionalebene notwendigen und angesiedelten Befugnisse mutatis mutandis auf die Eurodistrikte übertragen werden; das ermöglicht den Eurodistrikten, die Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu betreiben.“

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Eurodistrikt PAMINA weder bei der Ausarbeitung des Textes der Resolution noch bei der parlamentarischen Debatte Anfang Januar 2018 in den beiden Parlamenten konsultiert wurde.

Das Konzept der autonomen Kompetenzen ist schwer verständlich und entspricht nicht unbedingt den Erwartungen des Eurodistrikts PAMINA. Dieser Punkt wird später in Kapitel 4 ausführlicher behandelt.

Der Vorschlag zur Einführung von Ausnahme- und Experimentierklauseln in den einzelnen nationalen Gesetzgebungen entspricht der im August 2017 geäußerten Forderung des Eurodistrikt PAMINA. Diese Klauseln gelten nur für die lokale Zusammenarbeit und können daher a priori nicht auf alle französischen und deutschen Gebiete, sondern nur auf die Grenzen übertragen werden.

Der Vorschlag, Kompetenzen von den Ländern und Regionen auf die Eurodistrikte zu übertragen, wirft mehr Fragen auf als es aktuell Antworten gibt. In der Tat kann man ein deutsches Land nicht mit einer französischen Region vergleichen, zumal es nur eine betroffene französische Region gibt, die Region Grand Est. Ein Vergleich der französischen und deutschen Fassung der Resolution zeigt zudem, dass die Übersetzungen nicht exakt übereinstimmen.

Die Formulierung, die es den Eurodistrikten durch die Übertragung von Zuständigkeiten ermöglicht, eine Weisungsbefugnis über grenzüberschreitende Einrichtungen auszuüben, ist nicht vollumfänglich nachvollziehbar, da die Eurodistrikte selbst grenzüberschreitende Einrichtungen sind. Zu beachten ist auch, dass in Frankreich Vorschulen und Gesundheitseinrichtungen nicht in die Zuständigkeit der Region fallen.

Insgesamt wird der Wille zum Ausdruck gebracht, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Rolle der Eurodistrikte an der deutsch-französischen Grenze zu stärken. Die Forderung nach einer Neufassung des Elysée-Vertrags, die ein spezielles Kapitel zu den beiden genannten Punkten enthalten wird, ist ermutigend. Die vorgelegten Leitlinien müssen nun von den beiden Regierungen und den beiden Parlamenten erörtert und angepasst werden. Der Bericht von Sylvain Waserman, der dem Premierminister am 18. Mai 2018 vorgelegt wurde, enthält einige interessante Ansätze sowie die ersten beiden gemeinsamen Standpunkte der beiden Parlamente. Zudem sollen die Eurodistrikte in diesem Zusammenhang ebenfalls noch gehört werden.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit

Zu den Vorschlägen in der gemeinsamen Resolution vom 22. Januar 2018 erlaubt sich der Eurodistrikt PAMINA einige Bemerkungen, insbesondere zu den Punkten 3, 4, 9, 10, 17 und 19.

Punkt 3:

Das ist eine Frage der Mobilität. Sie sollte sich nicht auf den Verkehr beschränken, sondern nach dem Vorbild des PAMINA-Mobilitätsaktionsplans alle Verkehrsträger berücksichtigen. Der Eurodistrikt schlägt beispielsweise vor, die Verbesserung der grenzüberschreitenden Ticketingmöglichkeiten, die Subventionen für rollendes Eisenbahnmateriale und die Lückenschlüsse bei fehlenden Verbindungen, insbesondere auf der Ebene der Eisenbahn, mit aufzunehmen.

Punkt 4:

Der Eurodistrikt PAMINA ist bereit, sich aktiv an dem vorgeschlagenen Programm zu beteiligen.

Punkt 9:

Der Eurodistrikt PAMINA schlägt vor, neben dem Praktikantenstatus und dem bestehenden europäischen Freiwilligendienst auch den nationalen Freiwilligendienst des anderen Landes anzuerkennen. Der französische service civique sollte in die Liste der anerkannten Freiwilligendienste in Deutschland aufgenommen werden, damit das Recht auf Familienzulagen - besonders wichtig in Grenzregionen - den Freiwilligendienst im Grenzgebiet erleichtert.

Punkt 10:

Dies muss in Deutschland mit den Bundesländern abgestimmt werden. Der Schwerpunkt sollte nicht nur auf zweisprachigen Schulen liegen, sondern auch auf der Möglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler, Französisch zu lernen; es ist auch angebracht zu betonen, dass in beiden Ländern die Fremdsprache durchgängig angeboten werden sollte, so dass es nach dem Übergang zur weiterführenden Schule keine Lücke gibt.

Punkt 17:

Die Bedeutung dieses Aspekts in den Grenzregionen ist hervorzuheben.

Punkt 19:

Es wäre wichtig, ein gemeinsames Ziel festzulegen, wie etwa eine Änderung der Energiepolitik oder den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie.

3. Die Neufassung des Elysée-Vertrags für 2019

Diese Revision, die in der gemeinsamen Resolution vom 22. Januar 2018 verankert ist, fordert die beiden Regierungen und die beiden Parlamente auf, gemeinsam den Elysée-Vertrag bis Januar 2019 zu überarbeiten.

3.1 Gemeinsame Vorschläge der beiden Parlamente

Der Deutsche Bundestag und die Nationalversammlung haben eine deutsch-französische Arbeitsgruppe mit 18 Mitgliedern gebildet: neun Mitglieder des Deutschen Bundestages und neun Mitglieder der Nationalversammlung. Diese deutsch-französische Arbeitsgruppe muss einerseits einen Entwurf einer deutsch-französischen Parlamentarischen Vereinbarung ausarbeiten und andererseits mit den Regierungen bei der Ausarbeitung eines neuen Elysée-Vertrags zusammenarbeiten.

Die Gruppe traf sich zum ersten Mal am 17. Mai 2018 in Berlin. Sie hat einen gemeinsamen Standpunkt ausgearbeitet, der mehrere Vorschläge für den künftigen Elysée-Vertrag enthält. Die Gruppe schlägt auch die Umsetzung eines **"Grenzregionen-Pakets"** durch Deutschland und Frankreich vor. Parallel zur Ratifizierung des Elysée-Vertrags müssen also konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden. *„Die Erneuerung der Freundschaft muss neben klaren Worten durch entschlossenes Handeln zum Ausdruck kommen.“¹⁴*

a) Erstes Positionspapier:

In dem Text heißt es: *" Ziel muss es also sein, gemeinsam politische und administrative Lösungen für die Probleme zu finden, die sich aus grenznaher Kooperation und der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger ergeben."* Es wird auf die Hindernisse hingewiesen, auf die die Bürger in ihrem täglichen Leben stoßen.

Bildung einer Arbeitsgruppe

Die Abgeordneten schlagen vor, eine grenzüberschreitende Arbeitsgruppe von hochrangigen Persönlichkeiten einzusetzen, die sich aktiv mit grenzüberschreitenden Hindernissen befassen wird. Sie wird der Mitteilung der Europäischen Kommission KOM(2017) 534 ("Förderung von Wachstum und Zusammenhalt in den Grenzregionen der Europäischen Union") und der künftigen Verordnung ECBC (European Cross Border Convention) Rechnung tragen, die Ausnahmeregelungen vorsieht.

Eigenständige Kompetenzen

Die Parlamentsabgeordneten greifen den Vorschlag der gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2018 auf, die autonome Befugnisse für die Eurodistrikte vorsieht. Es wird vorgeschlagen, dass die Eurodistrikte Entscheidungsbefugnisse und -kompetenzen haben sollten, um ihre Entscheidungen umzusetzen. Es ist festzuhalten, dass der Eurodistrikt aufgrund seines EVTZ-Status bereits über Entscheidungsbefugnisse verfügt.

Ein Kompetenztransfer auf die Eurodistrikte wird einerseits von der EPCI-Ebene und andererseits von der nationalen, regionalen und departementalen Ebene vorgeschlagen. Ich zitiere: "Diese Übertragung ist notwendig und dringend".

In Kapitel 4 werden eine andere Sichtweise und eine andere Alternative entwickelt, die nicht unbedingt auf einem vorrangigen Kompetenztransfer beruhen.

¹⁴ Auszug aus dem Bericht: Für die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte: das "Paket Grenzregionen" - Gemeinsame Stellungnahme - 17. Mai 2018 in Berlin

Ein deutsch-französisches Investitionsprogramm

Im Rahmen einer gemeinsamen Strategie geht es darum, grenzüberschreitende Projekte zu realisieren, die für beide Seiten einen Mehrwert bringen und eine gemeinsame Entwicklung fördern.

Zum einen handelt es sich um:

- Investitionen in die grenzüberschreitende Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnen, Radwege, Wasserstraßen und Brücken, aber auch schnelle Internetverbindungen, Energienetze und Infrastruktur für Elektromobilität.

Zum anderen geht es um:

- grenzüberschreitende Natur- und Erholungsprojekte oder die Entwicklung gemeinsamer Konzepte für den Hochwasserschutz am Rhein.

Die Projekte sind Teil eines gemeinsamen deutsch-französischen Investitionsprogramms für Grenzregionen. Das Programm wird unter der Federführung beider Regierungen entwickelt.

Die Einrichtung eines speziellen Investmentfonds für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde bereits mehrfach am Oberrhein diskutiert. Es geht um die Frage der Instanzen, die für den Fonds sorgen und über die Zuweisung der Mittel an die Begünstigten entscheiden müssen. Ohne diesen Vorschlag, der von einer guten Absicht ausgeht, kritisieren zu wollen, sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass er nicht den Erwartungen eines Grenzgebiets entspricht, das keinen besonderen Investitionsstatus erfordert. Die nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften müssen in der Lage sein, die erforderlichen Investitionen in ihre jeweiligen Haushalte unter Berücksichtigung ihrer Zuständigkeiten zu tätigen. Ist dies nicht der Fall, weil durch den Grenzeffekt zusätzliche Kosten entstehen, ist ein spezifisches staatliches Förderprogramm erforderlich. Diese Praxis ist in INTERREG-Programmen üblich und könnte dank eines zwischen den beiden Regierungen unterzeichneten deutsch-französischen Abkommens am Oberrhein umgesetzt werden.

Differenzierte Bewertung der Auswirkungen von Gesetzen

Die möglichen Auswirkungen von Gesetzgebungsprojekten auf die grenzüberschreitenden Beziehungen für die Grenzregionen sollten in beiden Ländern systematisch und differenziert analysiert werden.

b) Das "Grenzregionen-Paket"

Es handelt sich um eine Reihe von grenzüberschreitenden Projekten, die sich auf 12 Themen konzentrieren. Wir stellen fest, dass die Gesundheitskomponente vergessen wurde. Die Vorschläge sind interessant und der Eurodistrikt PAMINA unterstützt sie. Die folgenden Projekte sollten jedoch für das Gebiet des Eurodistrikts PAMINA aufgenommen werden.

Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung

Der Text erwähnt, dass der " grenzüberschreitende Vermittlungsdienst in Strasbourg-Ortenau ein einzigartiges Pilotprojekt ist, das entwickelt werden muss". Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Dienst bereits auf die gesamte deutsch-französische Grenze ausgedehnt wurde. Die Vorschläge zur Stärkung dieses Dienstes sollten unterstützt werden.

Kohärente Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

Der Bericht erwähnt mehrfach die grenzüberschreitenden Strecken Saarbrücken und Haguenau, vor allem die Reaktivierung der Bahnstrecke Saarbrücken-Haguenau-Rastatt-Karlsruhe. Dieses Projekt wird Gegenstand einer Machbarkeitsstudie des Eurodistrikts PAMINA sein, die aus INTERREG-Mitteln finanziert wird. Die Eisenbahnlinie ist in der Liste der 15 Großprojekte enthalten, die in dem im Mai 2018 veröffentlichten Bericht der Europäischen Kommission über *Missing Links* unterstützt werden sollen.¹⁵

Energienetze und Elektromobilität

Der Eurodistrikt PAMINA schlägt vor, das Projekt zum autonomen Fahren der TechnologieRegion Karlsruhe mit dem nördlichen Elsass zu berücksichtigen.

Innere Sicherheit

Der Eurodistrikt PAMINA schlägt vor, den Fall der Zollplattform in Scheibenhart(t) und die verstärkende Zusammenarbeit zwischen den französischen und deutschen Luft- und Grenzpolizeibehörden sowie dem Bundesgrenzschutz (gemeinsame Büros und 24-Stunden-Präsenz) zu berücksichtigen.

Der Eurodistrikt schlägt vor, das Thema des Zugangs zur Gesundheitsversorgung hinzuzufügen, insbesondere durch die Einführung regionaler Gesundheitsprogramme für das Gebiet der Eurodistrikte. Für den Eurodistrikt PAMINA sind die folgenden Elemente zu berücksichtigen:

- bessere Mobilität von Krankenhaus- und Privatärzten auf beiden Seiten der Grenze;
- die Schaffung einer grenzüberschreitenden regionalen Berufsgemeinschaft im Gesundheitswesen;
- bessere finanzielle Absicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung;
- die Schaffung multidisziplinärer grenzüberschreitender Gesundheitszentren;
- die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Ausbildungsangebots im Gesundheitswesen;
- die Bereitstellung von Informationen über das Pflegeangebot an die Patienten

¹⁵ Comprehensive analysis of the existing cross-border rail transport connections and missing links on the internal EU borders – Commission Européenne – DG Regio - Mai 2018

3.2 Der Beitrag der Regierungen

Am 3. April 2018 beauftragte Premierminister Edouard Philippe Herrn Sylvain Waserman, Abgeordneter für das Département Bas-Rhin und Vizepräsident der Nationalversammlung, mit einer parlamentarischen Mission, wie die Erneuerung des Elysée-Vertrags zur Weiterentwicklung der deutsch-französischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beitragen würde. Diese Mission wurde zusammen mit Frau Loiseau, Ministerin beim Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten und zuständig für europäische Angelegenheiten, durchgeführt. Der Bericht wurde am 18. Mai 2018 vorgelegt.

Der **Abgeordnete Sylvain Waserman** hat zahlreiche Anhörungen sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite durchgeführt. Er stellt die grenzüberschreitende Dimension als **ein wesentliches Element der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland** dar, weniger eine Verbindungslinie als ein echter Integrationsfaktor. Die sechs Vorschläge entsprechen den Bedürfnissen und Erfahrungen der Bürger. Insgesamt sind sie sehr ehrgeizig und geben ein klares Bild davon, wo sich die Zusammenarbeit entwickeln muss, und stärken gleichzeitig die Rolle der Eurodistrikte und Straßburgs als Hauptstadt der europäischen Bürger.

Der erste Vorschlag¹⁶ liegt zwar nahe, war aber immer äußerst schwierig umzusetzen. Die Tatsache, dass diese Kompetenz den Grenzgemeinden (Departement oder neue Gemeinde des Elsass) anvertraut wird, ist sehr wichtig. Die territoriale räumliche Nachbarschaft und die Steuerung von Bildungsmaßnahmen dieser Größenordnung ist zweifelsohne die ideale Lösung, um schrittweise Zweisprachigkeit und sogar Mehrsprachigkeit in der Bevölkerung zu erreichen. Man denke nur an die Frankreich-Strategie des Saarlandes, sowie an die sehr hohe Zweisprachigkeit oder Mehrsprachigkeit in kleinen Gebieten oder kleinen Staaten (Luxemburg, einige Schweizer Kantone).

Der zweite Vorschlag, nämlich die Umsetzung praktikabler grenzüberschreitender Entwicklungspläne, ist mehr als ehrgeizig: Er entspricht aber genau den Erwartungen des Eurodistrikts PAMINA. Der Eurodistrikt wird dies in Kapitel 4 der vorliegenden Berichts vervollständigen, weil es wichtig ist, die Existenz von Eurodistrikten und den Begriff der geographischen Nähe zu berücksichtigen, da die Ebene der Region und der Länder einen zu großen Maßstab darstellt. Die in dieser Planung ermittelten vorrangigen Vorhaben von grenzüberschreitendem Interesse sollten einen Finanzrahmen finden, der auch die im Bericht genannten europäischen Fonds umfasst. Die künftige europäische Verordnung über die europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) bietet einen Rahmen für den Multifonds-Ansatz (EFRE, ESF, ELER) im Grenzgebiet. Diese Verwaltung sollte vorrangig für EVTZ gelten, d.h. für die drei betroffenen Eurodistrikte.

Der dritte Vorschlag¹⁷ entspricht auch den Erwartungen des Eurodistrikts PAMINA, und der Eurodistrikt PAMINA unterstützt alle genannten Vorschläge, insbesondere den Aktionsplan im Dienste der Bürger. Der Vorschlag für eine grenzüberschreitende EPCI (Gemeindeverband - Établissement public de coopération intercommunale) mit eigener Besteuerung und autonomen Kompetenzen ist fortschrittlich. Die Umsetzung wird jedoch schwierig sein, weil die kommunalen Ebenen auf deutscher Seite nicht die gleichen wie in Frankreich sind. So umfasst der Eurodistrikt PAMINA in Baden-Württemberg aufgrund der Strukturreform Anfang der 70er Jahre nur 55 Gemeinden und Städte. Die EPCi Gmendverbände gibt es in Deutschland nicht. Der Vorschlag zur Schaffung eines EVTZ mit besonderen Zuständigkeiten zwischen der Eurometropole Straßburg und der Metropole

¹⁶ Vorschlag Nr. 1: „Das Erlernen der "Sprache und Kultur des Nachbarn" im Grenzgebiet ist strategisch, und diese gegenseitige Priorisierung muss im Elysée-Vertrag bekräftigt werden.“

¹⁷ Vorschlag Nr. 3: Der Elysée-Vertrag könnte einen entscheidenden Schritt tun und drei territoriale Innovationen verankern, die für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entscheidend sind: ein Prinzip der räumlichen Differenzierung für Eurodistrikte, lokale grenzüberschreitende EPCIs und neue grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bewältigung der Herausforderungen der Wirtschaft von morgen.

Karlsruhe erscheint im Hinblick auf die gemeinsame Steuerung der zu verfolgenden Politiken interessant. Vielleicht sollte jedoch zuerst mit dem EVTZ Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau das EPCI-Projekt für Straßburg-Kehl oder sogar die Eurométropole Straßburg mit den Ortenaukreis umgesetzt werden, bzw. das Projekt der grenzüberschreitenden Entwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH, zu der das französische Gebiet des EVTZ Eurodistrikt PAMINA dank des Beitritts des Départements Bas-Rhin in Verbindung mit der Communauté d'agglomération de Haguenau hinzukommt. Beide geschaffenen Gebiete könnten von einem **praktikablen grenzüberschreitenden Entwicklungsprogramm** profitieren. Das Konzept der Nähe ist wichtig für den Lebensraum, wie es im Bericht heißt, und sobald wir uns zu weit von den Erwartungen der Bürger entfernen, nimmt die Zusammenarbeit eine andere Form an. Der Oberrhein und darüber hinaus die trinationale Region Oberrhein könnte neuen Aufwind bekommen, insbesondere durch die Erarbeitung eines grenzüberschreitenden Aktionsplans, der alle grenzüberschreitenden Maßnahmen auf dem Gebiet bündelt und einer rheinischen Strategie einen Sinn verleiht.

Der vierte Vorschlag¹⁸ steht im Einklang mit allen genannten Maßnahmen. Es sollte jedoch nicht die x-te informelle Arbeits- oder Konsultationsgruppe sein und bestehende Strukturen wie die Oberrheinkonferenz, deren Zusammensetzung nahezu identisch ist, nicht ersetzen. Die Zusammensetzung der deutsch-französischen grenzüberschreitenden Strategiekommission (comFAST) muss die lokale Zusammenarbeit, die Erfahrungen der Bürger berücksichtigen und damit die Exekutivvertreter der Eurodistrikte einbeziehen, zumal die Eurodistrikte die Aktionspläne in den Dienst der Bürger stellen sollen.

Der fünfte Vorschlag¹⁹ zur regulatorischen Angleichung entspricht den Erwartungen des Eurodistrikts PAMINA. Darauf geht der vorliegende Bericht in Kapitel 4 ein.

Der sechste Vorschlag²⁰ betrifft den Eurodistrikt PAMINA nicht direkt, sondern stärkt das gesamte Rheingebiet.

¹⁸ Vorschlag Nr. 4: Mit dem Elysée-Vertrag könnte eine deutsch-französische Strategiekommission (comFAST) eingesetzt werden, die sich so nahe wie möglich am Territorium befindet, um die grenzüberschreitende Entwicklung zu beschleunigen und die notwendige Differenzierung vorzunehmen.

¹⁹ Vorschlag Nr. 5: "Der Elysée-Vertrag könnte ein ständiges Gremium einrichten, um die Übereinstimmung der Rechte zu erleichtern und grenzüberschreitende Gebiete in Laboratorien für die europäische Konvergenz zu verwandeln."

²⁰ Vorschlag Nr. 6: "Straßburg, Hauptstadt der europäischen Bürger, Vorreiter bei der Bürgerschaft in den Grenzgebieten."

4. Die Vorschläge des Eurodistrikt PAMINA

Seit 1963 und den verschiedenen verabschiedeten Beschlüssen betrifft der Geltungsbereich des Elysée-Vertrags in erster Linie die deutsch-französische Zusammenarbeit. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird bei der derzeitigen Neufassung eine wichtige Rolle spielen. Der Eurodistrikt PAMINA schlägt folgende Elemente für die deutsch-französische und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor.

4.1 Vorschläge für die deutsch-französische Zusammenarbeit

Für die Bürgerinnen und Bürger: Gründung einer deutsch-französischen Verbraucheragentur²¹

Beide Regierungen wollen die positiven Aktionen Europas gegenüber den Bürgern in einem Bereich, der sie alle betrifft, stärker in den Vordergrund rücken: dem Konsum. In dieser Hinsicht streben sie einen voll integrierten europäischen Binnenmarkt an und verpflichten sich zur:

- Etablierung einer gemeinsamen binationalen Einrichtung, die alle Aufgaben übernimmt, die ihr durch die EU-Verbraucherbestimmungen insbesondere im Hinblick auf die nationalen Kontaktstellen übertragen wurden;
- Förderung gemeinsamer Standpunkte zu europäischen Fragen durch die Harmonisierung der Regeln für die Verwirklichung des europäischen Marktes und Angleichung bei der Umsetzung der Richtlinien in jedem der beiden Länder;
- Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere für die deutsch-französische Region, die ein echtes Experimentierfeld für die Umsetzung gemeinsamer Lösungen darstellt.

Zu diesem Zweck können die Regierungen auf mehr als 25 Jahre Erfahrung des Europäischen Verbraucherzentrums zurückgreifen, das bereits deutsch-französischer und europäischer Vertreter für Konsumfragen beider Länder ist und zu einem gemeinsamen Instrument für Frankreich und Deutschland werden sollte. Es liegt ideal im Herzen des Eurodistrikts Straßburg-Ortenau in Kehl.

Für die Zivilgesellschaft: Schaffung eines (gesetzlichen) deutsch-französischen Vereinsstatus²²

Das PAMINA Senior Network, die VHS PAMINA, die PAMINA-Frauen und der Tourismusverband Vis-à-Vis sind Vereine nach französischem oder deutschem Recht, die auf dem Gebiet des Eurodistrikts PAMINA tätig sind. Sie sind jedoch regelmäßig mit komplizierten Verwaltungsverfahren und ganz allgemein mit unterschiedlichen Rechtssystemen (Sozialrecht, Steuern usw.) konfrontiert. Das Droit Local (gültig im Elsass und im Département Moselle) erlaubt aktuell keine Harmonisierung und deckt in keinem Fall die gesamte deutsch-französische Grenze ab. Die Schaffung von zwei Vereinen ist keine praktikable Lösung. Die Schaffung

²¹ Vorschlag von Martine Merigeau – Europäisches Verbraucherzentrum - April 2018

²² Im Rahmen der Bürgerkonferenzen zu Europa haben die Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA) und die Vereinigung der Deutsch-Französischen Gesellschaften für Europa (VDFG), die mehr als 40 000 Menschen in Frankreich und Deutschland vereint, diesen Vorschlag formuliert - Schriftliche Anfrage an die Nationalversammlung am 8. Mai 2018.

eines spezifischen Statuts auf der Ebene des Vereinsrechts würde die Tätigkeit der deutsch-französischen Vereine vereinfachen.

Für Wirtschaftsakteure: Schaffung deutsch-französischer Ausbildungseinrichtungen

Dabei geht es zum einen um die Einrichtung von deutsch-französischen Ausbildungszentren (deutsch-französische CFA) und zum anderen um die Einrichtung von deutsch-französischen technischen Lehranstalten (IUT/Technische Hochschule).

Deutsch-französische CFAs müssen den erfolgreichen Abschluss von Abschlussprüfungen, wie der IHK-Prüfung, in deutscher und/oder französischer Sprache ermöglichen und die Anerkennung der Diplome dieser Einrichtungen muss in ganz Frankreich und Deutschland gewährleistet sein.²³ Ziel ist es, jungen Menschen eine gleichwertige Chance in Form von Praktika oder durch Integration in einem französischen oder deutschen Unternehmen zu geben.

Die deutsch-französischen IUT und die CFAs würden Mobilität und die Eingliederung sowohl in den französischen als auch deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen.

4.2 Für ein gutes Verständnis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der damit verbundenen Herausforderungen

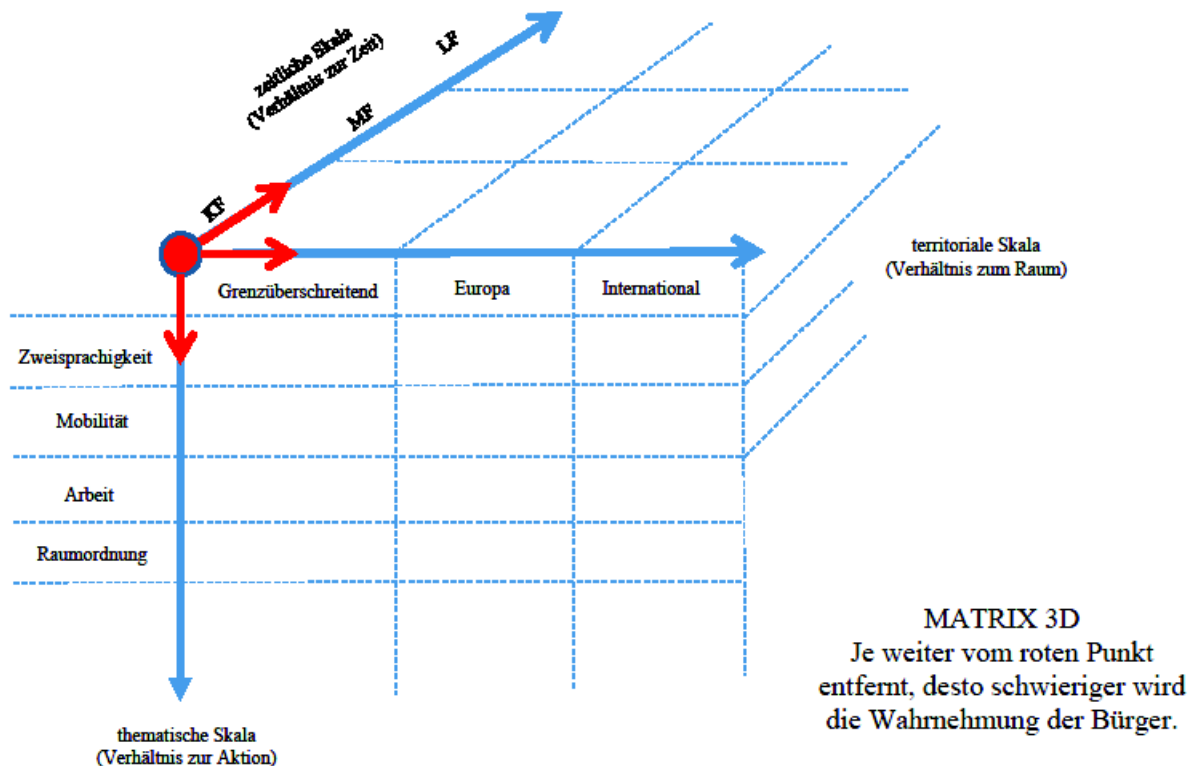
Der Eurodistrikt PAMINA hat eine lange Phase des Experimentierens durchlaufen; die Frage nach der Legitimität der durchgeführten Maßnahmen stellt sich nun durch die Anerkennung seines Know-hows auf der Ebene des Oberrheins, der Staaten und der europäischen Behörden.

Die folgenden Elemente erscheinen wichtig:

- Das Ziel der Multi-Level-Governance als dynamischem Prozess, in dem gemeinsame Ziele auf Grundlage von partnerschaftlicher Abstimmung definiert und umgesetzt werden;
- Multi-Level-Governance als Garantie für Transparenz, Partizipation / Bürgernähe,
- Stärkung der Ressourcenbündelung,
- Ausarbeitung von abgestimmten territorialen Aktionsplänen (Plans d'Action Territoriaux, PACTE) als Grundlage für eine gemeinsame Zukunftsvision,
- Aktive Integration der (organisierten und nicht organisierten) Zivilgesellschaft und Zusammenarbeit mit Netzwerken auf regionaler und lokaler Ebene als Ausdruck partizipativer Demokratie,
- das Recht auf Erprobung.

Der regionale Aktionsplan ist das gemeinsame Festlegen der Strategie oder der Maßnahmen, die zur Erreichung der entsprechenden politischen Ziele erforderlich sind, sowie insbesondere die Vorstellung der beteiligten (Partner-)Akteure mit ihren spezifischen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Dies bedeutet auch eine Konkretisierung der Grundsätze von Subsidiarität und territorialer Komplementarität.

²³ Vorschlag der interparlamentarischen Arbeitsgruppe – 17. Mai 2018



Der Eurodistrikt PAMINA hat mit der Verabschiedung eines ersten Aktionsplans im Jahr 2016, dem Aktionsplan Mobilität PAMINA, diese Arbeitsmethode bereits angewandt. Heute erweist er sich als ein dynamisches, einfaches und flexibles Instrument der territorialen Entwicklung, der alle kompetenten öffentlichen und privaten Akteure zusammenbringt. Er beruht auf einem dreidimensionalen Ansatz und stellt den Bürger in den Mittelpunkt des Handelns.²⁴ Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind zwei Elemente zu berücksichtigen, die unabhängig von der jeweiligen Grenze oder Einrichtung gleich sind:

- Prinzip der Ausgewogenheit von Einfluss und Funktion: Jede Zusammenarbeit an einer "offenen" Grenze basiert immer auf einer ausgewogenen Partnerschaft.
- Prinzip der Bürgernähe: Jede in einem Grenzgebiet geschaffene Struktur oder Einrichtung verfolgt immer das gleiche Ziel: die Verbesserung der Lebensqualität der im Grenzgebiet lebenden Bürgerinnen und Bürger (von der Stufe des Grenzbestehens hin zu einer Stufe des Grenzabbaus).

Die Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die daraus resultierenden Vorschläge zur Bewältigung der mit ihrer Umsetzung verbundenen Herausforderungen müssen diesen beiden Grundprinzipien Rechnung tragen. Zweisprachigkeit (die Praxis der Nachbarsprache) und Mobilität werden oft als wichtige Themen genannt. Diese beiden Elemente müssen als wesentliche Vektoren für die Verwirklichung der europäischen Integration betrachtet werden, wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. September 2017 vorgeschlagen wurde.

²⁴ Methode vorgeschlagen beim *Pôle des relations internationales et de la coopération transfrontalière* – CESER Grand Est – Dr. Patrice Harster – Mai 2018.

Das PACTE basiert ebenfalls auf einem dynamischen Element, nämlich der Vertragsgestaltung in Form von Projektverträgen, die einen Finanzierungsplan beinhalten. Für den Eurodistrikt PAMINA geht es auf dieser Ebene darum, die regionalen und nationalen Mittel der drei Teilgebiete einerseits und die spezifischen sowie die "nationalen" europäischen Mittel zu bündeln. Diese wichtigen Fragen werden in Kapitel 4.4 des vorliegenden Berichts weiter vertieft.

Kompetenztransfer: keine Priorität

Der Eurodistrikt PAMINA ist eine Plattform zur Bündelung von Kompetenzen, d.h. ein Vermittler für die Entwicklung des territorialen Zusammenhalts, ohne die bestehenden zuständigen Behörden auf deutscher und französischer Seite ersetzen zu wollen.

Diese Aktion erfordert nicht unbedingt autonome Befugnisse oder gar eine Übertragung von Kompetenzen auf die Eurodistrikte. An der deutsch-französischen Grenze gibt es keine Gleichwertigkeit in Bezug auf die Kompetenz und die Akteure, die sie ausüben. Dies ist eine von der Grenze unabhängige bekannte Tatsache. Die Übertragung einer spezifischen Kompetenz auf einen Eurodistrikt muss auf beiden Seiten erfolgen, auf französischer und auf deutscher Seite. Die Ausübung dieser Zuständigkeit verpflichtet den Eurodistrikt, neue Anwendungskriterien festzulegen, was de facto zur Schaffung einer neuen Grenze zwischen dem Eurodistrikt und den Außenzonen führt. Wir sind der Meinung, dass dieses System ziemlich schwerfällig ist und nicht unbedingt den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger entspricht.

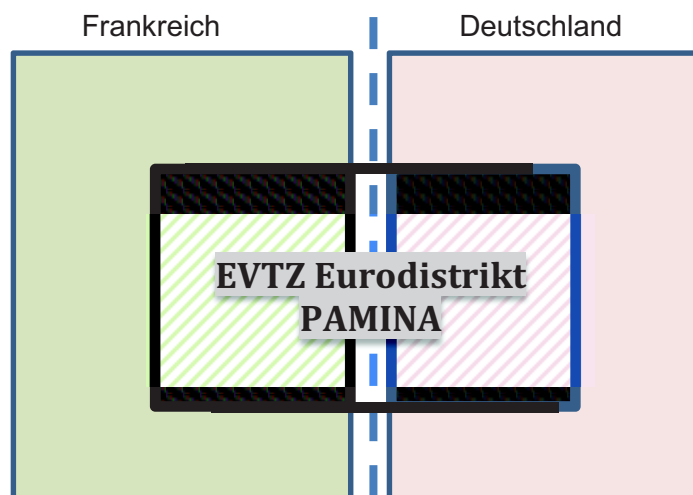
Das Vorgehen des Eurodistrikts betrifft die territorialen Fragen und die Folgen des Grenzeffekts für die Bürger. Auf dem Gebiet des Eurodistrikt PAMINA muss heute der Bürger, ob Deutscher oder Franzose, Zugang haben:

- zu Wohnraum
- zu Beschäftigung
- zu Schulbildung
- zu Mobilität (öffentlicher Verkehr)
- zu Gesundheit und Pflege
- zu Ausbildung

ohne dass diesbezüglich administrative oder rechtliche Hindernisse im Zusammenhang mit den Staatsgrenzen überwunden werden müssen.

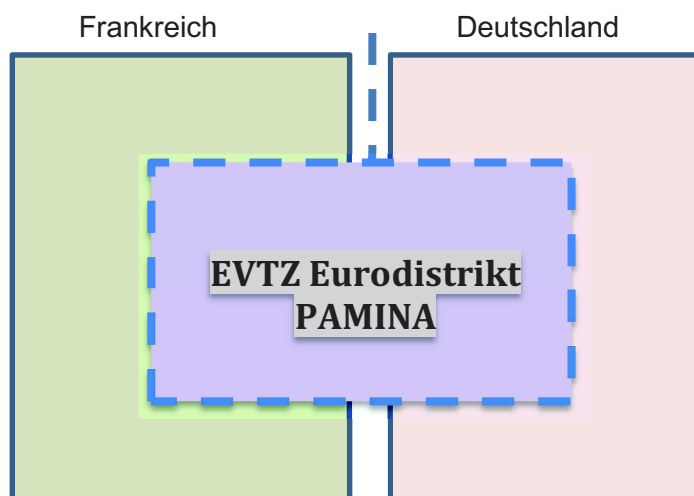
Die zu berücksichtigenden Vorschläge für den Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden diesen Hindernissen, aber auch der integrierten Planung und der europäischen Dimension, insbesondere für EVTZ, gewidmet sein.

Abbildung 1: EVTZ Eurodistrikt PAMINA im Jahr 2018: keine eigenen Kompetenzen



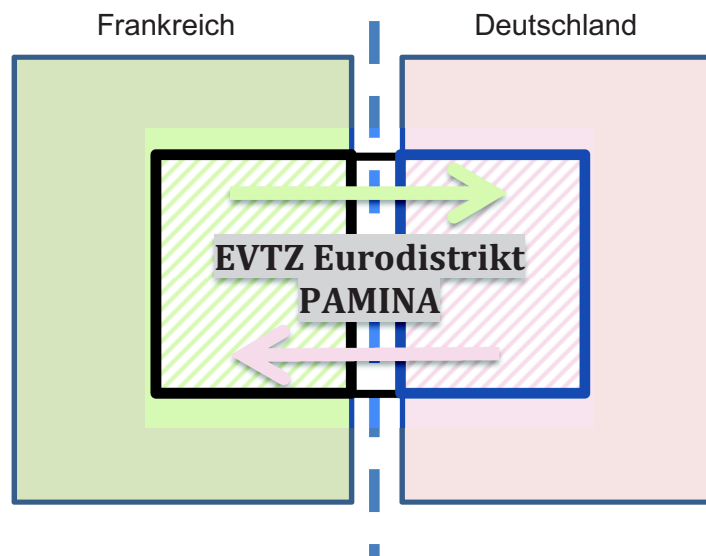
Für die Gebiete Südpfalz und Mittlerer Oberrhein gilt deutsches Recht und für das nördliche Elsass französisches Recht. Die Grenze trennt die drei Teilgebiete.

Abbildung 2: EVTZ Eurodistrict PAMINA im Jahr 2019: Autonome oder übertragene Kompetenzen



Der Eurodistrikt hat seine eigenen Befugnisse oder profitiert von einer Übertragung von Befugnissen. Die Umsetzung von eigenen, bzw. übertragenen Zuständigkeiten führt de facto zur Definition neuer Anwendungskriterien auf der Grundlage einer Mischung der beiden nationalen Gesetze. Auf jeden Fall verschwindet der Bruch, den die Staatsgrenze darstellt, auf dem Gebiet des Eurodistrikts, er wird an die Peripherie des Gebietes weitergeleitet. Ein spezifischer Ansatz für den Begriff der territorialen Nähe ist notwendig, weil er es ermöglicht, diesen besonderen Status zu rechtfertigen. Es handelt sich nicht um Extra-Territorialität im rechtlichen Sinne.

Abbildung 3: EVTZ Eurodistrikt PAMINA im Jahr 2019: Anwendung der europäischen ECBC-Verordnung → deutsches Recht in Frankreich



Der Eurodistrikt hat weder eigene Kompetenzen noch wurden ihm welche übertragen. Durch die Anwendung der europäischen ECBC-Verordnung²⁵ vorgeschlagene Verfahren kann er ein rechtliches oder administratives Hindernis beseitigen und sich für die Anwendung des einheitlichen Rechts in seinem Gebiet entscheiden. Diese Option wird unter Punkt c) beschrieben. Die Verordnung ist funktional (mit einem bestimmten Hindernis verbunden) und schafft kein neues institutionelles Territorium.

4.3 Vorschläge für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

a) Beseitigung von Hindernissen an den Grenzen

Im Vordergrund steht die Beseitigung von Hindernissen an der Grenze. Tatsächlich stammen 80% der Hindernisse aus einer „Verschiebung“ des nationalen Rechts an der Grenze. Diese Hindernisse können heute ohne Änderung oder Harmonisierung der Rechtsvorschriften durch bilaterale Abkommen, Absichtserklärungen oder einfache Übereinkommen angegangen werden. Diese Instrumente müssen verbindlich gemacht werden. Der Bericht von Sylvain Waserman Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, und die Arbeit der Parlamentariergruppe sprechen das Thema an.

Die jüngsten Arbeiten der Europäischen Kommission, an denen der Eurodistrikt PAMINA als Experte mitgewirkt hat, haben die Bedeutung von Grenzhindernissen deutlich gemacht.

Die Regionen an den Binnengrenzen der EU.....

- decken 40 % des Territoriums der Union ab;

²⁵ Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Schaffung eines Mechanismus zur Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse im grenzüberschreitenden Rahmen - KOM(2018) 373 endg. – Strasbourg, 29. Mai 2018

- repräsentieren 30% der Bevölkerung oder 150 Millionen Menschen;
- erwirtschaften 30 % des BIP der Union;
- Fast 2 Millionen Pendler passieren die EU, darunter 1,3 Millionen Grenzgänger, die 0,6 % der gesamten Erwerbstätigen der EU ausmachen (450 000 in Frankreich, 270 000 in Deutschland, 140 000 in Polen und 135 000 in der Slowakei).

Grenzregionen sind Gebiete, in denen der europäische Integrationsprozess am positivsten wahrgenommen werden müsste: in einem anderen Land zu studieren, eine Ausbildung zu machen, zu arbeiten, Betreuungsarbeiten zu übernehmen oder Geschäfte abzuwickeln – all das sind alltägliche Tätigkeiten, die möglich sein sollten, ob es nun eine administrative nationale Grenze gibt oder nicht

Die Kommission hat analysiert, wie teuer die Komplexität der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und die doppelte Bereitstellung von Dienstleistungen kommen. Eine aktuelle Studie²⁶ zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der grenzbezogenen Hindernisse auf das BIP und das Beschäftigungsniveau in Grenzregionen an den Binnenlandgrenzen legt nahe, dass diese Regionen durchschnittlich 8 % reicher sein könnten, wenn alle Hemmnisse beseitigt würden und alle dieselbe Sprache sprächen. 14 Dieses Szenario ist weder zu erreichen noch wünschenswert, da Europa auf Vielfalt und Subsidiarität aufgebaut ist. Würden jedoch nur 20 % der derzeit bestehenden Hindernisse abgebaut, so würde das BIP in den Grenzregionen auch schon um 2 % steigen. Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze dürften mit potenziell mehr als 1 Million neuer Stellen ebenfalls bedeutend sein. Grenzbezogene Hemmnisse schränken derzeit die Nutzung produktiver Aktiva ein und erschweren es, Größenvorteile zu erreichen. Ferner verursachen sie den Menschen und den Unternehmen Kosten. Diese negativen wirtschaftlichen Auswirkungen variieren zwar je nach Mitgliedstaat, sind jedoch in Ländern, in denen die Grenzregionen einen erheblich Teil zum nationalen BIP beitragen, deutlich größer.

*Aufgezeigt wird außerdem, dass es keine einfachen Lösungen gibt und dass die Entstehung von Problemen in den Grenzregionen nebst ihren Lösungen ein komplexer Prozess ist, der alle Regierungs- und Behördenebenen betrifft. Wie viele Interessenträger darlegten, werden die grenzbezogenen Schwierigkeiten stets vor Ort wahrgenommen, die Lösungen jedoch selten vor Ort gefunden. Wenn die Hindernisse beseitigt oder die Komplexität genommen werden soll, müssen alle Regierungs- und Verwaltungsebenen Hand in Hand arbeiten.*²⁷

Vorschläge oder Empfehlungen wurden für die drei wichtigen territorialen Ebenen gemacht: die lokale, nationale und europäische Ebene. Dabei geht es nicht darum, nur für die lokale Ebene Vorschläge zu machen, zum Beispiel nur für die Eurodistrikte, da die Probleme zwar nur in der Nähe der Grenze auftreten, aber dort auf allen Ebenen. Die Vorschläge dürfen sich nicht auf die Bildung von Kommissionen oder Arbeitsgruppen beschränken.

Der Abbau rechtlicher und administrativer Hindernisse in Grenzregionen erfordert eine **Multi-Level-Governance**. Territoriale Besonderheiten erfordern integrierte Maßnahmen auf lokaler Ebene, die das Wissen und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen auf lokaler Ebene nutzen.

Die **lokale Ebene** sollte den Prozess des Abbaus rechtlicher und administrativer Hindernisse leiten. Es wird daher empfohlen, grenzüberschreitende Strukturen und Prozesse zu schaffen, wo sie nicht bereits existieren.

²⁶ Politecnico di Milano (2017) Quantification of the effects of legal and administrative border obstacles in land border regions.

²⁷ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017DC0534&from=FR>

Auf **nationaler Ebene** könnte sich die Suche nach einer besseren Angleichung und Harmonisierung der Vorschriften mit den Nachbarländern und ihrer administrativen Umsetzung als große Herausforderung erweisen. Neben dem Aufbau von Institutionen sollte die nationale Ebene relevante Informationen bereitstellen, den Einsatz von E-Government verstärken und dazu beitragen, das Bewusstsein für Hindernisse zu schärfen und den politischen Willen für ihre Beseitigung zu stärken (Grundsatzvereinbarungen, bilaterale Abkommen, Übereinkommen).

Die Hauptaufgabe der Europäischen Kommission beim Abbau rechtlicher und administrativer Hindernisse besteht darin, die Bemühungen der Partner auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu unterstützen und die operative Effizienz der bestehenden europäischen Instrumente weiter zu erhöhen. Die Aktivitäten und Instrumente lassen sich in drei große Kategorien unterteilen: europäische Gesetzgebung, Finanzinstrumente und Koordination/Information.

Für den Eurodistrikt PAMINA geht es darum, diesen Prozess des Abbaus rechtlicher Hindernisse zu leiten und auf den verschiedenen Ebenen zu handeln, indem er die Staaten auf die negativen Folgen der Gesetzgebung in den Grenzgebieten aufmerksam macht, um diese zu minimieren und zu beseitigen. In gewisser Weise handelt es sich um eine Informationsregulierungsfunktion, die allmählich zu einer Bündelung der Ressourcen in einem Grenzgebiet führt und somit die europäische Integration begünstigt.

Maßnahmen der französischen Regierung

Im Rahmen der Vorschläge des Außenministeriums in seinem Bericht "Diplomatie und Territorium" im Jahr 2017²⁸ greift der Vorschlag Nr. 8 genau den Begriff der Multi-Level-Governance der Europäischen Kommission auf. Ziel ist es, *"eine neue kohärente Strategie zu entwickeln, die alle betroffenen Akteure einbezieht und die grenzüberschreitende Governance stärkt"*. Es wird vorgeschlagen, *"eine grenzüberschreitende Gesamtstrategie, untergliedert nach Grenzgebieten, mit dem Ziel klarer mittel- und langfristiger Prioritäten und einer Mobilisierung der zentralen und lokalen Akteure festzulegen, um die Arbeit der bilateralen Kommissionen und den Dialog mit unseren ausländischen Partnern in enger Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften und technischen Verwaltungen besser auszurichten. Diese grenzübergreifende Strategie wird für jede Grenzregion Strukturprojekte ermitteln, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Gebiete beitragen können. Projekte zur Deckung von Dienstleistungen des täglichen Bedarfs der grenzüberschreitenden Bevölkerung und der territorialen Entwicklung (öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung, Ausbildung, Arbeitsvermittlung, Kultur, Umwelt, Energie, Wirtschaft, Forschung/Innovation usw.) werden mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft."*

Umsetzung von Programmen für grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen auf Ebene gesellschaftlicher Lebensräume

Der Anhang 9²⁹ des Berichts führt einige interessante Details zu Themen auf, die berücksichtigt werden müssen. Die Vorschläge stehen im Einklang mit der Mitteilung der

²⁸ Diplomatie et Territoire – Pour une action extérieure démultipliée – Ministère des Affaires Etrangères et du développement International – S. 124– La documentation Française 2017

²⁹ Diplomatie et Territoire – Pour une action extérieure démultipliée – Ministère des Affaires Etrangères et du développement International – S. 179-181 – La documentation Française 2017

Europäischen Kommission vom 20. September 2017 und entsprechen auch den territorialen Herausforderungen des Eurodistrikt PAMINA.

„Ziel ist es, die Rahmenbedingungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit optimal zu nutzen und die Umsetzung von Programmen für grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen auf der Ebene der Einzugsgebiete systematisch zu fördern, die den Staat, die lokalen Behörden und die Betreiber betreffen und Skaleneffekte ermöglichen würden, die unsere Einrichtungen rentabel machen würden. Hier gibt es viele Bereiche zu entwickeln. Folgende Prioritäten können genannt werden, die natürlich je nach Region unterschiedlich ausfallen können:

- Organisation von Gesundheitsvorsorge und Zugang zu medizinischer Versorgung auf Ebene des grenzüberschreitenden Einzugsgebiets
- bessere Organisation von Stellenangeboten und Berufsausbildung,
- Erleichterung des Transports und insbesondere des Nahverkehrs,
- Berücksichtigung von Umweltfragen und Energiemanagement,
- Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastrukturen nach dem Beispiel des EVTZ Krankenhaus von Cerdanya (französisch-spanische Grenze), insbesondere in den Bereichen Unterstützung für pflegebedürftige Personen, Bildung, Verkehr, Kultur und Tourismus.

Es ist festzustellen, dass die meisten Vorschläge aus dem Blanc-Keller-Sanchez-Schmid Report in diesem Bericht aufgegriffen werden.

Bürgerbefragungen

Auf Initiative Frankreichs führen 25 Länder der Europäischen Union vom 1. April bis 30. Oktober 2018 eine Bürgerbefragung durch, deren Ziel es ist, die Ansichten, Erwartungen und Vorschläge der Bürger für die Neugründung der Europäischen Union und bezüglich „der Verbindung zwischen den Völkern und der europäischen Einigung“ zu sammeln.

Die MOT (Mission Opérationelle Transfrontalière) in den Grenzgebieten zusätzliche Bürgerbefragungen organisieren.

Der Eurodistrikt PAMINA wird alle diese Schritte unterstützen. Er ist außerdem an einer weiteren Bürgerbefragung des Landes Baden-Württemberg beteiligt, diese dient der Erarbeitung einer „Frankreich-Strategie“ nach dem Vorbild der von Annegret Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidentin initiierten und gesteuerten saarländischen Initiative.

Die Bürgerdialoge des Landes Baden-Württemberg: Handeln im Einklang mit den Erwartungen?

Das Land Baden-Württemberg führte 2017 drei Bürgerdialoge durch, davon einen am 20. Mai 2017 in Baden-Baden auf dem Gebiet des Eurodistrikt PAMINA. Es ist nicht verwunderlich, dass die meisten der anwesenden Bürger nicht von der Existenz des Eurodistrikt PAMINA wussten, aber noch erstaunlicher ist, dass sie von den bereits durchgeführten Projekten nichts wussten. Ziel dieser Strategie ist es, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine neue Dimension und Impulse für die gemeinsame Arbeit zu geben. Im Oktober 2017 fand in Stuttgart die Auftaktveranstaltung zum Projekt „Frankreich-Strategie“ statt. Das Land hat beschlossen, acht Expertenworkshops einzurichten, die im Lauf des Jahres 2018 mit dem Ziel zusammenkommen, Empfehlungen für konkrete Maßnahmen der Frankreich-Strategie 2019 vorzuschlagen. Die ausgewählten Themen sind die folgenden:

- Partnerschaften, Information und Kommunikation
- Transport/ Mobilität

- Wissenschaft
- Gesundheit
- Berufsausbildung
- Wirtschaft
- Umwelt, Energie & Biodiversität
- Erlernen von Sprachen

Der Eurodistrikt PAMINA beteiligt sich aktiv an diesem Vorgehen und an den Expertenworkshops. Es ist allerdings noch zu früh, um erste Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wirtschaftsakteure

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sind traditionell sehr eng.

Mehr als 2 000 deutsche Unternehmen haben sich in Frankreich niedergelassen, wo sie mehr als 300 000 Mitarbeiter beschäftigen und einen Umsatz von 157 Milliarden Euro erzielen. Dies gilt insbesondere für den oberrheinischen Grenzraum.

Angesichts der steigenden Anforderungen der Verordnung über die für die Entsendung von Personal sind viele in der Metropolregion Oberrhein ansässige Unternehmen gezwungen, ihre Aktivitäten in Frankreich zu überdenken.

Mit dem Gesetz "Loi n°2014-790 visant à lutter contre la concurrence sociale déloyale" vom 10. Juli 2014 wurden im französischen Arbeitsgesetzbuch neue Bestimmungen zur Entsendung von Personal eingeführt. Dieses Gesetz dient der Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/67/EU über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen.

Für die Betriebe, die Mitarbeiter entsenden, stellen diese Bestimmungen einen hohen Arbeitsaufwand und langwierige Verwaltungsverfahren dar.

Diese Entsendeerklärungen stellen ein wichtiges nichttarifäres Handelshemmnis für Unternehmen im Grenzgebiet dar und stehen im Widerspruch zum Grundgedanken des gemeinsamen Binnenmarktes.

Vor diesem Hintergrund schlagen die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) vor³⁰:

- 1) Ausnahmen für bestimmte Bereiche, bei denen die Gefahr des Verstoßes gegen Mindestlohnbestimmungen oder sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen als gering eingestuft werden kann, wie z. B.
- 2) Erleichterungen beim Verfahren zur Benennung des Vertreters (Möglichkeit, eine firmeninterne Person in Deutschland zu benennen oder einen der entsandten Mitarbeiter, wie es z.B. in Österreich der Fall ist)
- 3) Gleiche Gültigkeit der Carte BTP für entsendete deutsche Arbeitnehmer wie für Arbeitnehmer französischer Firmen. Die Möglichkeit, dass die Carte BTP an eine deutsche Adresse versendet wird.
- 4) Befreiung von der Entsendegebühr: diese existiert in keinem anderen EU-Land und auch nicht in der Schweiz.

³⁰ Resolution beim Spitzentreffen in Annweiler - Entsenderegelungen in Frankreich - 26. Juni 2017

Vorschläge des Eurodistrikts PAMINA für den deutsch-französischen Teil des Elysée-Vertrages :

- Gründung einer deutsch-französischen Verbraucheragentur
- Schaffung eines spezifischen Statuts (Gesetz) für deutsch-französische Vereine
- Schaffung deutsch-französischer Bildungseinrichtungen

Vorschläge des Eurodistrikts PAMINA für den grenzüberschreitenden Teil des Elysée-Vertrages :

- Einführung grenzüberschreitender Dienstleistungsprogramme in den Eurodistrikten (Gesundheit, Verkehr [Einführung eines gemeinsamen Tarifsystems] ...)
- Bündelung von Infrastruktur innerhalb der Eurodistrikte (Krankenhäuser, multidisziplinäre Gesundheitszentren, Schulen, sanitäre Einrichtungen, Kulturzentren, Tourismus, Jugend...)
- Schaffung der Funktion eines deutsch-französischen Mediators für das INFOBEST-Netzwerk
- Einrichtung der Stelle eines Delegierten, angesiedelt beim Präfekt der Region und den deutschen Bundesländern, der zuständig ist für Hindernisse an den Grenzen sowie für die Erarbeitung und der Umsetzung des Dienstleistungskonzepts.

b) Schaffung der Voraussetzungen spezifischer Planungen in der deutsch-französischen Grenzregion

Im Bericht Blanc-Keller-Sanchez-Schmid schlugen die Autoren die Umsetzung die Einführung eines Programms für grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen³¹ vor. Er zitierte Pierre Lelouche, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, und seine Rede am 9. Februar 2010 am Quai d'Orsay:

"Ich denke dabei an die Probleme des Verkehrs, des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Stärkung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, der sozialen Rechte der Grenzgänger, die im europäischen Wirtschaftsraum für alle Bürger garantiert werden müssen, was leider noch nicht oder nur sehr unzureichend der Fall ist, insbesondere in den Bereichen Familienleistungen, Arbeitslosenunterstützung oder Altersversorgung.

*Es bestehen weiterhin ungerechte Situationen, die in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum nicht mehr akzeptabel sind. **Dies ist ein Problem, das die***

³¹ Vorschlag 7 – S. 38

französische Regierung, und ich sage dies in aller Förmlichkeit, in den kommenden Monaten zufriedenstellend lösen möchte: Sie wird daran mit ihren Kontakten in den Regierungen der Nachbarländer Frankreichs arbeiten.“

Die Parlamentarier schlugen vor, die französischen Behörden in Grenzregionen zur Einführung von Dienstleistungsprogrammen zu verpflichten, **die sowohl die Lage an der Grenze als auch das Dienstleistungsangebot des Nachbarlandes berücksichtigen.** Außerdem schlugen sie die Entwicklung einer grenzüberschreitenden Ausrichtung in den Konzepten und Programmen des Staates und der lokalen Behörden in den Grenzgebieten vor. Darüber hinaus sollte die Entwicklung einer grenzüberschreitenden Ausrichtung für die Angebote von Dienstleitern, die an einer öffentlichen Ausschreibung teilnehmen, eingeführt werden.

Mit seinem Bericht an die Regierung vom 18. Mai 2018 greift der Abgeordnete Sylvain Waserman diesen Vorschlag auf, indem er ein verbindliches Programm zur grenzüberschreitenden Entwicklung empfiehlt, das von den Bundesländern, der Region Grand Est und den nationalen Ebenen mitunterzeichnet wird. Dieses Konzept würde mit den grenzüberschreitenden Strukturen, insbesondere den Eurodistrikten, entwickelt werden.

Neu ist, dass diese Schemata **verbindlich** wären. Sie würden auch von eingehenden statistischen Analysen begleitet werden, insbesondere durch die Einrichtung einer grenzübergreifenden Beobachtungsstelle. Dieser Vorschlag entspricht einem der im Bericht Blanc-Keller-Sanchez-Schmid im Jahr 2010 formulierten Vorschläge, da er auch die Möglichkeit bieten würde, die erhobenen Informationen und verwendeten Methoden zu nutzen. Sylvain Waserman schlägt vor, Projekte von grenzüberschreitendem Interesse hinzuzufügen.

Sachstand am Oberrhein

Dieser Bericht zielt nicht darauf ab, alle Themen abzudecken. Er erörtert jedoch zwei Fragen, die sich mit diesem Begriff des grenzüberschreitenden Konzepts befassen, nämlich Raumplanung und Gesundheit.

Raumordnung

Am 29. November 2013 unterzeichneten die Mitglieder der Oberrheinkonferenz eine Absichtserklärung zur Förderung der gegenseitigen Information und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der oberrheinischen Raumordnung. Auf der französischen Seite sind der SCOT (*Schéma de Cohérence Territoriale*, Programm zur territorialen Kohärenz) und der PLU (*Plan local d'urbanisme*, lokaler Städtebauplan) betroffen.

Die in der Absichtserklärung dargelegten Maßnahmen haben folgende Ziele:

- Berücksichtigung und Verbesserung bestehender Praktiken,
- Einrichtung eines Prozesses, der den möglichst frühzeitigen gegenseitigen Informationsaustausch sicherstellt,
- Förderung des direkten und schnellen Kontakts zwischen den Akteuren der Raumplanung durch ein dezentrales Informationsverfahren.

Gesundheit und Zugang zu medizinischer Versorgung

Am Oberrhein gibt es bereits eine Vielzahl von Rahmenabkommen, Partnerschaftsabkommen und Verwaltungsvereinbarungen. Der Entwurf des „Plan régional de santé pour la région Grand Est“ (Regionaler Gesundheitsplans für die Region Grand Est)

2018-2028 enthält eine grenzüberschreitende Komponente, die einige Experimentierungen vorsieht.

Die Empfehlungen der Oberrheinkonferenz 2017-2027 zur Stärkung der Gesundheitsförderung in der Oberrheinregion beinhalten folgende Ziele

- Förderung des Austauschs zwischen den Regionen, um Erfahrungen und Wissen über Gesundheitsförderung und Prävention auszutauschen und zu diskutieren;
- Verbesserung der Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention;
- Förderung der Durchführung gemeinsamer Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Auch wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein bereits 1975 begonnen wurde, kann man feststellen, dass sich die Governance auf den Austausch und die Verbesserung der Zusammenarbeit beschränkt.

Die Herausforderungen für den Eurodistrikt PAMINA: eine ausgewogene Entwicklung des Grenzgebiets

Zusätzlich zu den Vorschlägen zur Schaffung von Programmen für grenzüberschreitende Dienstleistungen und Konzepten zur grenzüberschreitenden Entwicklung schlägt der EVTZ eine systematische und verbindliche Anwendung der "grenzüberschreitenden Komponente" für alle französischen und deutschen Schemata in seinem Bereich vor.

Ziel des Raumentwicklungsplans PAMINA (SAEP) im Jahr 2001 war es, eine gemeinsame und ausgewogene Raumentwicklung der betroffenen Gebiete zu erreichen. Die angewandte Methodik berücksichtigte regulatorische Zwänge, schlug aber gleichzeitig **innovative Lösungen** vor, um gemeinsame Konzepte für einen grenzüberschreitenden Lebensraum umzusetzen. Die „grenzüberschreitende Komponente“ soll nicht systematisch auf alle Inhalte einer Regelung angewendet werden, die oft weit über den geographischen Umfang des Eurodistrikts hinausgeht, sondern es sollte ein bestimmter Bereich nahe der Grenze bestimmt werden, der dem geographischen Gebiet des Eurodistrikts entsprechen kann. Es ist eine Art **"Feinarbeit"**, die das Ganze festigt und Brüche vermeidet. Es handelt sich nicht um ein Entwicklungsprogramm, sondern um mehrere Programme, die zum Teil anhand ihrer grenzüberschreitenden Komponente zusammengefasst werden könnten.

Auf dem Territorium des Eurodistrikt PAMINA gibt es zurzeit etwa 33 Schemata, die alle jeweils an der Grenze enden. Sie beinhalten keine grenzüberschreitende Kartierung und berücksichtigen keine Elemente der entsprechenden benachbarten Systeme. Alles in allem betreffen das Teilgebiet der Südpfalz sieben, den Mittlere Oberrhein zehn, und den französische Teil, das Nordelsass, 16 Schemata.

SRADDET, SDREII, SCOTAN, SCOT Bande Rhénane und PRS 2018-2028 enthalten beispielsweise grenzüberschreitende Bausteine, die sich meist auf die Herausforderungen grenzüberschreitenden Handelns konzentrieren, die aber für die deutschen Behörden nicht bindend sind.

Eine interessante Sichtweise hat die MOT, wenn sie den Gedanken der „*Konstruktion und der Unterstützung der Grenzgebiete*“³² aufgreift:

„Geschlossene Grenzen in der ganzen Welt stellen Hindernisse für die territoriale Entwicklung dar. Sie entziehen den Grenzregionen ein 360°-Entwicklungspotenzial, d.h. Skalierungseffekte für Wirtschaftstätigkeiten und öffentliche Dienstleistungen.... Die Öffnung

³² Les territoires transfrontaliers – La fabrique de l’Europe – MOT – November 2017

der Grenzen - nicht zu verwechseln mit der Abschaffung der Grenzen³³ - ist daher ein wesentlicher Entwicklungsfaktor.“

Integrierte grenzüberschreitende Schemata: über die Feinarbeit

Diese Vision wird von einigen deutschen Ministerien geteilt.³⁴ Die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Gebiets muss aus einer 360°-Perspektive erfolgen, und dafür müssen günstige Voraussetzungen für die Entwicklung, Umsetzung und Verwaltung integrierter grenzüberschreitender Systeme geschaffen werden.

Diese spezifische „Kompetenz“ sollte den Eurodistrikten zukommen, da sie über die notwendigen Erfahrungen, das Wissen und Know-How verfügen, um mit den kompetenten Behörden in Frankreich und Deutschland grenzüberschreitende Raumplanungsschemata zu erarbeiten (für das gesamte Gebiet des Eurodistrikts, verbindlich und verpflichtend).

Es geht nicht darum, die Voraussetzungen für den Verzicht auf Souveränität, Kompetenzverlust oder Extraterritorialität zu schaffen, sondern eine spezifische Governance zu definieren, die auf einer aktiven, ausgewogenen und kreativen Partnerschaft basiert – gewissermaßen diese „Feinarbeit“ zu definieren, welche per se schwierig ist und diplomatisches Geschick zur Vermeidung von Unstimmigkeiten erfordert.

Vorschläge des Eurodistrikt PAMINA

- Bestehende Strukturen stärken (Obersrheinkonferenz...)
- Die Zukunftsfähigkeit bestehender Einrichtungen sichern (INFOBEST, Géorhéna, TRION, TRISAN...)³⁵
- Bündelung von Kompetenzen (mögliche Zusammenfassung von Strukturen oder geographische Neuordnung...)
- Schaffung integrierter grenzüberschreitender Programme, die für Eurodistrikte verbindlich sind.
- Verabschiedung von Aktionsplänen und territorialen Projektverträgen durch den Eurodistrikt (einschließlich einer zeitlichen Definition, die jährlich überprüft werden kann).

³³ Die Weltbank erinnert daran, dass Grenzen ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln, das zum sozialen Wohlstand beiträgt und überschaubare Einheiten für die Steuerung der Gesellschaft schafft.

³⁴ **Metropolitane Grenzregionen** – Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO)– Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – Berlin Mai 2011

³⁵ INFOBEST : es gibt 4 INFOBEST am Oberrhein, darunter PAMINA seit 1991 – Géorhéna : Geographisches Informationssystem des Oberrheins - TRION : Verein nach deutschem Recht TRION-climate - TRISAN : trinationales Kompetenzzentrum für Gesundheitsprojekte

c) Die notwendige Berücksichtigung der europäischen Dimension

Der Eurodistrikt PAMINA hat, wie zwei weitere agierende Eurodistrikte an der deutsch-französischen Grenze, eine Rechtspersönlichkeit, nämlich die des EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit): Der EVTZ verfügt als Rechtsgrundlage über eine spezielle EU-Verordnung³⁶, die sich regelmäßig weiterentwickelt.

Im Vorfeld der nächsten Programmperiode 2021-2027 hat die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament die Verordnungsentwürfe vorgelegt.³⁷ Die letzte EVTZ-Verordnung ist aus dem Jahre 2013, ein Entwurf für eine neue EVTZ-Verordnung war nicht Teil dieses Pakets.

Die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird gefördert, durch die neu eingeführte Möglichkeit, dass eine Region einen Teil der ihr zugewiesenen Mittel für die Finanzierung von Projekten in ganz Europa gemeinsam mit anderen Regionen verwendet.

Die neue Generation interregionaler und grenzüberschreitender Kooperationsprogramme (INTERREG) würde so den Mitgliedstaaten helfen, grenzüberschreitende Hindernisse besser zu beseitigen und gemeinsame Dienste einzurichten. Die Europäische Kommission schlägt ein neues Instrument für Grenzregionen und Länder vor, die ihren Rechtsrahmen harmonisieren wollen, **den Europäischen Grenzüberschreitenden Mechanismus**.

Aufbauend auf dem Erfolg einer Pilotaktion im Zeitraum 2014-2020 schlägt die Europäische Kommission die Schaffung von Interregionalen Innovativer Investitionen vor. Regionen mit kompatiblen Ressourcen im Bereich "intelligenter Spezialisierung" würden zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten für die Zusammenarbeit in paneuropäischen Clustern in prioritären Bereichen wie Megadaten, Kreislaufwirtschaft, fortgeschrittene Fertigungsindustrien oder Cybersicherheit.

Neue EU-Verordnung zur Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse

Die Verordnung über die Einrichtung eines Mechanismus zur Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse im grenzüberschreitenden Kontext ist für die Eurodistrikte von besonderem Interesse. Sie stützt sich auf die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. September 2017 mit dem Titel "*Förderung von Wachstum und Zusammenhalt in den Grenzregionen der Europäischen Union*" und auf eine unter luxemburgischem Ratsvorsitz im Jahr 2015 eingeleitete Initiative: Schaffung eines neuen Instruments zur Vereinfachung grenzüberschreitender Projekte, das auf freiwilliger Basis und im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden die Anwendung der Vorschriften eines Mitgliedstaats in dem benachbarten Mitgliedstaat ermöglicht.

Auszug aus der Verordnung :

Gegenstand (Artikel 1) der Verordnung ist ein Mechanismus, der in einem bestimmten Mitgliedstaat für eine gemeinsame grenzübergreifende Region die rechtlichen Bestimmungen des benachbarten Mitgliedstaats zur Anwendung bringen würde, wenn die Anwendung seines eigenen Rechts ein rechtliches Hindernis für die Durchführung eines gemeinsamen Projekts (das eine Infrastrukturmaßnahme oder eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sein könnte) darstellen würde.

³⁶ Verordnung (EU) Nr°1302/2013 vom 17. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) n°1082/2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit

³⁷ Die Verordnungsentwürfe sind seit dem 29. Mai 2018 auf der Internetseite der Europäischen Kommission verfügbar – Link: https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion_en

Der Mechanismus besteht im Abschluss einer Europäischen grenzübergreifenden Verpflichtung („Verpflichtung“), die unmittelbar anwendbar ist, oder einer Europäischen grenzübergreifenden Erklärung („Erklärung“), die ein weiteres Gesetzgebungsverfahren in dem Mitgliedstaat erfordert. Das Übereinkommen wird von den zuständigen Behörden beider Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Diese europäischen Regelungen bieten den Eurodistrikten eine weitere Möglichkeit, die bestehenden Vereinbarungen zwischen Frankreich und Deutschland zu ergänzen. Außerdem erleichtern sie dem Eurodistrikt PAMINA die Durchführung gemeinsamer Projekte mit anderen euroregionalen Partner wie z.B. in Polen und der Tschechischen Republik.³⁸

Schließlich wurden die Vorschläge des Oberrheins³⁹ zur Aufnahme von Kleinprojekten in das europäische Regelwerk unter der Überschrift "Kleinprojektfonds" beibehalten.

³⁸ Euroregionen Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński – Vereinbarung seit 2000

³⁹ Vereinfachungsvorschläge zur Unterstützung von Mikroprojekten / Begegnungsprojekten / Bürgerbegegnungsprojekten – 26. Februar 2018

Schlussfolgerungen

Trotz aller vorhandenen Instrumente und Vorschläge bleibt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein komplexes Thema. Im Fall des Eurodistrikt PAMINA bezieht sie sich auf das gesamte Gebiet und auf eine Vielzahl von privaten und öffentlichen Akteuren mit jeweils eigenen Kompetenzen und unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Bereits heute verfügt der Oberrhein über elf öffentliche grenzüberschreitende Strukturen.

Für den Oberrhein wird die Governance auf einem Grenzgebiet angewandt, das ein abgegrenzter Raum von Projekten ist. Er zielt, auch wenn er rechtlich konstituiert ist, nicht auf seine Verwaltung ab, sondern auf die Koordinierung der Politik der grenzüberschreitenden Akteure, um Aktionsprogramme zu entwickeln, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.

Diese "politische" Koordinierung hat zum Ziel, die Komplementarität der Maßnahmen grenzüberschreitender Strukturen zu definieren und das Subsidiaritätsprinzip anzuwenden. Sie zielt nicht darauf ab, die Zahl der Strukturen zu verringern oder Maßnahmen zu priorisieren.

Eine Besonderheit könnte darin bestehen, INFOBEST-Missionen in die Eurodistrikte zu integrieren, die ihrer Natur nach die Aufgabe haben, diesen Dienst für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das erfolgreiche Beispiel von INFOBEST PAMINA im Eurodistrikt PAMINA zeigt, dass dieser Ansatz nicht vernachlässigt werden darf. Der integrative Zugang würde im Erfolgsfall die Verständlichkeit der lokalen grenzüberschreitenden Maßnahmen für den Einwohner verbessern und die Umsetzung der aktiven Gegenseitigkeit erleichtern. Er wird es auch ermöglichen, Skalierungseffekte zu erzielen, die im Rahmen der globalen Überlegungen zur Governance auf der Ebene des Oberrheins zu berücksichtigen sind.

Die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Raumprojekts ist daher eine konkrete Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner von Grenzregionen, sei es im Hinblick auf Umwelt, Verkehr, Gesundheit oder Wirtschaft.... Sie werden so allmählich zu Räumen des multikulturellen Dialogs zwischen sozioökonomischen Akteuren und lokalen Behörden und somit zu Schmelztiegeln der Unionsbürgerschaft und zu starken Triebkräften für die Integration der Binnengrenzen und die Befriedung der Außengrenzen Europas.

Generell haben grenzüberschreitende Gebiete gemeinsam, dass sie Lebensräume, Entwicklungsräume und Beschäftigungsräume sind, die einerseits durch die Diskrepanz zwischen nationalen Systemen und den damit einhergehenden Hindernissen, und andererseits durch ein großes Potenzial für wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstand für ihre Bewohner und Unternehmen, wie für Europa insgesamt, gekennzeichnet sind.

Um den Bedürfnissen der Bewohner von Grenzgebieten gerecht zu werden, muss eine politische Steuerung der Grenzgebiete gewährleistet sein:

- auf der Grundlage lokaler, grenzüberschreitender Behörden, die ein Projekt zur nachhaltigen Entwicklung ihres Territoriums durchführen,
- unter Einbeziehung der höheren institutionellen Ebenen in das Projektmanagement, entsprechend ihren Kompetenzen,
- durch den Einsatz technischer Hilfsmittel (Observierung, Planung, Raumplanung),
- und durch einen demokratischen Dialog mit den Bewohnern, der Zivilgesellschaft und den Wirtschaftsakteuren (Bedeutung von Zweisprachigkeit, Transparenz und Kommunikation unter Betonung der Rolle der Presse und der Medien).

Davon ausgehend, dass die bestehenden grenzüberschreitenden Strukturen kohärente und legitime Governance-Instrumente darstellen, wird die Schwierigkeit darin bestehen, eine Kohäsionspolitik zu entwickeln, die auf einer aktiven Ergänzung der grenzüberschreitenden Politik auf der Grundlage einer Bündelung der lokalen, regionalen und nationalen Kompetenzen beruht.

Eine Entscheidungshilfe wäre in diesem Zusammenhang sicherlich die Umsetzung eines mehrjährigen Aktionsplans für den Oberrhein. Dieser Plan sollte die aktive sektorale Verflechtung des gesamten oberrheinischen Gebiets und aller betroffenen Akteuren definieren. Die neue Förderperiode zur Kohäsionspolitik 2021-2027 stellt in diesem Zusammenhang einen wichtigen Ansatzpunkt dar.

Patrice HARSTER
Geschäftsführer
EVTZ Eurodistrikt PAMINA

Lauterbourg, den 18. Juni 2018

ANHANG

In Zusammenhang mit dem Elysée-Vertrag:

1. Elysée-Vertrag 1963
2. Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags– 22. Januar 2003
3. Gemeinsame Erklärung zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags– 22. Januar 2013
4. Gemeinsame Resolution von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags – 22. Januar 2018
5. Transfrontalier franco-allemand – 6 propositions pour innover au cœur de l'Europe – Bericht von Sylvain Waserman – 18. Mai 2018
6. Erste gemeinsame Stellungnahme – Assemblée national/Bundestag 2018
7. Zweite gemeinsame Stellungnahme – Assemblée national/Bundestag- 17 mai 2018 – Berlin

Deutsch-Französische Erklärungen:

8. Erklärung von Saarbrücken – „1. Deutsch-Französischer Dialog" - Saarbrücken, 15. Mai 1999
9. Konferenz von Metz über die deutsch-französische grenzüberschreitende Zusammenarbeit - 7. Juli 2015
10. Erklärung von Hambach zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Grenzregionen– 6. April 2017

Die im Bericht zitierten Werke und Berichte (erhältlich beim Eurodistrikt PAMINA oder bei der Mission Opérationnelle Transfrontalière):

11. Mission sur les travailleurs frontaliers – Député Jean-Luc REITZER – 1995
12. Bericht von M. Jean Ueberschlag, Abgeordneter von St Louis «La Coopération transfrontalière - Rapport au Premier Ministre, mars 1996. La coopération transfrontalière. De la nécessité d'élaborer et de mettre en œuvre une véritable politique transfrontalière. Mission de réflexion et de propositions » - Assemblée Nationale, 1996
13. « Réflexion sur le droit de la coopération transfrontalière et propositions d'évolution » – MOT – SCET – 2001
14. « Etude pour une meilleure prise en compte de la dimension transfrontalière par les pays » – MOT- DATAR – 2001
15. Bericht des Europa-Abgeordneten Alain Lamssoure : « Rapport sur les relations transfrontalières des collectivités locales française » – Député européen Alain Lamassoure – 2005
16. « Mission Parlementaire sur la politique transfrontalière » - Mission beauftragt durch Premierminister François Fillon an Etienne Blanc, Abgeordneter des Département Ain, Fabienne Keller, Senatorin des Département Bas Rhin, Mme Marie Thérèse Sanchez Schmid, Europaabgeordnete – Documentation Française, 17. Juni 2010.
17. Manuel on removing obstacles to cross-border cooperation – ISIG – Conseil de l'Europe – 2013
18. Diplomatie et territoire – pour une meilleure action extérieure démultipliée – 21 propositions pour un nouveau partenariat – Ministère des Affaires Etrangères et du développement International – 2017+
19. 19. Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. September 2017 "Förderung von Wachstum und Zusammenhalt in den Grenzregionen der Europäischen Union" KOM (2017) 534 FINAL - Brüssel
20. Easing legal and administrative obstacles in EU border regions-Final Report – mars 2017

Elysée–Vertrag (22. Januar 1963)

General Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch–französische Zusammenarbeit am 22. Januar 1963 in Paris.

Im Anschluß an die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik vom 22. Januar 1963 über die Organisation und die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurden die folgenden Bestimmungen vereinbart:

I. Organisation

- Die Staats– und Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführung des im folgenden festgelegten Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich.
 - Die Außenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten obliegen, allmonatlich abwechselnd in Bonn und Paris zusammen, um den Stand der vorliegenden Fragen festzustellen und die Zusammenkunft der Minister vorzubereiten. Ferner nehmen die diplomatischen Vertretungen und die Konsulate der beiden Staaten sowie ihre ständigen Vertretungen bei den internationalen Organisationen die notwendige Verbindung in den Fragen gemeinsamen Interesses auf.
 - Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmäßige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt. Sie beeinträchtigen in keiner Weise die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe – Deutsch–Französische Kulturkommission, Ständige Gruppe der Generalstäbe –, deren Tätigkeit vielmehr erweitert wird. Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.
- a) Der Verteidigungs– und der Armeeminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Ferner trifft sich der französische Erziehungsminister in den gleichen Zeitabständen mit derjenigen Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.
- b) Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen; im Verhinderungsfalle werden sie durch ihre verantwortlichen Vertreter ersetzt.
- c) Der Bundesminister für Familien– und Jugendfragen oder sein Vertreter trifft sich wenigstens einmal alle zwei Monate mit dem französischen Hohen Kommissar für Jugend und Sport.
- In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch–französischen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.

II. Programm

A. Auswärtige Angelegenheiten

- Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen. Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände:
- Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit;
- Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich;
- Angelegenheiten, die in der Nordatlantikvertragsorganisation und in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt werden und an denen die beiden Regierungen interessiert sind, insbesondere im Europarat, in der Westeuropäischen Union, in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen.
- Die auf dem Gebiet des Informationswesens bereits bestehende Zusammenarbeit wird zwischen den beteiligten Dienststellen in Bonn und Paris und zwischen den Vertretungen in Drittstaaten fortgeführt und ausgebaut.
- Hinsichtlich der Entwicklungshilfe stellen die beiden Regierungen ihre Programme einander systematisch gegenüber, um dauernd eine enge Koordinierung durchzuführen. Sie prüfen die Möglichkeit, Vorhaben gemeinsam in Angriff zu nehmen. Da sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite mehrere Ministerien für diese Angelegenheit zuständig sind, wird es die Sache der beiden Außenministerien sein, die praktischen Grundlagen dieser Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen.
- Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.

B. Verteidigung

I. Auf diesem Gebiet werden nachstehende Ziele verfolgt:

- Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Es werden deutsch-französische Institute für operative Forschung errichtet.
- Der Personalaustausch zwischen den Streitkräften wird verstärkt; er betrifft insbesondere die Lehrkräfte und Schüler der Generalstabsschulen; der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken. Zur Erleichterung dieses Austausches werden beide Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein.
- Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren.

Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben.

II. Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch–französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

C. Erziehungs- und Jugendfragen

Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen werden die Vorschläge, die in den französischen und deutschen Memoranden vom 19. September und 8. November 1962 enthalten sind, nach dem oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen.

- Auf dem Gebiet des Erziehungswesens richten sich die Bemühungen hauptsächlich auf folgende Punkte:

a) Sprachunterricht

Die beiden Regierungen erkennen die wesentliche Bedeutung an, die der Kenntnis der Sprache des anderen in jedem der beiden Länder für die deutsch–französische Zusammenarbeit zukommt. Zu diesem Zweck werden sie sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen. Es erscheint angebracht, an allen Hochschulen in Deutschland einen für alle Studierenden zugänglichen praktischen Unterricht in der französischen Sprache und in Frankreich einen solchen in der deutschen Sprache einzurichten.

b) Frage der Gleichwertigkeit der Diplome

Die zuständigen Behörden beider Staaten sollen gebeten werden, beschleunigt Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, die Prüfungen, der Hochschultitel und –diplome zu erlassen.

c) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung

Die Forschungsstellen und die wissenschaftlichen Institute bauen ihre Verbindungen untereinander aus, wobei sie mit einer gründlicheren gegenseitigen Unterrichtung beginnen; vereinbarte Forschungsprogramme werden in den Disziplinen aufgestellt, in denen sich dies als möglich erweist.

- Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut.

Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch–französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der der Begegnung und dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen beiden Ländern dient.

III. Schlußbestimmungen

- In beiden Ländern werden die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Verwirklichung des Vorstehenden getroffen. Die Außenminister stellen bei jeder ihrer Zusammenkünfte fest, welche Fortschritte erzielt worden sind.
- Die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft über die Entwicklung der deutsch–französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten.

- Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der die Verteidigung betreffenden Bestimmungen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.
- Die beiden Regierungen können die Anpassungen vornehmen, die sich zur Ausführung dieses Vertrages als wünschenswert erweisen.
- Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald jeder der beiden Vertragschließenden dem anderen mitgeteilt hat, daß die dazu erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind. GESCHEHEN zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:

ADENAUER

Der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland:

SCHRÖDER

Der Präsident der Französischen Republik:

DE GAULLE

Der französische Premierminister:

POMPIDOU

Der französische Außenminister

COUVE DE MURVILLE

Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags (22. Januar 2003)

Inhaltsverzeichnis

- [Die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verantwortung für Europa](#)
- [Unsere gemeinsame Verantwortung für Europa](#)
- [Die Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich durch intensivere Zusammenarbeit stärken](#)
- [Ein verstärkter bilateraler Abstimmungsprozess](#)

Nach einem kurzem Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre und die großen Institutionen, die aus der Zusammenarbeit hervorgegangen sind, widmen sich Deutschland und Frankreich der Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen und entwerfen hierfür einen konkreten Handlungsrahmen.

Die deutsch-französische Freundschaft im Dienste einer gemeinsamen Verantwortung für Europa

1. Der vor 40 Jahren zwischen Deutschland und Frankreich von Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle unterzeichnete Elysée-Vertrag hat die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern besiegelt und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent geschaffen.
2. Deutschland und Frankreich, Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften, haben als Motor gewirkt und besonders in den letzten zwanzig Jahren Impulse für die großen Fortschritte beim Aufbau Europas gegeben: die Einheitliche Europäische Akte, den Vertrag von Maastricht, den Euro, den Schengenraum. Kürzlich erst war es Deutschland und Frankreich ein wichtiges Anliegen, zum erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit den zehn Kandidatenländern in Kopenhagen beizutragen. Deutschland und Frankreich sind sich ihrer gemeinsamen historischen Verantwortung im Dienste Europas bewusst. Sie wollen weiterhin eine treibende Kraft sein, die Vorschläge einbringt und ihre Partner mitziehen kann, ohne diesen etwas aufzuzwingen.
3. Der Elysée-Vertrag hat zudem eine Ära beispielloser Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern eingeleitet. Unser enger Dialog und unsere Zusammenarbeit auf allen Gebieten fördern einen immer intensiveren Austausch zwischen unseren Gesellschaften. Heute würdigen wir alle Akteure, die zur Entwicklung und Vertiefung dieses Dialogs beigetragen haben: politische Persönlichkeiten, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände, Schulen und andere Einrichtungen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur.
4. Wir begrüßen auch die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das mehr als sieben Millionen Jugendlichen Gelegenheit zur Begegnung geboten hat, der Deutsch-Französischen Hochschule, durch die jedes Jahr mehr als 3000 Studierende integrierte Deutsch-Französische Studiengänge besuchen, und des Fernsehsenders ARTE, Symbol des Willens zur Kooperation zwischen unseren beiden Ländern, der unlängst seinen zehnten Jahrestag gefeiert hat. Auf militärischem Gebiet heben wir die Rolle der Deutsch-Französischen Brigade hervor, die am Beginn des Eurokorps stand, das uns die Durchführung gemeinsamer Kriseneinsätze ermöglicht. Jetzt, da Deutschland und Frankreich sich entschließen, anlässlich dieses Jahrestages das sie einende Band noch weiter zu verstärken, müssen diese Institutionen wie auch das Gesamtgefüge der Strukturen deutsch-französischer Zusammenarbeit ihre Aufgaben dieser neuen Ära der Annäherung anpassen und ihre Aktivitäten noch mehr in einer europäischen Perspektive gestalten.

5. Nach 40 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen der deutsch-französischen Partnerschaft wesentlich verändert. Das Ende des kalten Krieges und die Einigung Deutschlands haben die Wiedervereinigung Europas eingeleitet. Die Verbindung der EU-Erweiterung mit der Gestaltung einer gemeinsamen Verfassung stellt unsere beiden Länder vor große Herausforderungen. Die Erfolge unserer 40jährigen Zusammenarbeit geben uns die Zuversicht, dass wir die Aufgaben bei der Gestaltung des neuen Europa in einer globalisierten Welt erfolgreich bewältigen werden. Wir sind deshalb entschlossen, eine neue Etappe der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern in Angriff zu nehmen.

Unsere gemeinsame Verantwortung für Europa

6. Deutschland und Frankreich sind in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Unsere gemeinsame Zukunft ist von der einer vertieften und erweiterten Europäischen Union nicht zu trennen. Daher wollen wir unseren Partnern eine gemeinsame Vision des Europa von morgen vorschlagen. Wir sind entschlossen, alles zu tun, um die Stärkung dieser Union voranzutreiben.

7. Wir freuen uns über die auf dem Europäischen Rat Kopenhagen nach einer schmerzlichen Geschichte besiegelte Rückkehr zur europäischen Gemeinsamkeit. Wir sind entschlossen, die Erweiterung zum Erfolg zu führen, indem wir den neuen Mitgliedstaaten helfen, sich harmonisch in die Europäische Union zu integrieren und an unserer Seite für die Werte einzutreten, die für den europäischen Gedanken wesentlich sind. Wir werden gemeinsam die künftigen Beitritte vorbereiten, insbesondere die von Bulgarien und Rumänien, und eine privilegierte Partnerschaft mit den Staaten an den Grenzen der Union fördern, um die Stabilität und den Wohlstand Europas und seiner Nachbarn sicherzustellen.

8. Die erweiterte, vielfältigere und damit komplexere Union muss ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit bewahren. Daher wollen wir den Erfolg des Konvents über die Zukunft Europas. Wir haben dem Konvent unsere Vorschläge vorgelegt, die es der Europäischen Union ermöglichen sollen, ihre inneren und äußeren Herausforderungen zu bewältigen. Wir rufen dazu auf, die Grundlagen für eine stärkere, demokratischere, verständlichere, solidarischere und effizientere Union zu schaffen, die eine größere Glaubwürdigkeit in der Welt besitzt. Wir wollen die Institutionen der Union mit größeren Handlungsspielräumen ausstatten, ihre Legitimität und Stabilität stärken und eine wirkliche Union der Bürgerinnen und Bürger errichten. Auch aus diesem Grund sollte die Grundrechtecharta in den Text der Verfassung aufgenommen werden, um all ihre Kraft in den Dienst der Werte und Prinzipien zu stellen, die die Grundlagen des europäischen Gedankens bilden.

9. Wir sind entschlossen, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine neue Qualität zu verleihen, um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, ihrer Rolle in der Welt voll und ganz gerecht zu werden und weltweit Freiheit, Frieden und Demokratie in Übereinstimmung mit ihren Werten zu fördern. Wir schlagen die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion vor, die der Solidarität und gemeinsamen Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten konkrete Gestalt und Wirksamkeit verleiht und auch zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz beitragen soll. Um unserer Entschlossenheit für eine solche Fortentwicklung der ESVP Ausdruck zu verleihen, werden wir die erforderlichen Anstrengungen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten unternehmen und dabei auch unsere bilaterale Zusammenarbeit erheblich intensivieren.

10. Wir verpflichten uns auch zu einer neuen Solidarität mit den Ländern des Südens, um besonders die Entwicklung der ärmsten Länder zu sichern, insbesondere im Rahmen der Verhandlungen, die unter der Ägide der Welthandelsorganisation geführt werden.

11. Es entspricht unserer beiderseitigen Verantwortung, die gemeinsamen Politiken der Union zu entwickeln und sie den neuen Realitäten des europäischen Aufbauwerks anzupassen, da diese Politiken die wesentliche Grundlage der Solidarität zwischen den Ländern der Union bilden. Daher werden wir

zusammen die große Debatte über die finanziellen Perspektiven der Union und über die Zukunft der gemeinsamen Politiken nach 2006 vorbereiten. Dabei bemühen wir uns um umfassende Lösungen, die auch den Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rates von Brüssel am 24. und 25. Oktober 2002 zugrunde liegen.

12. Wir werden darauf achten, dass die Mehrsprachigkeit in den Institutionen der Europäischen Union eingehalten wird, und sind entschlossen, die notwendigen Maßnahmen für die Verwendung des Deutschen und des Französischen in ihren Gremien zu treffen, indem wir zum Beispiel das Erlernen der beiden Sprachen durch die künftigen europäischen Beamtinnen und Beamten, besonders diejenigen aus den Beitrittsländern, im Rahmen von universitären oder beruflichen Ausbildungsprogrammen fördern werden.

13. Wir wollen Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts stärken, damit alle europäischen Bürgerinnen und Bürger überall auf dem Gebiet der Europäischen Union sicher leben können, insbesondere angesichts neuer Bedrohungen. Die Europäische Union muss eine Gemeinschaft des Rechts und ein Raum der Bürgerinnen und Bürger sein. Auch wollen wir die Freizügigkeit in der Union durch die Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigungen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger erleichtern. Wir werden uns auch für eine gemeinsame europäische Asyl- und Einwanderungspolitik einsetzen. Ebenso verpflichten wir uns zu einer aktiven Politik für die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft, die Schaffung eines europäischen Strafregisters, die Verstärkung der Kapazitäten von Europol und die Einrichtung einer europäischen Grenzpolizei, die ein wirksameres Vorgehen gegen die illegale Einwanderung ermöglichen wird.

Die Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich durch intensivere Zusammenarbeit stärken

14. Um ihre Rolle als Antriebs- und Zugkraft in der Europäischen Union gänzlich auszufüllen, müssen unsere beiden Länder ihre bilaterale Zusammenarbeit in der Europäischen Union in exemplarischer Weise intensivieren. Unser Ziel ist, dass unsere Projekte als Grundlage für die europäischen Politiken dienen können. Wir ergreifen daher bilaterale Initiativen, die es auf prioritären Aktionsfeldern erlauben, eine engere Verbindung zwischen unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Gesellschaften und unseren Institutionen zu praktizieren.

Jugend, Bildung und Sport

15. Die Vielfalt der Sprachen ist ein Reichtum der Europäischen Union. Ihr Erlernen ist Quelle der Entfaltung und Chance für die junge Generation. Wir möchten das Erlernen der Partnersprache entschlossen fördern und unterstützen generell ein Bildungsmodell, das es den Jugendlichen unserer beiden Länder ermöglicht, zwei europäische Fremdsprachen zu beherrschen.

16. Wir erklären den 22. Januar zum "Deutsch-Französischen Tag". Wir wünschen, dass dieser Tag künftig in allen Einrichtungen unserer Bildungssysteme der Darstellung unserer bilateralen Beziehungen, der Werbung für die Partnersprache und der Information über die Austausch- und Begegnungsprogramme sowie über die Möglichkeiten des Studiums und der Beschäftigung im Partnerland gewidmet wird.

17. Unser Ziel ist es, die Jugendlichen unserer beiden Länder zu ermutigen, Deutschland und Frankreich als einheitlichen Raum für die Durchführung ihrer Ausbildung und die Ausübung ihres Berufs wahrzunehmen. Zur Erleichterung des Austauschs im Hochschul- und Berufsbildungsbereich und der beruflichen Mobilität werden wir weiter für die vollständige gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und für noch mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von beruflichen Qualifikationen sorgen. Die zuständigen Minister werden die Hindernisse identifizieren, die es noch zu

überwinden gilt, und bis zum nächsten deutsch-französischen Gipfel einen präzisen Zeitplan für die Realisierung dieses Ziels aufstellen sowie regelmäßig über die erreichten Fortschritte berichten. Die Deutsch-Französische Hochschule soll ausgebaut und in die Lage versetzt werden, eine möglichst große Anzahl Studierender aufzunehmen. Deutschland und Frankreich möchten ihr eine neue Dimension geben und schlagen ihren europäischen Partnern vor, die Entwicklung von Zusammenschlüssen von Hochschulinstitutionen zu fördern. Als Vorhut eines Europa der Hochschulen werden diese den Studierenden eine auf europäischer Ebene integrierte akademische Ausbildung ermöglichen.

18. Um den sportlichen Austausch zu intensivieren, beabsichtigen wir die gemeinsame Kandidatur Deutschlands und Frankreichs für die Ausrichtung internationaler Sportwettbewerbe. Wir regen grenzüberschreitende deutsch-französische Großveranstaltungen auf dem Gebiet des Sports unter Einbeziehung eines möglichst breiten Publikums an.

Zivilgesellschaft, Kultur und Medien

19. Die engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich setzt eine bessere gegenseitige Kenntnis unserer Gesellschaften und Kulturen voraus. Um einen intensiveren Dialog zwischen den Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Medien und Kultur zu ermöglichen, schlagen wir vor, dass eine jährlich stattfindende Deutsch-Französische Konferenz diesen Personenkreis zusammenführt, um die unsere Gesellschaften betreffenden großen Fragen zu diskutieren.

20. Wir wünschen, dass bereits dieses Jahr Verhandlungen aufgenommen werden, die die Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die kulturelle Vielfalt im Rahmen der UNESCO zum Ziel haben. Diese Vielfalt muss vor allem im audiovisuellen Bereich und in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Ausdruck finden. Die Förderung unseres Kulturbetriebs soll dazu ebenso beitragen. Wir regen die Fortentwicklung des Journalistenaustauschs zwischen unseren beiden Ländern an. Wir rufen unsere Minister auf, sich für gemeinsame Kulturprojekte in Drittländern zu engagieren, wozu insbesondere der zu diesem Zweck geschaffene Finanzierungsfonds der beiden Außenministerien genutzt werden soll, und eine gemeinsame Unterbringung unserer Kulturinstitute in Moskau anzustreben.

21. Wir fordern die europäische Öffnung des Kulturkanals ARTE unter Wahrung seiner deutsch-französischen Identität, u.a. durch die Einrichtung einer Datenbank für europäische Programme durch diesen Sender, und fordern ihn auf, die Annäherung unserer Gesellschaften voranzubringen. Wir unterstreichen die Bedeutung der Präsenz mindestens eines Fernsehprogramms aus dem Nachbarland in der deutschen und französischen Fernsehlandschaft. Wir fördern die Produktion und Ausstrahlung von gemeinsamen Programmen durch die Radio- und Fernsehanstalten beider Länder. Wir wollen, dass unsere beiden Länder weiterhin Überlegungen über die Zukunft des europäischen Nachrichtensenders EuroNews anstellen.

Harmonisierung von Recht und Gesetz

22. Um die Annäherung unserer Gesellschaften zu intensivieren und neue Fortschritte auf europäischer Ebene zu verwirklichen, streben wir an, unsere nationale Gesetzgebung in wesentlichen Bereichen, die das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger betreffen, zu harmonisieren. Wir rufen unsere Minister auf, bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen systematisch ihre Partner zu konsultieren und den Stand und die Entwicklung der Gesetzgebung im Partnerland stärker zu berücksichtigen, um größtmögliche Übereinstimmung zu erzielen. Wir wünschen insbesondere, dass Gesetzesvorhaben vorgestellt werden, die auf eine Annäherung des Zivilrechts, insbesondere des Familienrechts zielen. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern auch die Staatsbürgerschaft beider Länder ermöglichen, soweit sie das

wünschen. Ebenso müssen wir die Schwierigkeiten verringern und letztlich beseitigen, die immer noch für diejenigen Bürgerinnen und Bürger bestehen, die im Hinblick auf Beruf, Familie oder persönliche Situation ihren Lebensmittelpunkt sowohl in Deutschland als auch in Frankreich haben.

Ethikrecht

23. Wir legen großen Wert darauf, für die ethischen Probleme, die durch den Fortschritt von Wissenschaft und Medizin entstanden sind, gemeinsamen Antworten zu finden. Unter Berücksichtigung der Überlegungen der Ethikräte beider Länder wollen wir eng abgestimmte Entwürfe vorstellen, die die Annahme vergleichbarer Gesetze ermöglichen.

Regionale und interregionale Zusammenarbeit

24. Ebenso wünschen wir eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, um das Entstehen neuer Verbindungen, insbesondere zwischen Bundesländern und französischen Regionen, ebenso wie die Fortentwicklung einer interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu begünstigen. Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg–Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte auf.

Außenpolitik

25. Deutschland und Frankreich werden darauf achten, in internationalen Gremien, einschließlich des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, gemeinsame Standpunkte einzunehmen und abgestimmte Strategien gegenüber Drittländern festzulegen, insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

26. Unsere Außenminister werden die Vernetzung unserer diplomatischen und konsularischen Dienste verstärken, insbesondere durch gemeinsame Unterbringung und gemeinsame Dienstleistungen. Wir beauftragen sie auch damit, die Möglichkeit der Eröffnung gemeinsamer deutsch–französischer Botschaften zu prüfen.

27. Die Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger im Partnerland müssen unter Federführung der Außenministerien durch eine intensiviertere Kooperation zwischen den konsularischen Diensten und den Verwaltungen des Partnerlandes verbessert werden. Die gegenseitige Hilfe für unsere Bürgerinnen und Bürger in Drittländern wird ebenfalls noch weiter ausgebaut werden.

Verteidigung

28. Im Rahmen der ESVP unterstreichen Deutschland und Frankreich an diesem Tag, der auch der 15. Jahrestag der Gründung des Deutsch–Französischen Verteidigungs– und Sicherheitsrates ist, die Qualität und die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung. Sie möchten sie mit Blick auf den Aufbau Europas stärken. Dabei geht es insbesondere um die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten, einschließlich der Einführung neuer Formen der Zusammenarbeit, insbesondere durch Harmonisierung der militärischen Bedarfsplanung und Bündelung von Fähigkeiten und Ressourcen, um zur Schaffung einer europäischen Rüstungspolitik und einer europäischen Kultur der Sicherheit und Verteidigung beizutragen.

Wirtschafts– und Finanzpolitik

29. Um die Koordinierung unserer Wirtschaftspolitik und unserer Aktivitäten auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft wie international zu stärken, werden Deutschland und Frankreich im Rahmen des durch das Protokoll von 1988 gegründeten Deutsch– Französischen Finanz– und Wirtschaftsrats, der der Eckstein unserer bilateralen Beziehungen ist, gemeinsame Positionen zu den

sich mittel- und langfristig stellenden grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik wie Finanzierung der Renten und Pensionen, des Gesundheitssystems und des Arbeitsmarkts entwickeln. Wir werden ebenso unsere Zusammenarbeit in der Industrie-, Handels-, Energie-, Technologie- und Transportpolitik vertiefen, um im europäischen Rahmen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaften zu stärken.

30. Damit Europa voll und ganz zu den internationalen Debatten der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik beitragen kann und über eine noch größere Analyse- und Vorschlagskapazität verfügt, womit es seine Stellung in diesen Bereichen stärken kann, beschließen Deutschland und Frankreich eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, das diesen Zielen gewidmet ist. Dieses Zentrum könnte in Brüssel angesiedelt sein und sollte sich schrittweise allen europäischen Partnern öffnen – Mitgliedsstaaten, Institutionen der Gemeinschaft und privaten Akteuren.

Entwicklungszusammenarbeit

31. Deutschland und Frankreich verstärken ihre Koordination in der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere bei der Definition der Prioritäten ihrer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Bewertung. Sie werden bemüht sein, gemeinsame Standpunkte auf diesem Gebiet in den entsprechenden internationalen Gremien festzulegen. Sie intensivieren ihre Arbeit vor Ort mit der Durchführung gemeinsamer oder sich ergänzender Projekte, um zur Entwicklung insbesondere in Afrika beizutragen und Geißeln wie die Drogen und große Pandemien wie AIDS zu bekämpfen.

32. Ebenso rufen wir zur Gründung eines Deutsch-Französischen Freiwilligendienstes auf, um es jungen Deutschen und jungen Franzosen zu ermöglichen, sich gemeinsam in Projekten der Zusammenarbeit in Drittländern, besonders mit Blick auf die Entwicklungsländer, zu engagieren.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

33. In einem Umfeld, in dem Katastrophen und insbesondere Überschwemmungen immer häufiger in neuer Art und Weise die Frage der Prävention natürlicher Risiken und des Krisenmanagements aufwerfen, wollen Deutschland und Frankreich der Motor einer europäischen Politik zur Prävention von Naturkatastrophen, insbesondere von Überschwemmungen sein. Sie fordern die Kommission auf, einen Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Zentrums der Prävention und des Schutzes bei Überschwemmungen vorzulegen. Der deutsch-französische Umweltrat wird bei seinen Arbeiten dieser Aufgabe Priorität geben. Beide Länder werden die Möglichkeit untersuchen, bei Katastrophen auf gemeinsame Mittel zurückzugreifen.

34. Wir werden uns für eine wirksame und verantwortungsvolle internationale Umweltpolitik durch den Ausbau des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) einsetzen und langfristig die Schaffung einer Weltorganisation für Umweltfragen im Rahmen der Vereinten Nationen anstreben.

Forschung und technologische Entwicklung

35. Wir wollen die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit fortsetzen, um zur Schaffung eines europäischen Forschungsraums beizutragen, dies insbesondere durch Aktivitäten zugunsten der Mobilität von Forscherinnen und Forschern und der Einrichtung von Promotionsstudiengängen der Deutsch-Französischen Hochschule. Wir sind entschlossen, unserer Raumfahrtzusammenarbeit insbesondere im Bereich der Trägerraketen neue Impulse zu geben. Wir befürworten, dass die Kompetenz der Europäischen Union im Raumfahrtbereich ausdrücklich in die Verträge aufgenommen wird. Im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen in dieser Technik sprechen wir uns im Sinne der deutsch-französischen Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen erneut gegen das

menschliche Klonen aus. Wir treten für die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Forschungsinstituten zur noch wirksameren gemeinsamen Krebsbekämpfung ein.

Ein verstärkter bilateraler Abstimmungsprozess

36. Die deutsch-französischen Gipfeltreffen werden die Form eines Deutsch-Französischen Ministerrates annehmen. Dieser wird von den Außenministern vorbereitet werden. Der Ministerrat wird die Koordinierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf höchster Ebene sowie die Nacharbeit zu ihrer Umsetzung in den vorrangigen Handlungsfeldern sicherstellen. Ministerräte in kleinerer Zusammensetzung können zur Behandlung spezifischer Themen zusammentreten.

37. Der Deutsch-Französische Sicherheits- und Verteidigungsrat und sein Komitee werden anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrates abgehalten.

38. Wenn ein Thema der Tagesordnung dazu geeignet ist, nimmt der zuständige Minister des Partnerlandes an Kabinettsitzungen der anderen Seite teil und wird eingeladen, gemeinsame legislative Projekte vorzustellen.

39. Ebenso sollen sich die Minister unserer beiden Länder über die Ministerräte der Europäischen Union hinaus noch systematischer und häufiger treffen, insbesondere um Tagesordnungspunkte des Deutsch-Französischen Ministerrates vorzubereiten.

40. Der Rhythmus der Treffen auf höchster Ebene zwischen Bundeskanzler und Staatspräsident, in Anwesenheit der beiden Außenminister, wird beibehalten und kann wenn nötig intensiviert werden.

41. In jedem Land wird ein Beauftragter (Generalsekretär) für die deutsch-französische Zusammenarbeit geschaffen. Diese hochrangige Persönlichkeit wird persönlich beim Bundeskanzler (beim Premierminister) angesiedelt und über geeignete Strukturen im Außenministerium verfügen. Der Beauftragte koordiniert die Vorbereitung, Durchführung und weitere Behandlung der Beschlüsse der politischen Abstimmungsgremien und die Annäherung unserer beiden Länder in den europäischen Gremien. Ihm steht ein Vertreter aus dem Partnerland zur Seite. Der Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit nimmt am Deutsch-Französischen Ministerrat teil. Er ist Vorsitzender der interministeriellen Kommission für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

42. Um die gegenseitige Kenntnis der administrativen Praxis und die Effizienz unserer gemeinsamen Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen unserer beiden Länder zu verbessern, fordern wir unsere Minister auf, die Abordnung von Beamtinnen und Beamten in das andere Land auf nationaler wie lokaler Ebene allgemein einzuführen, die Kontakte zwischen den Verantwortlichen der gleichen Fachbereiche in beiden Ländern zu systematisieren, den Informationsaustausch zu intensivieren, die Kenntnis der Partnersprache zu verbessern und gemeinsame Ausbildungsprogramme insbesondere für den höheren Dienst zu schaffen. Wir schlagen ihnen auch vor, einen Mitarbeiter aus dem Partnerland in ihren Stab aufzunehmen. Ebenso schlagen wir den Gebietskörperschaften einen solchen Austausch vor.

43. Die Umsetzung dieser Erklärung fällt in die gemeinsame Verantwortung der Ministerien beider Länder für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Diese legen anlässlich des Gipfeltreffens nach diesem 40. Jahrestag ein gemeinsames Programm zur Zusammenarbeit vor. Bei jedem Deutsch-Französischen Ministerrat werden sodann die Umsetzung der Programme zur Zusammenarbeit bewertet und ihre Prioritäten aktualisiert.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Gerhard Schröder

Der Präsident der Französischen Republik Jacques CHIRAC



Pressemitteilung

Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 1 von 19

Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrags

HAUSANSCHRIFT
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11044 Berlin

TEL + 49 (0)3018 272-2030
FAX + 49 (0)3018 272-3152

cvd@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de
www.bundestkanzlerin.de

Am heutigen 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags haben sich die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik in ihrem gemeinsamen Ministerrat anlässlich dieses Jubiläums auf folgende politische Leitlinien ihres gemeinsamen Handelns geeinigt.

Beide Regierungen werden auf der Grundlage dieser Leitlinien ihre Zusammenarbeit vorantreiben. Ihre gemeinsamen Initiativen sollen für die anderen EU-Staaten geöffnet und in den europäischen Integrationsprozess gestellt werden. Sie werden je nach beteiligten Behörden und Bereichen in gesondert ausgearbeiteten Abkommen präzisiert, u. a. bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung.

Die Jugend wieder für die deutsch-französische Freundschaft begeistern

1. Der Erfolg unserer Partnerschaft ist davon abhängig, inwiefern es uns gelingt, die jungen Menschen für die deutsch-französische Idee zu begeistern. Deshalb möchten wir neue Meilensteine in unserer Partnerschaft setzen, insbesondere in den Bereichen Jugend, Bildung einschließlich nicht-formaler Bildung, Ausbildung und Mobilität, und bei allem, was die neuen Generationen für die deutsch-französischen Beziehungen einnehmen kann.
2. Wir sind uns der besonderen Bedeutung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden zwischen unseren beiden Ländern bewusst und möchten die Annäherung unserer Schulsysteme fortsetzen, auch durch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und die Entwicklung von binationalen Diplomen und Abschlüssen. Wir fördern eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Ausbildungseinrichtungen, insbesondere durch Partnerschaften zwischen Einrichtungen in beiden Ländern sowie zwischen den für Bildung zuständigen Institutionen.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 2 von 19

3. Wir bekräftigen, wie wichtig das Erlernen der Partnersprache für ein besseres gegenseitiges Verständnis und eine Annäherung unserer Gesellschaften, aber auch für die Chancen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und die beruflichen Kompetenzen aller ist. Wir unterstützen den frühkindlichen Erwerb der Partnersprache, vor allem im Rahmen zweisprachiger Kindertagesstätten, aber auch in den Hochschulen sowie in den Gymnasien und Berufsschulen. Wir unterstreichen darüber hinaus die entscheidende Rolle der zweisprachigen Schulzüge im allgemein bildenden Schulwesen, insbesondere der zum Abibac führenden Zweige, und werden die Möglichkeiten prüfen, diese in anderen Typen der allgemeinen Ausbildung zu entwickeln, insbesondere in Form eines Abibac-Zugs mit technologischer und/oder beruflicher Ausrichtung.
4. Besonders würdigen wir die herausragende Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das wir verstärkt politisch und materiell unterstützen wollen, damit es für die neuen Herausforderungen unserer Gesellschaften gewappnet ist.
5. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung werden ihre Tätigkeit in den Bereichen Berufsorientierung, berufliche Bildung und berufliche Mobilität mit ihren jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielen im Sinne einer komplementären Zusammenarbeit weiterentwickeln. Ferner wird unter der Schirmherrschaft des Deutsch-Französischen Jugendwerks ein deutsch-französisches Diplom für Jugendbetreuer eingeführt.
6. Wir möchten die Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und berufliche Bildung intensivieren, um mit der Gründung eines deutsch-französischen Berufsgymnasiums in Bordeaux und der Einrichtung zweisprachiger Züge in Berufsschulen ein Vorzeigeprojekt in diesem Bereich zu starten. In beiden Ländern sollen entsprechende Maßnahmen gefördert werden.
7. Um dieses Ziel zu erreichen, rufen wir die französischen Regionen und die Bundesländer dazu auf, ihre Zusammenarbeit im Rahmen der allgemeinen und der beruflichen Bildung weiter auszubauen und insbesondere mehr Möglichkeiten für Praktika im Partnerland zu schaffen.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 3 von 19

8. Wir begrüßen darüber hinaus die Einführung des vom Deutsch-Französischen Jugendwerk im Rahmen von „Praxes“ ins Leben gerufenen deutsch-französischen Praktikantenstatus.
9. Mit der Deutsch-Französischen Hochschule, deren Mittel in den letzten Jahren gestiegen sind, haben sich beide Staaten mit einem wichtigen Instrument ausgestattet, um Partnerschaften zwischen Universitäten aufzubauen, noch mehr binationale Ausbildungsgänge einzurichten und die Mobilität von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern zu fördern. In den kommenden Jahren wird die Deutsch-Französische Hochschule sich weiter öffnen für Studierende aus Drittländern und so zur Außenwirkung der deutsch-französischen Freundschaft beitragen. Allgemein möchten wir die Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung und des beruflichen Unterrichts verstärken und eine echte zweisprachige Berufsausbildung einrichten. Beide Länder verpflichten sich, ihre Universitäten und Forschungseinrichtungen anzuregen, ihre gegenseitigen partnerschaftlichen Verbindungen zum Wohle ihrer Studenten, Forscher und Lehrenden zu entwickeln und auszubauen, insbesondere in Form von Austauschaufenthalten und binationalen Abschlüssen.

Kultur als Sockel der deutsch-französischen Beziehungen

10. Die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich stellen einen starken Träger für den Austausch und das Verständnis zwischen unseren Gesellschaften dar. Deutschland und Frankreich werden ihre Zusammenarbeit in folgenden Schwerpunktthemen verstärken: Vertiefung eines schützenden europäischen Wirtschafts- und Steuersystems für geistiges Eigentum einschließlich des digitalen Bereichs, Abschluss von Partnerschaften zwischen Kulturinstitutionen und Gebietskörperschaften (insbesondere zwischen den Regionen und den Bundesländern), Förderung von Koproduktionen in den Kommunikationsindustrien (Film, Fernsehen) sowie Entwicklung gemeinsamer Projekte im Bereich der künstlerischen Bildung.
11. Auf europäischer Ebene beschließen wir, unsere Zusammenarbeit zu stärken, damit der europäische Regulierungsrahmen das künstlerische Schaffen, die kulturelle Vielfalt, die Mobilität von



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 4 von 19

Künstlern und Werken sowie die Entwicklung und die Verbreitung kultureller Güter und Dienstleistungen begünstigt.

12. Der 1988 gegründete Deutsch-Französische Kulturrat (DFKR) muss bei allen wichtigen bilateralen und europäischen Themen im Kulturbereich die Beschlüsse unserer Regierungen sachkundig unterstützen.
13. Deutschland und Frankreich werden ihre fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb des Europäischen Kulturkanals ARTE weiter intensivieren. Das große Potential dieses einzigartigen Senders für künstlerisches Schaffen, Kultur und Verständigung zwischen den beiden Ländern und in Europa wird im Bereich deutsch-französischer Koproduktionen noch weiter ausgeschöpft.
14. Wir bekräftigen die Bedeutung des Deutsch-Französischen Kulturfonds in Drittländern, der anlässlich des deutsch-französischen Jahres verstärkt wurde und durch den unsere Freundschaft über unsere Grenzen hinaus positiv wahrgenommen und ein Bild der Modernität und der kulturellen Dynamik verbreitet wird.
15. Deutschland und Frankreich treten für die Entwicklung einer europäischen Identität ein, die mit einem in allen Mitgliedstaaten erteilten Schulunterricht über die Verdienste und die Funktionsweise der Europäischen Union beginnt. Wir werden uns bei den europäischen Institutionen für ein Lehrbuch über die Geschichte der Europäischen Union einsetzen.

Eine Partnerschaft für Wachstum, Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt

16. Die wirtschaftliche und soziale Dimension der deutsch-französischen Beziehungen muss gestärkt werden, damit wir uns unseren gemeinsamen Herausforderungen in Bezug auf Finanzstabilität, Wachstum und Beschäftigung – vor allem junger Menschen –, Arbeitsbedingungen und sozialen Dialog besser stellen können. In diesem Sinne werden wir gemeinsam dazu beitragen, den beim Europäischen Rat im Juni 2012 verabschiedeten „Pakt für Wachstum und Beschäftigung“ zu implementieren und weiter zu stärken. Im Bewusstsein unserer



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 5 von 19

historischen Verantwortung werden wir gemeinsam auf die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion hinwirken.

17. Wir begrüßen die Rolle des Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrats und der deutsch-französischen Einigkeit unter den Finanzministern beider Länder, die dazu beitragen, unsere Positionen in Bezug auf die europäischen Wirtschaftsthemen einander anzunähern. Diese ständige Zusammenarbeit wird die Ausarbeitung von Lösungen im Zusammenhang mit der Vertiefung der Eurozone weiter fördern. Insbesondere begrüßen wir die Vorschläge der hochrangigen Expertengruppe für mögliche Reformen der Struktur des Bankensektors und die von der Europäischen Kommission eingeleiteten Konsultation, zu der wir einen gemeinsamen Beitrag geleistet haben. Diese stellen einen wichtigen Beitrag für die Einführung einer rechtlichen Abtrennung besonders riskanter Banktätigkeiten unter Beibehaltung der für Kunden und die Wirtschaft im Allgemeinen wichtigen Tätigkeiten dar. Wir werden uns darum bemühen, diese Art von Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene umzusetzen mit dem Ziel, die mit spekulativen Tätigkeiten verbundenen Risiken zu mindern, die Finanzstabilität zu bewahren und die Wirtschaft effizient zu finanzieren.
18. Wir beschließen, im Rahmen einer ministeriellen deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu sozialen Fragen unseren Austausch über unser jeweiliges Sozialmodell zu intensivieren und dabei die zuständigen Minister einzubeziehen.
19. Die Ausweitung des Dialogs auf die Sozialpartner bereichert die Reflexion über die Antworten auf unsere gemeinsamen Herausforderungen und begünstigt die Stärkung des europäischen Sozialdialogs. Wir laden die Vertreter von Arbeitgebern, die Gewerkschaften und die Vertreter der Arbeitnehmer ein, eine beratende deutsch-französische Arbeitsgruppe einzurichten, die gemeinsame Initiativen in den Bereichen der Wettbewerbsfähigkeit und des Sozialmodells beider Länder vorschlagen wird.
20. Bei der Industriepolitik ist es vor allem notwendig, alle europäischen Politiken dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums zu unterstellen. Die von Jean-Louis Beffa und Gerhard Cromme geleitete Arbeitsgruppe über die europäische industrielle Wettbewerbsfähigkeit, die ihre Ergebnisse im April



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 6 von 19

2013 vorgelegen soll, wird ihre Arbeit fortführen und gegebenenfalls innerhalb von 12 – 18 Monaten einen neuen Bericht vorlegen, der eventuelle Ergänzungsvorschläge enthält, unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Gruppe der deutschen und französischen Sozialpartner.

21. Unsere ministerielle Zusammenarbeit wird dazu beitragen, Synergien zu suchen und günstige Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen zu schaffen. Unsere Bemühungen werden sich auf folgende Schwerpunkte beziehen: Rohstoffe, Energie, digitale Wirtschaft, elektronische Kommunikationsdienste und Nanotechnologien, Nahrungsmittel, Gesundheit und Verkehr.
22. Unsere beiden Regierungen sind sich der ähnlichen Probleme der deutschen und der französischen Industrie beim Zugang zu Rohstoffen bewusst und verpflichten sich, die deutsch-französische Abstimmung zu intensivieren, um unseren beiden Volkswirtschaften einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Zugang zu strategisch bedeutenden Rohstoffen zu sichern. Unsere beiden Länder tauschen ihre Erfahrungen bei der Umsetzung der Industriepolitik zu diesen Themen aus, arbeiten an einer Harmonisierung der deutschen und französischen Position zu den auf europäischer und internationaler Ebene durchgeführten Arbeiten, verstärken die Zusammenarbeit in der Forschung und ermutigen allgemein Akteure, Gremien und Privatunternehmen aus dem Bergbau zu neuen Kooperationen.
23. Frankreich und Deutschland begrüßen den Beitrag des 2005 auf der Grundlage einer deutsch-französischen Initiative gegründeten Centre Bruegel zu den Debatten über Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik in Europa.
24. Frankreich und Deutschland werden die Schlussfolgerungen des ESA-Ministerrats vom 20. und 21. November 2012 in Neapel umsetzen, insbesondere: die Konsolidierung des Bereichs Trägerraketen durch das angepasste Programm Ariane 5ME und Ariane 6 für einen unabhängigen Zugang zum Weltraum, die paritätische Mehrheitsbeteiligung Deutschlands und Frankreichs an der Entwicklung von Wettersatelliten der zweiten Generation des Programms METOP, und schließlich den Betrieb der Internationalen Raumstation ISS bis 2020. Wir sorgen für eine regelmäßige Überprüfung auf Ministerebene, um dem



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 7 von 19

europäischen Raumfahrtsektor mit diesen umfassenden Investitionen neue Impulse zu verleihen und den nächsten ESA-Ministerrat im Jahre 2014 unter bestmöglichen Bedingungen vorzubereiten. Darüber hinaus werden wir unsere bilateralen Beziehungen dadurch vertiefen, dass wir am Erfolg unseres gemeinsamen Programms zur Überwachung der Methanemissionen „Merlin“ arbeiten.

25. Eine intelligente Regelung und wirksame Reduzierung des nicht erforderlichen Verwaltungsaufwands wird zu einer Verbesserung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit vor allem der KMU beitragen. Frankreich und Deutschland werden sich über ihre Herangehensweisen und gemachten Erfahrungen austauschen und die deutsch-französische Koordinierung insbesondere in Bezug auf Initiativen auf europäischer Ebene austauschen.
26. Mit dem Ziel der Integration unserer Arbeitsmärkte und um allen Bürgern optimale Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu geben, wollen beide Länder deutsch-französische Instrumente der Arbeitssuche ausbauen. Die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen „Pôle emploi“ und Agentur für Arbeit wird durch die Gründung der ersten deutsch-französischen Agentur für Beschäftigung in der Grenzregion mit Sitz in Kehl ausgeweitet mit dem Ziel, mittelfristig ein Netz an deutsch-französischen Agenturen im Grenzgebiet zu schaffen. Unsere beiden Länder teilen ferner das Ziel, die Umgehung der Entsendevorschriften innerhalb der Europäischen Union zu bekämpfen.
27. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehört zu den europäischen Grundrechten, denen sich Deutschland und Frankreich verpflichtet fühlen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird sich daher weiterhin für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft einsetzen und auch auf internationaler Ebene ein klares Signal setzen, dass eine Infragestellung der Gleichberechtigung mit unserer Werteordnung nicht zu vereinbaren ist. Unsere beiden Länder werden die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um Männern und Frauen eine ausgewogenere Teilhabe am Erwerbsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
28. Angesichts der Herausforderung, die sich für unsere Gesellschaften aus dem demographischen Wandel ergibt, werden Deutschland



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 8 von 19

und Frankreich ihren Erfahrungsaustausch über demographiebezogene Themen, insbesondere über Familienpolitik fortführen und gegebenenfalls gemeinsame Schritte unternehmen.

29. Deutschland und Frankreich kommen überein, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation weiter zu verstärken, um den europäischen Forschungsraum zu fördern. Die Nutzung des Forschungs- und Innovationspotentials beider Länder durch die Identifizierung von gemeinsamen Prioritäten, die Einrichtung von gemischten Forschungsteams und Netzwerken, die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen sowie die Gründung gemeinsamer Forschungseinrichtungen wird einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum der beiden Länder und Europas leisten.
30. Wir werden nicht nur auf dem Gebiet der medizinischen Forschung, der Biotechnologien und der Human- und Sozialwissenschaften ehrgeizige Kooperationsvorhaben umsetzen, sondern auch im Bereich der Rohstoffe, der Energieforschung, der Nanotechnologien und der Schlüsseltechnologien.
31. Die Wachstumsperspektiven im Bereich der digitalen Wirtschaft sind beträchtlich. Um daraus umfassenden Nutzen zu ziehen, könnte ein deutsch-französisches Gutachten über die Bedingungen für die Gründung einer Digitalakademie erstellt werden, um zur Mobilität künftiger Hochschulabsolventen und junger Forscher dieses Gebiets zwischen unseren beiden Ländern beizutragen. Die Finanzierung dieser Einrichtung wird durch auf diesem Sektor tätige Unternehmen gewährleistet.
32. Ein leistungsfähiges, nachhaltiges und umweltverträgliches Verkehrssystem ist eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand einer modernen Gesellschaft. Es sichert berufliche und persönliche Mobilität und ist ein wichtiger Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Deutschland und Frankreich wollen daher die verkehrspolitische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und in Europa verbessern, damit unsere Verkehrssysteme den großen anstehenden Herausforderungen gewachsen sind. Im Bereich des Schienenverkehrs unterstützen wir die Förderung industrieller Kooperationen, um die gegenseitige Anerkennung der Zulassungen von rollendem Material zu erleichtern, die Entwicklung eines



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 9 von 19

europäischen Netzes zu fördern und Verbundsysteme zu ermöglichen. Die hochrangige deutsch-französische Arbeitsgruppe im Eisenbahnbereich wird entsprechende Vorschläge formulieren und auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, den Infrastrukturbetreibern sowie den Industrieverbänden achten. Im Bereich der Luftfahrt werden Deutschland und Frankreich ihre Bemühungen um die Schaffung eines gemeinsamen Luftraumblocks fortsetzen.

33. In dem grenzüberschreitenden Pilotprojekt Elektromobilität wird an Möglichkeiten für den grenzüberschreitenden Verkehr durch kompatible Abrechnungssysteme und Ladeinfrastruktur gearbeitet.

Energie und Klima

34. Deutschland und Frankreich sind der Auffassung, dass das Ziel, Europa zum Kontinent des erfolgreichen Energiewandels zu machen, eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Technologien, bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger, der Modernisierung der Netze sowie die Steigerung der Energieeffizienz erfordert.
35. Deutschland und Frankreich werden bei der europäischen Energiepolitik einen gemeinsamen Ansatz entwickeln, der gewährleistet, dass die Zielsetzungen der Wettbewerbsfähigkeit, des Kampfs gegen den Klimawandel und der Versorgungssicherheit erreicht werden.
36. Unter Wahrung der Autonomie bezüglich der Wahl des Energiemixes werden sich Deutschland und Frankreich weiter für die Verabschiedung gemeinsamer Strategien im Bereich der erneuerbaren Energien und der intelligenten Technologien einsetzen. Die verstärkte bilaterale Zusammenarbeit muss das Entstehen wettbewerbsfähiger europäischer Unternehmen in den zukunftssträchtigen Sektoren erneuerbare Technologien, Energiespeicherung, intelligente Netze sowie CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung fördern.
37. Im Bereich der erneuerbaren Energien streben sie eine verstärkte Koordinierung und Kooperation bei der Definition von Politiken und Fördermaßnahmen für erneuerbare Energien an, um die



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 10 von 19

Kosten der Förderung weiter zu senken und die erneuerbaren Energien weiter in den Markt zu integrieren.

38. Deutschland und Frankreich haben das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien in ihrem Energiemix zu erhöhen. Die erneuerbaren Energien bieten wichtige wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Länder und schaffen neue Herausforderungen, für die existierende Instrumente ausgebaut und neue Instrumente entwickelt werden müssen, insbesondere für das Einspeise- und Lastmanagement. Unsere beiden Länder werden Überlegungen zu den Möglichkeiten einer Teilhabe an ihrer Vorausplanung der Produktionskapazitäten und der grenzüberschreitenden Flüsse, insbesondere in Spitzenzeiten, auf europäischer Ebene anstellen. Strom- und Gasverbindungsleitungen sind ein zentrales Anliegen. Deutschland und Frankreich werden den Ausbau der grenzüberschreitenden Netzinfrastrukturen unterstützen. Die Hauptverantwortung für die Finanzierung dieser Projekte ist von den Betreibern zu tragen, der Einsatz neuer Finanzinstrumente wie „project bonds“ wird jedoch gefördert.
39. Durch die Zusammenarbeit zwischen der Caisse des Dépôts et Consignations und der Kreditanstalt für Wiederaufbau bemühen wir uns gemeinsam um energetische Sanierungen und Energieeffizienz. Diese Zusammenarbeit wird private Initiativen begleiten, die eine Investition in lokale, den Energiewandel unterstützende Infrastrukturen darstellen.
40. Frankreich und Deutschland werden eine gemeinsame Arbeitsgruppe einrichten, um eine gemeinsame Vision von Maßnahmen zu erstellen, die zum Übergang auf eine Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß führen. Dieser Schritt wird dazu beitragen, auf europäischer Ebene die Verabschiedung eines ehrgeizigen Ziels zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 im Einklang mit der Klima-Roadmap der Kommission und den Verpflichtungen der Europäischen Union vorzubereiten.

Landwirtschaft

41. Im Bewusstsein ihrer Rolle bei der deutsch-französischen Aussöhnung und beim Aufbau Europas sowie der Notwendigkeit einer erneuerten Agrarpolitik, um den Erwartungen der



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 11 von 19

europäischen Gesellschaft zu entsprechen, werden wir unsere Positionen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik koordinieren, damit die Europäische Union am weltweiten Nahrungsmittelgleichgewicht teilhaben, Wachstum und Beschäftigung verbessern sowie Umwelt und Landschaften in ländlichen Gebieten bewahren kann. Eingedenk der Bedeutung der Thematik ist ein europäisches Budget, das der Gemeinsamen Agrarpolitik unseren Zielsetzungen entsprechende Mittel zur Verfügung stellt, unabdingbar.

42. Eingedenk der Notwendigkeit, die weltweite Nahrungsmittelsicherheit zu verbessern, werden wir uns dafür einsetzen, gemeinsame Positionen über die Erhöhung von Investitionen im Agrarbereich und die Bekämpfung der Volatilität der Agrarpreise in den internationalen Gremien, insbesondere im Rahmen der G20, vorzutragen.

Diplomatie, Verteidigung und Sicherheit

43. Deutschland und Frankreich treten nachdrücklich für die Schaffung einer echten europäischen Außenpolitik ein. Die Europäische Union muss entschlossene Schritte unternehmen, um ein stärkerer Akteur auf der Weltbühne zu werden. Im weltweiten Wettbewerb werden die Staaten Europas ihre Werte und Interessen nur vereint erfolgreich wahren können. Dafür müssen wir die Kohärenz des Außenhandelns der EU erhöhen. Deutschland und Frankreich setzen sich nachdrücklich für eine Stärkung der Rolle des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und des diesen unterstützenden Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) ein.
44. Die Außenministerien beschreiten den Weg einer Annäherung, insbesondere durch regelmäßige Konsultationen zwischen Dienststellen, der gemeinsamen Ausbildung deutscher und französischer Diplomaten sowie durch den Austausch zwischen Diplomaten in den Zentralen und Auslandsvertretungen. Wir wollen unsere Abstimmung bei allen wesentlichen außenpolitischen Themen und in allen Foren vor der Festlegung unserer nationalen Positionen fortführen.
45. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit zwischen unseren Auslandsvertretungen im konsularischen Bereich fortgeführt mit dem Ziel einer Annäherung unserer Visastellen und damit Impulse zu geben für eine entsprechende gesamteuropäische Entwicklung.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 12 von 19

46. In den Bereichen Sicherheit und Verteidigung stützt sich unsere bilaterale Zusammenarbeit auf den Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, dessen 25-jähriges Bestehen wir in diesem Jahr feiern.
47. Wir möchten, dass diese Zusammenarbeit weiterhin eine Vorreiterrolle in Verbindung mit anderen Mitgliedstaaten beim Aufbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ergänzend zu unserem Engagement in der NATO spielt. Wir sind überzeugt, dass die GSVP durch das umfassende Spektrum von zivilen Werkzeugen bis hin zu widerstandsfähigen militärischen Mitteln ein glaubhaftes, wirksames Instrument beim Management internationaler Krisen darstellt.
48. Wir sind erfreut über die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 13. und 14. Dezember 2012 über die GSVP. Durch gemeinsame Vorschläge und Initiativen im Rahmen unserer bilateralen Zusammenarbeit sind wir bereit, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union im Bereich der GSVP signifikant zu entwickeln. Im Rahmen des Gesamtansatzes müssen wir in Zukunft an einer engeren und kohärenteren Verknüpfung ihrer Instrumente arbeiten. Der Europäische Rat im Dezember 2013 wird eine Bilanz der erzielten Fortschritte ziehen. In diesem Zusammenhang wollen unsere beiden Länder auf längere Sicht zum Entstehen einer echten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungskultur beitragen, insbesondere durch die Vertiefung des Austauschs zwischen unseren jungen Offizieren und unseren Parlamenten sowie durch ein gemeinsames Nachdenken über die Stellung unserer Streitkräfte im jeweiligen Land.
49. In Zukunft wollen wir unseren strategischen Dialog auf einer Ebene führen, die uns gestattet, uns gemeinsam zu engagieren, um insbesondere durch einsatzbereite Einheiten wie die Deutsch-Französische Brigade, die EU-Gefechtsverbände, die NATO-Eingreiftruppe und das Eurokorps unseren Teil der Verantwortung beim Krisenmanagement durch Maßnahmen der Europäischen Union, der Atlantischen Allianz und der Vereinten Nationen zu übernehmen.
50. Wir wollen eine übereinstimmende Strategieberatung errichten als Vorbedingung für die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln. Auf dieser Grundlage können wir durch die Harmonisierung des



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 13 von 19

militärischen Bedarfs Optionen für gemeinsame Maßnahmen und die erforderlichen Mittel und Kapazitäten entwickeln.

51. Deutschland und Frankreich setzen sich insbesondere dafür ein, die Fähigkeit der Europäischen Union zu erhöhen, unsere zivilen und militärischen Instrumente vor Ort rasch und effektiv einzusetzen, um damit die Glaubwürdigkeit der EU in Gebieten von strategischem Interesse für Europa erhöhen zu können.
52. Diese Zielsetzung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist umso wichtiger im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Einklang mit den Initiativen von Gent und Weimar rufen wir zu einer Zusammenfügung und größeren gemeinsamen Nutzung der Ressourcen und Kapazitäten nach dem Muster des Europäischen Lufttransportkommandos (EATC) auf.
53. Deutschland und Frankreich möchten über eine Aufklärungs-, Überwachungs- und Nachrichtengewinnungskapazität durch die gemeinsame Nutzung weltraumgestützter Überwachungskapazitäten und durch die Suche nach Kooperationen mit anderen europäischen Partnern in Bezug auf MALE-Drohnen verfügen, um die europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich auch längerfristig zu vertiefen. Wir bekräftigen auch unsere Unterstützung für die Initiativen der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) und wollen die europäische Verteidigungsindustrie, insbesondere in den von unseren beiden Ländern bereits identifizierten Bereichen, stärken.
54. In Bezug auf die europäische Verteidigungsindustrie haben Deutschland und Frankreich im Dezember 2012 ihr gemeinsames Engagement für EADS bekräftigt. Das europäische Unternehmen verfügt über eine stabile Anteilseignerstruktur, die eine Fortführung der außergewöhnlichen Entwicklung seit seiner Gründung vor zwölf Jahren ermöglichen kann.

Entwicklung

55. Die deutsch-französische Partnerschaft in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit steht seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags im Jahre 1963 auf einem soliden Fundament und wurde seitdem kontinuierlich vertieft.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013

Seite 14 von 19

Angesichts der zahlreichen drängenden globalen Herausforderungen, die wir auf europäischer bzw. internationaler Ebene bewältigen müssen, ist unser gemeinsames Handeln von besonderer Bedeutung, umso mehr als Frankreich und Deutschland zu den größten europäischen Geberländern zählen. Beide Seiten bekräftigen, diese Kooperation im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit in Drittländern, bei europäischen sowie bei internationalen Abstimmungsprozessen fortzusetzen und zu intensivieren.

56. In vielen Ländern haben wir uns dazu entschlossen, Projekte gemeinsam über unsere Entwicklungsagenturen zu finanzieren. Aufgrund der überzeugenden Erfolge vor Ort und der vielen nachweisbaren Synergien zwischen unseren Akteuren sollen solche Initiativen in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.
57. Um insbesondere auf europäischer Ebene noch mehr Synergieeffekte zu erzielen und das gemeinsame Auftreten aller europäischen Geber zu verbessern, setzen sich beide Länder für eine gemeinsame Programmierung der Entwicklungszusammenarbeit ein.
58. Ein weiterer Fokus des entwicklungspolitischen Engagements beider Länder wird in den kommenden Jahren darin liegen, konkrete Beiträge zu mehr Wirksamkeit im Sinne der internationalen Konferenzen von Paris und Busan zu leisten. Hierzu gehört ein fortgesetztes Engagement im Bereich Gute Regierungsführung bzw. beim Kampf gegen Korruption ebenso wie eine enge Koordinierung zwischen Deutschland und Frankreich bei der Ausgestaltung eines integrierten Zielsystems für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 (MDG post-2015/SDG). Auch im Rahmen der Modernisierung der Erfassungssysteme entwicklungsrelevanter Leistungen jenseits von ODA und bei der intensiveren Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in unseren Partnerländern werden beide Länder eng zusammenarbeiten.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 15 von 19

Europäisches bürgerschaftliches Engagement stärken und für einen Raum des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit eintreten

59. Auf nationaler und europäischer Ebene werden Deutschland und Frankreich weiter jedweden Populismus bekämpfen, der versucht, das europäische Aufbauwerk und seine Grundwerte in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang werden sich unsere beiden Länder auch mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie jede andere Form der Diskriminierung in Europa und in der Welt keinen Platz mehr haben.
60. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat im Bereich der Justiz, der Sicherheit und der Innenpolitik bereits ein hohes, vertrauensvolles Niveau erreicht. Unsere beiden Länder wollen diese Zusammenarbeit durch den ständigen Austausch in allen Bereichen noch weiter vertiefen, insbesondere in Bezug auf die demokratischen Werte und Freiheitsrechte, die Mindestrechte bei Strafverfahren und Inhaftierung, die Mindestrechte bei Asyl und Migration, öffentliche und zivile Sicherheit, sichere Identitäten sowie entsprechende Forschung. Sie arbeiten auch an der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft im Rahmen einer den anderen Mitgliedstaaten offen stehenden Arbeitsgruppe und werden gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen für deutsche und französische Richter und Staatsanwälte entwickeln.
61. Die Stärkung der Unionsbürgerschaft bleibt gemeinsame Aufgabe. Frankreich und Deutschland unterstreichen ihr gemeinsames Eintreten für die Unionsbürgerfreizügigkeit als eine der großen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich in unseren Ländern frei zu bewegen und aufzuhalten, ist eine elementare Voraussetzung für den intensiven gegenseitigen Austausch von Deutschen und Franzosen und gerade für unsere Jugend von besonderer Bedeutung.
62. Unsere beiden Länder werden ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel sowie Cyberkriminalität nicht nur auf ihren jeweiligen Staatsgebieten, sondern auch in Europa oder anderswo auf der Welt vertiefen, wenn dies erforderlich ist
63. Ebenso werden die Europäischen Kommissariate zahlenmäßig ausgebaut und gestärkt, um als Rahmen für den gemeinsamen



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 16 von 19

Einsatz deutscher und französischer Polizisten bei Veranstaltungen oder in der Sommersaison zu dienen. Aufbauend auf ihrer demokratischen Tradition nähern sich deutsche und französische Sicherheitskräfte einander an, um Exzellenzcluster in den Bereichen Prävention, Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung und demokratischer Umgang mit Menschenmengen sowie Forschungsarbeiten zur inneren Sicherheit zu bilden.

64. Im Bereich der Einwanderung werden Deutschland und Frankreich ihre Koordinierung bei der Steuerung von Bevölkerungsströmen verbessern. Die Integration der Zuwanderer ist für die Zukunft unserer beiden Länder von entscheidender Bedeutung und bleibt ein Schwerpunktthema der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Beide Länder unterstützen die Initiativen der Zivilgesellschaft zur Konkretisierung dieses Ziels. Wir engagieren uns beim Erfahrungsaustausch und der Entwicklung von Instrumenten zur Förderung der Integration neuer Migranten sowie zur Entwicklung einer Aufnahmekultur. Beide Länder arbeiten bei der Umsetzung der gemeinsamen Verordnung über Migration und Mobilität sowie der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung von freiwillig in ihr Heimatland zurückkehrenden ausländischen Staatsbürgern eng zusammen.
65. Unter Achtung ihrer internationalen Verpflichtungen und ihrer Aufnahmetraditionen für Menschen, deren Leben oder Freiheit bedroht sind, rufen Deutschland und Frankreich in Erinnerung, wie wichtig ihnen die schnelle Vollendung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist, das auf einem hohen Schutzniveau für Personen, einheitlichen Standards, effizienten Verfahren und der Verringerung eines Asyl-Missbrauchs beruht. Das Asylrecht wird nachhaltig geschützt, wenn es eine europäische Asylpolitik gibt, die solidarisch und verantwortungsvoll ist und die Rechte Schutzbedürftiger achtet.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 17 von 19

Den deutsch-französischen Reflex in unserem politischen Dialog, bei unserer administrativen Zusammenarbeit und zwischen unseren Zivilgesellschaften entwickeln

66. Durch die Einrichtung der deutsch-französischen Ministerräte und die Schaffung des Amtes des Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit in beiden Ländern konnten in den vergangenen zehn Jahren beträchtliche Fortschritte in unserem politischen Dialog erzielt werden.
67. Die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit werden insbesondere vor jedem deutsch-französischen Ministerrat an der nationalen Kabinettsitzung im jeweils anderen Land teilnehmen. Wir ermutigen die Minister, an den Kabinettsitzungen des Partnerlands teilzunehmen.
68. Wir beschließen, den Austausch von Beamten, auch aus öffentlichen Einrichtungen, auszubauen und rufen die Gebietskörperschaften dazu auf, sich dem anzuschließen. Wir befürworten die Schaffung eines Netzwerks der Austauschbeamten, um einen Fundus an Kompetenzen zu bilden, die auf europäischer Ebene eingesetzt werden können. Die gemeinsame Ausbildung von deutschen und französischen Beamten wird auch über die von beiden Außenministerien bereits gemeinsam durchgeführte Ausbildung deutscher und französischer Diplomaten hinaus erfolgen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für den Master of European Governance and Administration (MEGA), mit dem Führungskräfte des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft auf die Gegebenheiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit in einer europäischen Perspektive vorbereitet werden.
69. Partnerschaften zwischen Städten und Gebietskörperschaften leisten einen wesentlichen Beitrag zur besseren Kenntnis des Partnerlands. Durch sie konnten persönliche Freundschaften zwischen Zehntausenden Deutschen und Franzosen in Politik, Kultur und Vereinsleben sowie im Rahmen von Begegnungen zwischen Einzelpersonen und Familien geknüpft werden. Den Wert der unzähligen Initiativen erkennen wir an und fördern die Fortführung dieses deutsch-französischen „freiwilligen Engagements“.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 18 von 19

70. In der Zivilgesellschaft entstandene Initiativen haben für die deutsch-französische Aussöhnung eine entscheidende Rolle gespielt. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Bürger, insbesondere die jungen Generationen in unseren Ländern, das von den früheren Generationen begonnene Werk der Annäherung fortführen. Wir fördern den Austausch zwischen den beiden Zivilgesellschaften, insbesondere zwischen Jugendorganisationen sowie außerhalb des schulischen und universitären Rahmens.

Für eine umfassendere Integration unseres Grenzraums

71. Koordiniert durch die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit werden sich Deutschland und Frankreich dafür einsetzen, dass die deutsch-französischen Grenzregionen näher zusammenrücken, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Ausbildung, Bildung und Sicherheit.

72. Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Grenzregionen ist vorbildhaft, sowohl bei den Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften, den Dienststellen in den beiden Staaten, den öffentlichen Institutionen, den Unternehmen als auch zwischen den Bevölkerungen. Diese Integration findet in zahlreichen gemeinsamen Projekten ihren Ausdruck, beispielsweise die Schaffung von Europäischen Verbänden für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (EVGZ), die Einrichtung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (mit der Schweiz) und der Großregion sowie der Betrieb von Nahverkehrsstrecken. In mehreren Bereichen bestehen Verbesserungsmöglichkeiten als Antwort auf die Besorgnisse unserer Mitbürger, darunter beim Erlernen der Partnersprache und bei der Beschäftigung. Die Vertiefung unserer Zusammenarbeit wird sich auch auf den Zugang zu medizinischen Leistungen auf beiden Seiten der Grenze, ein leistungsfähiges, effektives und umweltfreundliches Verkehrssystem, die Verbindung der Strom- und Gasnetze, den Einsatz kompatibler Elektrofahrzeuge sowie auf die Prävention und Bekämpfung von Straftaten erstrecken.

73. Über die sehr gute Zusammenarbeit zwischen unseren Arbeitsagenturen hinaus wird unsere Zusammenarbeit in Bereichen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts durch die Gründung gemeinsamer Geschäftsstellen für die relevanten Fragen aller Grenzgänger ausgeweitet.



Nummer 22/13 vom 22. Januar 2013
Seite 19 von 19

74. Bei der zivilen Sicherheit werden Deutschland und Frankreich ihre Anstrengungen im Grenzgebiet bündeln und positiv auf Anfragen des Partners beim Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, beispielsweise bei Überschwemmungen reagieren. Sie werden ihre Reaktionen bei Hilfeleistungen für Opfer von Naturkatastrophen oder technologiebedingten Katastrophen in Drittländern koordinieren.
75. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit werden die Instrumente zur Zusammenarbeit im Grenzgebiet - z.B. Gemeinsames Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit, Bahnpolizei, Kommunikationsnetze - konsolidiert und weiterentwickelt und dabei auf die darüber hinaus bestehenden administrativen und politischen Kooperationsstrukturen abgestimmt.

Angesichts der entscheidenden Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung für die Errichtung der Europäischen Union, die soeben mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, und um die Bedeutung dieses Vertrags hervorzuheben, beantragen Deutschland und Frankreich bei der UNESCO die Eintragung des Élysée-Vertrags als ein aufgrund seiner Auswirkung auf die Geschichte der Menschheit besonders schutzwürdiges Dokument („Memory of the World“).

Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 ("Élysée-Vertrag")

Vor 55 Jahren unterzeichneten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit ("Élysée-Vertrag"). Der Élysée-Vertrag ist ein Meilenstein in der Geschichte der deutsch-französischen Freundschaft und bleibt die Grundlage für ein breites und vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen unseren Ländern und unseren Bürgerinnen und Bürgern. Die deutsch-französische Freundschaft ist seither ein Grundpfeiler der europäischen Integration.

Frankreich und Deutschland sind einander wichtige politische Partner und vertrauensvolle Nachbarn. Franzosen und Deutsche sind auf das Engste miteinander verbunden. Unsere Regierungen tragen gemeinsam Verantwortung angesichts vielfältiger Herausforderungen in Europa und der Welt.

Anlässlich des 55. Jahrestages des Élysée-Vertrags bekräftigen der Präsident der französischen Republik und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ihren Willen, die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland weiter zu vertiefen. Damit lassen wir uns von dem Gründungsgedanken des Élysée-Vertrags leiten, die Bürgerinnen und Bürger einander näher zu bringen und unsere Zusammenarbeit für alle erfahrbar zu machen. Der Präsident und die Bundeskanzlerin begrüßen die gemeinsame EntschlieÙung unserer beiden Parlamente und deren Absicht, die Zusammenarbeit durch ein förmliches bilaterales Parlamentsabkommen zu verstärken.

Frankreich und Deutschland streben den weiteren Ausbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit an, um den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu begegnen. Es geht hierbei insbesondere darum, auf dem Weg zu einem stärker prosperierenden und wettbewerbsfähigen, souveränen, geeinten und demokratischen Europa voranzuschreiten. Unser Ziel ist es, gemeinsame Positionen zu allen wichtigen europäischen und internationalen Themen zu entwickeln.

In diesem Sinne haben sich der französische Präsident und die Bundeskanzlerin am 19. Januar in Paris darauf geeinigt, im Laufe dieses Jahres einen neuen Élysée-Vertrag abzustimmen, der die Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen voranbringen wird:

– Wir wollen unsere Volkswirtschaften auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten –

Wir werden die wirtschaftliche Integration vertiefen - unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen in unseren Ländern. Dabei gilt es insbesondere die bilaterale Rechtsharmonisierung und die gemeinsame Umsetzung von EU-Recht in unseren Ländern zu fördern. Wir werden gemeinsame Politiken und Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung, die Digitalisierung und bahnbrechende Innovationen schaffen, unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und die wirtschaftliche, fiskalische und soziale Konvergenz befördern.

– Wir wollen unsere Gesellschaften und Bürger einander näher bringen –

Um den Élysée-Vertrag zu modernisieren und voranzutreiben, streben wir danach, die Beziehungen zwischen unseren Zivilgesellschaften, insbesondere zwischen jungen Menschen, zu vertiefen. Aufbauend auf der bedeutsamen Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Deutsch-Französischen Hochschule werden wir unsere bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Kultur fördern. Wir werden ehrgeizige Schritte unternehmen, um den gegenseitigen Spracherwerb auszuweiten. Wir werden Schulpartnerschaften und Austauschprogramme (von Schülern, Studenten, Auszubildenden, Beamten) ausbauen und die Mobilität verbessern. Wir werden Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame kulturelle Projekte in beiden Ländern und in Drittländern weiterentwickeln. Zu diesen Zwecken werden wir neue Kooperationsformen schaffen. Dies schließt den Bereich der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein.

– Wir wollen gemeinsam Sicherheit, Frieden und Entwicklung fördern –

Deutschland und Frankreich werden ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik erweitern, sei es im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, beim Krisenmanagement oder der Entwicklungshilfe. Wir werden Wege aufzeigen, um gemeinsamen deutsch-französischen Interessen und Werten effektiver Geltung zu verschaffen, insbesondere im Rahmen von gemeinsamen administrativen und diplomatischen Strukturen, und zwar in multilateralen Institutionen sowie in unseren Beziehungen zu unseren Partnern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Wir werden auch unser strategisches Denken in verteidigungs- und sicherheitspolitischen sowie nachrichtendienstlichen Fragen annähern, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit unserer Polizeikräfte und Nachrichtendienste. Gemeinsam können wir Kräfte bündeln, um unsere Partner zu einem eigenständigen Krisenmanagement zu befähigen und die Entwicklung insbesondere in Afrika zu fördern. Gemeinsam werden wir uns mit Entschlossenheit dafür einsetzen, europäische Antworten auf die Herausforderungen der unkontrollierten Migration zu finden - unter Berücksichtigung der dem Asylrecht zugrundeliegenden Verpflichtungen und Wertvorstellungen.

– Wir wollen die Herausforderungen der globalisierten Welt angehen –

Der rasche technologische Fortschritt der heutigen Welt und die Herausforderungen, die sich in der Agenda 2030 und im Pariser Abkommen widerspiegeln, sind ein weiterer Grund, den Élysée-Vertrag - die Grundlage unserer bilateralen Zusammenarbeit - für die kommenden Jahrzehnte zu modernisieren und auszubauen. Gemeinsam streben wir nach Nachhaltigkeit und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in unseren Ländern, der Europäischen Union und weltweit. Wir werden gemeinsam wirksame Strategien und neue technologische Ansätze erarbeiten und unterstützen, z.B. in den Bereichen Klimaschutz, Energie, Mobilität, Biotechnologie und künstliche Intelligenz.



Transfrontalier Franco-Allemand

6 propositions pour
innover au coeur de
l'Europe.

Sylvain Waserman

Sommaire

P.04

Editorial de Sylvain WASERMAN, député du Bas-Rhin,
Vice-président de l'Assemblée Nationale

P.05

Synthèse du rapport

P.11

Proposition n°1

L'apprentissage de « la langue et la culture du voisin » dans la zone frontalière est stratégique et cette priorité mutuelle doit être affirmée dans le Traité de l'Élysée.

P.14

Proposition n°2

Le Traité de l'Élysée peut innover en lançant le premier Schéma de Développement Transfrontalier opposable, pour définir une vision commune et des projets prioritaires.

P.25

Proposition n°4

Le Traité de l'Élysée pourrait lancer une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) qui, au plus près du territoire, serait dédiée à l'accélération du développement transfrontalier et mettrait en œuvre la nécessaire différenciation.

P.32

Proposition n°6

Strasbourg, capitale des citoyens européens, fer de lance de la citoyenneté pour les territoires transfrontaliers.

P.39

Die deutsch-französischen grenzüberschreitenden Beziehungen: 6 Vorschläge für eine erfolgreiche Aufstellung im Herzen Europas

P.18

Proposition n°3

Le Traité de l'Élysée pourrait franchir une étape décisive et ancrer trois innovations territoriales déterminantes pour l'essor du transfrontalier : un principe de différenciation territoriale pour les eurodistricts, des EPCI transfrontaliers de proximité et de nouvelles coopérations transfrontalières pour relever les défis de l'économie de demain.

P.30

Proposition n°5

Le Traité de l'Élysée pourrait mettre en œuvre une instance pérenne de convergence pour faciliter la concordance des droits et faire des territoires transfrontaliers des laboratoires de la convergence européenne.

P.34

3 éclairages sur les sujets transverses

P.44

Annexes



| Editorial

Je tiens à remercier Monsieur le Premier Ministre Édouard Philippe de la confiance qu'il m'a témoignée en me confiant cette mission.

Je tiens également à remercier Madame la Ministre chargée des Affaires européennes Nathalie Loiseau et Monsieur le Préfet du Grand Est Jean-Luc Marx ainsi que leurs équipes pour leur disponibilité et les riches échanges que nous avons eus tout au long de ma mission.

Enfin, merci aux très nombreux élus et acteurs engagés au quotidien sur le transfrontalier qui se sont mobilisés pour contribuer à la réflexion commune.

Le développement du transfrontalier est plus qu'un enjeu territorial : c'est un véritable défi que la France et l'Allemagne se doivent de relever au cœur de l'Europe !

S. Waserman





Synthèse du rapport

Transfrontalier Franco-Allemand : 6 propositions pour réussir au cœur de l'Europe

3 facteurs font que le transfrontalier franco-allemand est à un moment déterminant de son histoire et nécessite des décisions fortes.

D'une part, **le rôle moteur du couple franco-allemand dans la relance du projet européen est plus que jamais réaffirmé** dans la vision du Président de la République et de la Chancelière allemande. A un moment où l'Europe doute et où la France reprend toute sa place sur la scène européenne, les liens entre nos pays sont déterminants ; **un renouveau du transfrontalier franco-allemand pourrait être un élément-clé de cette dynamique**. En rapprochant plus encore nos deux nations, il pourrait lui donner une impulsion significative.

D'autre part, **la renégociation du Traité de l'Elysée permet de construire des perspectives nouvelles et inédites**. La résolution conjointe adoptée par le Bundestag et l'Assemblée nationale le 22 janvier 2018 a scellé la volonté de liens interparlementaires binationaux renouvelés, avec une volonté affichée de convergence plus forte dans les domaines économiques et sociaux. Cette évolution majeure permet **d'imaginer des circuits courts entre les acteurs pertinents** pour progresser enfin et répondre aux enjeux transfrontaliers franco-allemands dans cette même **logique de convergence et de rapprochement**.

Enfin, la réforme constitutionnelle apporte, avec **le principe de différenciation**, une approche nouvelle pour une plus grande liberté des territoires et ouvre ainsi des **perspectives jusque-là inaccessibles pour une innovation réelle au service du territoire transfrontalier**.

C'est dire que cette convergence de trois facteurs majeurs nous donne **la responsabilité historique d'innover**, pour réussir à relever des défis dont l'enjeu dépasse l'intérêt local immédiat.

Cet intérêt local est par ailleurs majeur : se rapprocher de son voisin allemand, baisser le différentiel de taux de chômage avec les Länder voisins, résoudre des « irritants » du quotidien pour les citoyens, mieux circuler, innover et retrouver l'esprit de territoire fer de lance de l'Europe, développer des projets créateurs de valeur au service de l'emploi local.

C'est l'objet de ce rapport avec ses six propositions clefs.

La première proposition concerne l'enseignement de la langue du voisin.

Le Traité de l'Élysée pourrait affirmer la nécessité de stratégies réciproques d'enseignement des langues allemande et française, ancrées dans des approches culturelles plus globales avec deux priorités : **la jeunesse et l'accès à l'emploi. Un jumelage effectif des écoles**, fondé notamment sur l'utilisation des outils numériques, **ferait de l'enseignement de la langue du voisin partie intégrante de la formation initiale.** Du côté français, ce rapport préconise le **transfert de la compétence générale d'apprentissage de l'allemand aux collectivités territoriales**, parce que cet enseignement revêt un caractère stratégique. Ces collectivités territoriales élaboreraient leur stratégie en se fondant sur un système de « **locuteurs natifs** », en collaboration avec l'Éducation nationale, en intégrant cet enseignement à leurs politiques jeunesse et en développant des modules d'accès à l'emploi sur la base du « **bagage de 400 mots** » (niveau A1) qui doit être garanti à tous nos jeunes, sans quoi ils se priveraient largement de la dynamique transfrontalière.

2 La seconde proposition concerne la création d'un Schéma de Développement Transfrontalier opposable, cosigné par les Länder, la Région Grand Est et les échelons nationaux.

Ce schéma définirait des visions et des priorités communes au service du développement transfrontalier sur les thématiques du **développement économique**, de **la formation professionnelle**, de **l'innovation** et de **la recherche** (en lien avec les universités), des **infrastructures de transport numérique et physique**, des **transitions énergétiques et environnementales**.

Ce Schéma identifierait les **Projets d'Intérêt Transfrontalier (PIT)** qui seraient reconnus comme prioritaires en matière de développement transfrontalier. Ces Projets pourraient notamment être des projets d'**infrastructures de transports**, de **zones d'activités** centrées sur des domaines prioritaires et donc à **statut spécifique**, de projets universitaires liés aux stratégies d'innovation du territoire, des projets majeurs comme celui de Fessenheim, etc. Ces PIT seraient ainsi des **projets juridiquement identifiés** par les Schémas de Développement Transfrontalier et pourraient faire l'objet de dispositions spécifiques et capter des financements européens du fait d'une concertation transfrontalière innovante et visionnaire.

Dans le domaine du transport, le **Schéma de Développement Transfrontalier (SDT)** identifierait les projets d'intérêts nationaux et la façon dont les autorités organisatrices des transports se coordonneraient sur ces projets transfrontaliers. Les eurodistricts, de par leur expertise et leur rôle pivot, pourraient être les acteurs clefs de cette articulation transfrontalière des infrastructures de transport.

Enfin, le Schéma de Développement Transfrontalier serait co-construit avec le monde économique et universitaire (à l'instar du Schéma de Développement Economique d'Innovation et d'Internationalisation du Grand Est), et traiterai notamment des données nécessaires au suivi du fait transfrontalier (open data transfrontalier) et des synergies entre Clusters.

3

La troisième proposition consiste à franchir le pas pour de véritables innovations territoriales transfrontalières. Le Traité de l'Élysée pourrait ainsi franchir une étape décisive et ancrer trois innovations territoriales déterminantes pour l'essor du transfrontalier : un principe de différenciation territoriale pour les eurodistricts, des EPCI transfrontaliers de proximité et de nouvelles coopérations transfrontalières pour relever les défis de l'économie de demain.

D'une part, les eurodistricts sont l'échelle cohérente des bassins de vie pour résoudre les dissonances entre les deux droits – français et allemand – qui constituent autant d'« irritants » pour la vie quotidienne des citoyens. Ils pourraient ainsi légitimement relever de la logique de différenciation, dans un cadre précis et organisé (voir la proposition n°4), avec la mise en œuvre, sur leurs territoires, de solutions spécifiques (conventionnelles, réglementaires, législatives ou prévues par des traités binationaux).

De plus, leur expertise leur permettrait de piloter l'ingénierie de projet et la maîtrise d'œuvre des Projets d'Intérêt Transfrontalier.

Les eurodistricts seraient identifiés comme les acteurs-clés en matière de transport transfrontalier et d'accès à l'emploi transfrontalier. Ils mettraient en réseau leur expertise pour une totale efficacité, sans duplication.

Dans tous les cas, le Traité de l'Élysée impulserait **une nouvelle transposition dans la loi française du règlement (CE) n°1082/2006¹**, permettant alors aux GECT de gérer des compétences exclusives à la place des collectivités adhérentes. Cette évolution offrirait de nouvelles perspectives à la fois aux eurodistricts et aux nouvelles formes de coopérations transfrontalières.

D'autre part, la France et l'Allemagne définiraient le cadre d'EPCI transfrontaliers de proximité à compétences exclusives et à fiscalité propre couvrant des territoires ayant une continuité urbaine. Ils détiendraient des compétences de proximité analogues aux compétences actuelles des EPCI à fiscalité propre : urbanisme, enlèvement et traitement des ordures ménagères, environnement (qualité de l'air, cours d'eau...), équipements culturels, etc. En France, ils se substitueraient pleinement aux EPCI actuels sur les compétences évoquées en « fusionnant » avec leur « équivalent » allemand.

Cette innovation constituerait **des « propositions de valeurs » politiques véritablement nouvelles** : au fil des années et des campagnes électorales, il est probable que des élus se saisiront de cette innovation ; nos citoyens pourront alors décider s'ils sont prêts, tout en gardant leur Maire auquel ils sont attachés, à coopérer beaucoup plus encore avec des villes d'outre-rhin.

Des GECT transfrontaliers à compétences exclusives seraient créés pour relever les défis de l'économie de demain, à destination des agglomérations / métropoles. Ils détiendraient **a minima quatre compétences** : développement économique (ciblé sur les métiers de demain), recherche et innovation, infrastructures de transport numérique et physique et transition énergétique et environnementale.

Une telle création offrirait la possibilité de fédérer autour d'un projet ambitieux centré sur l'économie de demain (par ex : biotechnologies et industries du futur alliant numérique et industrie).

¹ Règlement (CE) N° 1082/2006 du Parlement européen et du Conseil, du 5 juillet 2006, relatif à un groupement européen de coopération territoriale (GECT)

Les compétences seraient mutualisées et donc se substitueraient aux compétences équivalentes exercées par les EPCI actuels.

Associer de façon étroite le monde économique et universitaire au plus haut de la gouvernance de ces GECT est un facteur clé de succès (par exemple au travers d'un conseil stratégique de l'innovation et du développement). Cette forme nouvelle de coopération forte permet d'imaginer des stratégies volontaristes et de lancer des projets ambitieux au service de l'innovation et du développement de l'économie de demain.

Un axe nouveau **Strasbourg / Karlsruhe**, par exemple, pourrait permettre de construire une stratégie et de lancer des projets communs qui les positionneraient comme des leaders européens dans leur domaine.

4 La quatrième proposition vise à donner un cadre et des outils efficaces et réactifs pour réussir les enjeux complexes du transfrontalier : le traité de l'Élysée pourrait lancer une "Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST)" dédiée à l'accélération du développement transfrontalier.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) serait constituée d'un **préfet transfrontalier** qui serait le préfet de la région Grand Est pour cette mission ou un préfet transfrontalier dépendant du préfet de région (au vu des enjeux majeurs du transfrontalier et ses liens avec le développement économique, la meilleure configuration serait que le préfet de région puisse cumuler les deux fonctions pour une parfaite synergie), **d'un ambassadeur transfrontalier** (assurant le portage diplomatique et le lien avec le sommet franco-allemand), **de trois des neuf députés du groupe interparlementaire franco-allemand** avec une organisation miroir du côté allemand, **du président de la région Grand Est et des exécutifs des grandes collectivités locales**, en fonction des sujets traités.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) coordonnerait, au plus proche du territoire et des projets, le lien entre l'autorité réglementaire de l'État déconcentré, la puissance diplomatique du Ministère des Affaires étrangères et la capacité d'initiative législative.

Son rôle serait de quatre ordres :

- **Suivi des « irritants »** vus des citoyens pour résoudre les effets des dissonances des deux droits, en gérant un plan d'actions priorisées et le cas échéant, en mettant en œuvre des adaptations réglementaires spécifiques au niveau des eurodistricts,
- **Suivi des Projets d'intérêt transfrontalier** pour les faire aboutir dans les meilleures conditions,
- **Ingénierie du déploiement des EPCI transfrontaliers**,
- **Préparation des décisions de convergence ou d'équivalence** des gouvernements franco-allemands sur la base du traité de l'Élysée.

Ses moyens seraient :

- **Les échanges et conventionnements entre différents acteurs** (autorités déconcentrées ou décentralisées, autorités administratives indépendantes, divers organismes, etc.),
- **Les pouvoirs du préfet transfrontalier pour accélérer les délais réglementaires** (c'est une condition d'agilité et de succès des Projets d'intérêt transfrontalier), pour appliquer l'un des deux droits (à l'instar des futurs ECBC européens) et pour prendre des dispositions spécifiques réglementaires pour les eurodistricts (conventions, accords spécifiques, etc...),
- **Les propositions de lois de convergence ou d'équivalence** selon les sujets qui seraient travaillés au sein de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) et proposés

par les trois députés du groupe des neuf,

- **Les accords entre les Gouvernements français et allemands** sur la base du traité de l'Élysée qui auraient identifié des domaines de convergence ou d'équivalence.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) serait au cœur du réseau de compétences transfrontalières pour identifier les solutions optimales à mettre en œuvre au plus proche du territoire et des projets. Elle se situerait au cœur du réseau d'experts qui contribuent à l'ingénierie transfrontalière (Eurodistricts, Euro institut, collectivités, Centre Européen de la Consommation, etc.)

5 La cinquième proposition concerne les relations interparlementaires et leur impact sur le transfrontalier: Le Traité de l'Élysée pourrait mettre en œuvre une instance pérenne pour faciliter la convergence et l'équivalence des modèles et des droits français et allemands ; le transfrontalier sera ainsi un laboratoire européen de la convergence et de l'équivalence

Une structure interparlementaire pérenne de neuf députés allemands et de neuf députés français est mise en place dans le cadre du traité de l'Élysée. Ses objectifs pourraient être précisés comme suit :

- Pour le flux entrant des transpositions de directives, et surtout pour les plus critiques, **généraliser un principe de transposition identique** (par défaut transposition identique, par exception transposition différente).
- Pour le droit existant, tenter de **rapprocher les législations** et forger ainsi une cible de convergence commune (dans les domaines prioritaires : environnement réglementaire des entreprises, socle social et fiscal)
- La France et l'Allemagne pourraient ainsi fédérer, dans l'esprit des Pères fondateurs, plusieurs pays qui définiraient **une cible de convergence** commune en matière d'environnement réglementaire des entreprises, de fondamentaux du droit du travail, de socle social. Ils pourraient progresser chacun en parallèle, de façon « librement consentie », vers cette cible commune.

Le territoire transfrontalier, par les eurodistricts et les EPCI transfrontaliers, pourrait alors devenir le fer de lance de l'expérimentation d'une convergence plus forte vers cette nouvelle cible commune.

6 La sixième proposition concerne Strasbourg et son ancrage européen. Strasbourg peut se positionner plus encore comme la capitale des citoyens européens et pleinement incarner la citoyenneté européenne pour les territoires transfrontaliers.

Il est essentiel en effet que les jeunes frontaliers puissent pleinement prendre conscience de cette chance unique de vivre au cœur de cette Capitale des citoyens européens. Pour cela, il est proposé que **chaque jeune français et allemand de la zone frontalière puisse, au moins une fois dans sa scolarité, pouvoir vivre l'expérience de simulation d'un débat au Parlement européen ou au Conseil de l'Europe avec des homologues de l'autre nationalité** : être « jeune député d'un jour » et vivre la dimension européenne de Strasbourg.





Proposition I

L'apprentissage « de la langue et de la culture du voisin » dans la zone frontalière est stratégique et cette priorité mutuelle doit être affirmée dans le **Traité de l'Élysée**

En France, transférer la compétence « enseignement de l'allemand » aux départements frontaliers (ou à la nouvelle collectivité Alsace, et à la Moselle) serait un changement déterminant pour réaliser la vision de devenir « le premier territoire trilingue de France » (français /allemand/ anglais)

La langue d'un pays est l'incarnation au quotidien de sa culture. Dans une zone transfrontalière, elle revêt une dimension stratégique majeure pour l'avenir du fait transfrontalier lui-même. L'apprentissage de l'allemand en France, et particulièrement en zone frontalière, est crucial pour renforcer nos liens, notamment économiques, en matière d'emploi et d'attractivité.

La stratégie « Langue du voisin » doit figurer dans le Traité de l'Élysée pour affirmer un niveau adéquat de priorité. Dans cette stratégie pourraient figurer :

“ Avec des locuteurs natifs et des initiatives nouvelles, une approche plus ambitieuse pour les citoyens frontaliers depuis leur enfance jusqu'à leur accès à l'emploi.”

- Le « jumelage numérique des classes » (toute classe française apprenant l'allemand serait jumelée avec une classe allemande apprenant le français avec des rencontres régulières via les réseaux sociaux et la visio-conférence),
- Des initiatives culturelles communes visant un apprentissage réciproque de nos deux langues avec notamment une intensification des sorties scolaires transfrontalières,
- Le soutien aux services civiques transfrontaliers,
- La garantie, dans le cadre de la formation professionnelle, d'un socle linguistique minimal (niveau A1, proche du bagage PRO d'environ 400 mots requis par certaines entreprises allemandes) pour pouvoir construire un parcours professionnel outre-Rhin.

En somme, le Traité de l'Élysée pourrait affirmer la nécessité de **stratégies réciproques** d'enseignement des langues allemande et française, ancrées dans des approches culturelles plus globales avec deux priorités : la jeunesse et l'accès à l'emploi.

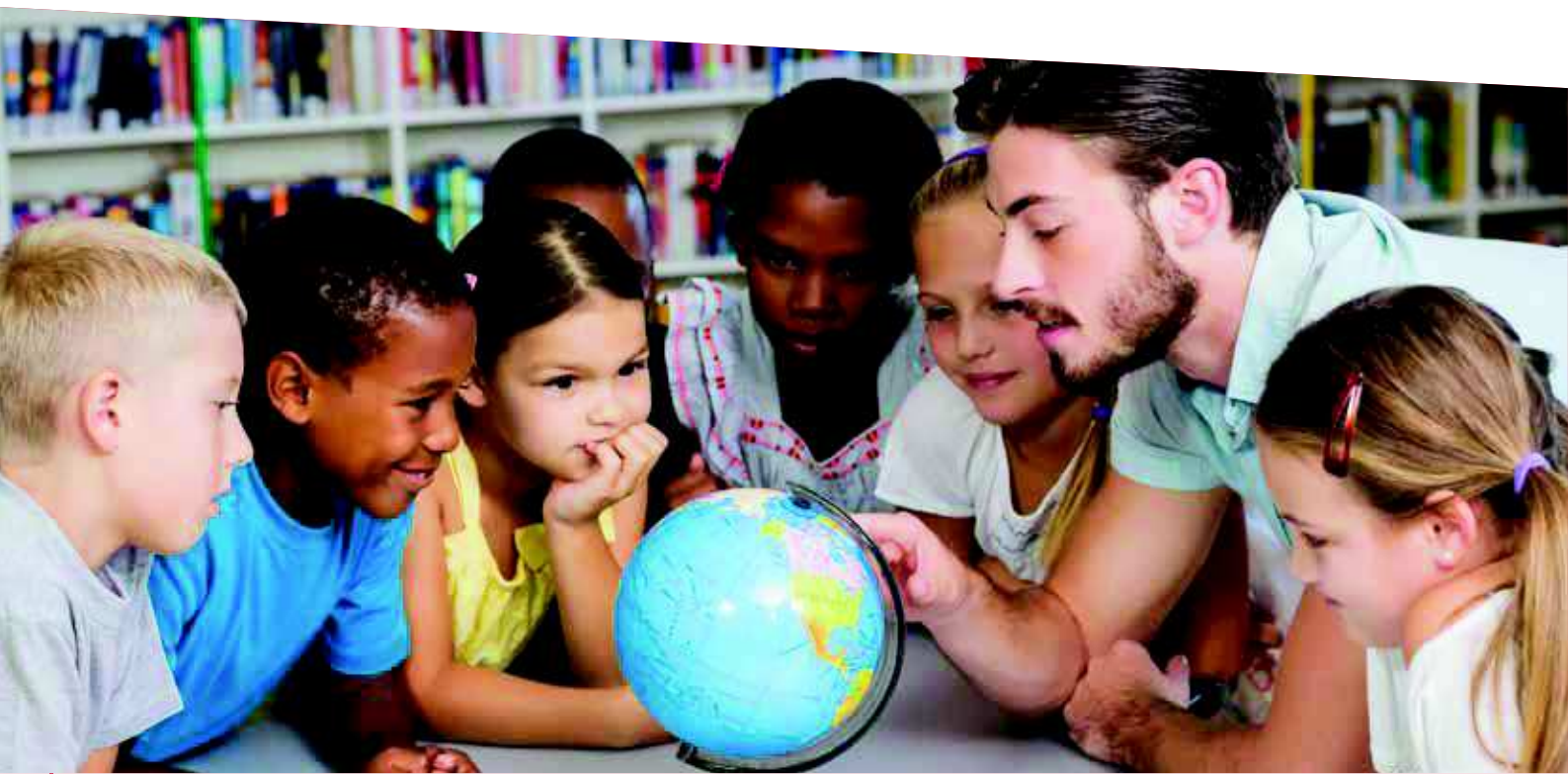
“Une stratégie territoriale et globale pour développer «la stratégie de la langue du voisin» des deux côtés du Rhin.”

En France, la gestion actuelle de l'enseignement de la langue allemande n'est pas en capacité de répondre à la spécificité du territoire transfrontalier franco-allemand, ni à ses enjeux. Un diagnostic complet, en liaison avec l'Éducation nationale et fondé sur l'avis du CESER Alsace de 2014, a permis de définir une vision qui n'est aujourd'hui que théorique : devenir **le premier territoire trilingue de France**. Cette vision ne peut aboutir qu'en partenariat étroit avec l'Éducation nationale, y compris dans un scénario de rupture pour l'enseignement de l'allemand, fondé sur **le transfert de cette responsabilité à une collectivité territoriale**.

Les modalités de l'enseignement de l'allemand pourraient se fonder notamment sur :

“ En France, l'enseignement de l'allemand serait confié aux collectivités locales pour répondre aux enjeux transfrontaliers ”

- **Des locuteurs natifs** avec une approche articulée vis à vis des politiques jeunesse pour donner le goût de la langue et comprendre combien parler allemand pour un frontalier est une richesse au quotidien et une chance pour son avenir.
- **Un transfert total de l'enseignement de l'allemand** à partir du CP aux départements frontaliers (ou à la nouvelle collectivité d'Alsace, et à la Moselle), ce qui permettrait :
 - Une présence renforcée de locuteurs allemands au sein des établissements scolaires en coordination avec l'Éducation Nationale ;
 - Un protocole d'échanges d'enseignants allemands et français, couplé à une gestion incitative de la politique salariale,
- Des échanges culturels réguliers (sorties, séjours, etc.). Les classes bilingues seraient confortées et développées et une réflexion serait à mener sur les passerelles possibles entre pratique du dialecte alsacien et langue allemande.



Ces modifications relatives à l'enseignement de l'allemand en France relèvent de l'organisation administrative et territoriale nationale et du droit français, les Länder ayant déjà de leur côté cette responsabilité.

Une telle approche permettrait :

- **De porter une « vision frontalière »** commune d'un territoire trilingue français / allemand / anglais
- D'améliorer le système actuel d'enseignement de l'allemand qui a prouvé ses limites structurelles (certains enseignants enseignent l'allemand aux enfants en cycle primaire sans jamais l'avoir ni parlé ni appris / peu d'évaluation des niveaux acquis / etc...)
- **De faciliter l'accès à l'emploi transfrontalier** en rendant systématique l'enseignement de l'allemand « pratique et professionnel », dans le cadre des formations professionnelles (axé *a minima* sur 400 mots)
- De renforcer le socle sur lequel se construit la relation franco-allemande et par la même occasion le fait transfrontalier et en particulier d'accroître les échanges culturels et les missions d'engagement civique entre les deux pays pour incarner, plus encore, une Europe unie dans sa diversité et sa proximité.

Si le transfert de la compétence « enseignement de la langue du voisin » n'est pas en mesure d'être décidé, une convention nouvelle entre l'Éducation nationale et les collectivités est une solution de repli. Elle pourrait être fondée sur l'intervention de locuteurs natifs, sur l'évaluation objective et partagée des niveaux atteints en CM2 et en 3^{ème} et des initiatives nouvelles (jumelage numérique, immersion, sorties culturelles frontalières, etc.)

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

La France et l'Allemagne développeront sur leur frontière une stratégie mutuelle de développement de l'enseignement de la langue du voisin avec un portage spécifique par les collectivités frontalières qui seront chargées d'établir une stratégie en la matière, en particulier à l'école et dans l'enseignement professionnel. Dans ce cadre, pourront être développées de nombreuses initiatives, notamment en matière de « jumelage numérique » des classes, de politique jeunesse, d'accès à l'emploi, de culture et d'engagement civique.



Proposition 2

Le Traité de l'Élysée peut innover en lançant le premier Schéma de Développement Transfrontalier opposable, pour définir une vision commune et des projets prioritaires

Lancement des premiers Schémas de Développement Transfrontalier co-construits avec les collectivités frontalières françaises et allemandes et les deux États

Le Traité de l'Élysée pourrait affirmer l'exigence de Schémas de Développement Transfrontalier qui réuniraient les collectivités frontalières *a minima* dans les cinq domaines suivants :

- **Développement économique**, notamment ciblé sur les métiers du futur et l'employabilité ;
- **La formation professionnelle**, enjeu majeur au regard de l'accès à l'emploi transfrontalier ; il s'agirait d'offrir une réponse fine aux besoins de formation identifiés sur le territoire frontalier et de s'inspirer de l'efficacité du système allemand, de la réforme française à venir et des initiatives réussies (notamment celles de la Maison de l'emploi de Strasbourg, l'aide à la mobilité pour les jeunes apprentis de la Fondation de l'entente franco-allemande, ou les actions des chambres consulaires) ;
- **Innovation, recherche et transfert de technologie** de la recherche vers les entreprises ;
- **Développement des infrastructures de transport numérique et physique**, s'appuyant sur une vision concertée de l'espace frontalier ;
- **Transition énergétique et politique environnementale** (notamment qualité de l'air et projets de mise en réseaux de production d'énergie).

De tels Schémas, au regard des enjeux du territoire transfrontalier franco-allemand et de la diversité des acteurs institutionnels qui y exercent leurs compétences, sont indispensables. Les collectivités transfrontalières décideraient de l'échelle territoriale et des sujets supplémentaires à traiter quand cela est nécessaire.

Pour la France, la collectivité de référence sur la question des Schémas de Développement Transfrontalier serait la région Grand Est en concertation avec les départements frontaliers (le cas échéant la nouvelle collectivité d'Alsace et la Moselle) en liaison avec les collectivités territoriales pertinentes ainsi que la métropole strasbourgeoise. L'État, par son représentant, participerait également à l'élaboration de ces Schémas, les validerait au regard de leurs enjeux nationaux et les

accompagnerait pour faciliter leur mise en œuvre. Ces Schémas de Développement Transfrontalier seraient également construits en étroite collaboration avec les trois Länder frontaliers. **Ces Schémas seraient opposables et contraignants.**

Ils seraient également accompagnés d'analyses statistiques approfondies, notamment avec la constitution d'un observatoire transfrontalier en « open data transfrontalier » pour mieux identifier les enjeux et suivre les actions menées sur les territoires transfrontaliers.

Identification de Projets d'Intérêt Transfrontalier prioritaires dans les Schémas de Développement Transfrontalier.

Les Schémas de Développement Transfrontalier créeraient le cadre d'un dialogue entre collectivités allemandes et françaises en vue d'élaborer **une vision commune mais également des projets communs structurants.** Chaque Schéma identifierait ainsi des Projets d'Intérêt Transfrontalier (PIT) qui seraient déterminants pour la relation franco-allemande sur ce territoire. L'inscription d'un projet au Schéma de Développement Transfrontalier lui permettrait d'être reconnu d'« intérêt transfrontalier », il pourrait avoir différents niveaux de priorité. Ce qui ouvrirait des perspectives nouvelles en matière de financement (notamment les fonds européens), de réglementations spécifiques et de moyens qui accompagneraient de tels projets.

“ Un Schéma de Développement Transfrontalier co-signé des deux côtés du Rhin, pour une vision commune et des projets prioritaires.”

- Les Projets d'Intérêt Transfrontalier seraient donc une traduction concrète sur le territoire des objectifs et des choix retenus dans les Schémas de Développement Transfrontalier **pour dynamiser de façon déterminante le territoire** dans les cinq domaines du développement économique, de l'innovation et de la recherche, des transports numérique et physique, des transitions environnementales et de la formation professionnelle. Ces Projets d'intérêt Transfrontalier pourraient être multiples : des projets de transport d'intérêt national (comme le développement de l'interconnexion ferroviaire par la boucle d'Appenweier ou les liaisons Fribourg Colmar et Haguenau Karlsruhe qui constituent des projet d'intérêt national parce qu'ils renforcent l'interconnexion de nos deux pays.), des zones d'activités à statut particulier ciblées sur des stratégies économiques de l'industrie du futur (par exemple des Zones d'Innovation transfrontalières ou un campus interentreprises sur le numérique et l'industrie), des projets de reconversion de friches industrielles, des projets universitaires ou d'enseignement technique (avec, par exemple, la création d'une « Fabrique franco-allemande de compétences », en matière universitaire et de formation professionnelle), le lancement d'une école franco-allemande de l'apprentissage en lien avec les bassins d'emploi locaux, ou encore des projets majeurs comme la reconversion du site de Fessenheim. Ces stratégies pourraient par ailleurs permettre de postuler pour l'implantation du projet d'Agence franco-allemande pour l'Intelligence artificielle qui bénéficierait ainsi des dispositions spécifiques propres aux PIT.

Dans le cadre des propositions de ce rapport, il s'agirait de cibler ce dispositif sur les axes suivants :

- Ces zones à statut particulier seraient **identifiées comme des Projets d'Intérêt Transfrontalier dans le Schéma de Développement Transfrontalier ou feraient partie d'un GECT transfrontalier à compétences exclusives** avec une stratégie de développement économique ciblée ;
- Ces zones seraient dans tous les cas **le croisement d'une zone géographique et d'une activité sectorielle** répondant à une stratégie de territoire ;
- Ces zones seraient préférentiellement ciblées autour de projets de **reconversions de friches industrielles** et donc correspondraient à des implantations nouvelles d'activités.

Les projets pouvant devenir des zones à statut particulier, obtiendraient ce statut après avis de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST). **La nature de ces spécificités seraient notamment fiscales** et résideraient également en des dérogations du préfet transfrontalier pour accélérer les délais administratifs et simplifier les procédures pour conférer une plus grande agilité et une meilleure vitesse d'exécution à ces projets.

C'est par la réalisation de tels projets que nos territoires frontaliers et nos deux pays peuvent franchir une nouvelle étape de coopération, en se focalisant sur la façon dont notre territoire frontalier et ses citoyens peuvent se projeter positivement dans l'économie de demain. Un pas supplémentaire serait alors franchi en termes d'intégration européenne.



Une telle approche permettrait :

- De transformer les dialogues entre nos deux pays et les collectivités territoriales pour définir **le premier Schéma transfrontalier opposable dans les deux droits**, co-signé et structurant pour renforcer le fait transfrontalier et le projeter vers l'économie de demain.
- **De faire converger l'ensemble des acteurs** vers une liste déterminée et priorisée de Projets d'Intérêt Transfrontalier (PIT) leur donnant alors accès à une visibilité, à des moyens, mais aussi à un cadre réglementaire spécifiques.
- De montrer de manière concrète combien le transfrontalier franco-allemand peut innover et agir pour mobiliser autour d'une dynamique nouvelle dans l'Union Européenne.

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

Un Schéma de Développement Transfrontalier, opposable, sera co-construit et co-signé par les collectivités territoriales frontalières pertinentes en liaison avec les deux États allemand et français afin de donner une impulsion déterminante au développement transfrontalier dans les domaines du développement économique, de l'enseignement professionnel, de l'innovation et la recherche, des infrastructures numériques et physiques et des transitions énergétiques et environnementales. Ce Schéma identifiera une liste de Projets d'Intérêt Transfrontalier qui pourront bénéficier de dispositions spécifiques dérogatoires dans les deux systèmes juridiques français et allemand et de priorités d'investissements sur les fonds européens notamment.





Proposition 3

Le Traité de l'Élysée pourrait franchir une étape décisive et ancrer trois innovations territoriales déterminantes pour l'essor du transfrontalier : un principe de différenciation territoriale pour les eurodistricts, des EPCI transfrontaliers de proximité et de nouvelles coopérations transfrontalières pour relever les défis de l'économie de demain.

Le Traité de l'Élysée pourrait consacrer trois innovations déterminantes pour l'essor du fait transfrontalier franco-allemand :

“Trois innovations territoriales au coeur de l'Europe pour franchir un pas décisif dans la coopération franco-allemande.”

- **Première innovation** : considérer les eurodistricts existants comme des « bassins de vie » transfrontaliers **pouvant bénéficier de dispositions réglementaires ou législatives spécifiques** visant à résoudre les « irritants » de la vie quotidienne des citoyens. Il s'agirait d'une logique nouvelle et innovante de différenciation.
- **Deuxième innovation** : offrir aux communes frontalières en continuité territoriale la **liberté de s'associer dans un établissement public de coopération intercommunale (EPCI) transfrontalier de proximité**. Il s'agirait en somme d'étendre la logique des EPCI nationaux à fiscalité propre à des communes allemandes et ainsi de réunir des compétences exercées indépendamment des deux côtés du Rhin. **Cet EPCI transfrontalier de proximité aux compétences exclusives se substituerait aux EPCI nationaux. Il s'agirait d'un nouvel objet juridique avec une dimension de représentation démocratique.**
- **Troisième innovation** : offrir aux communes transfrontalières la possibilité de nouvelles coopérations transfrontalières pour relever les défis de l'économie de demain. Elles affirmeraient leurs stratégies communes, mutualiseraient totalement leurs compétences en la matière **via des GECT à compétences exclusives centrées sur l'économie de demain** et articulées *a minima* autour de quatre des cinq compétences du Schéma de Développement Transfrontalier et en articulation avec lui (développement économique, innovation / recherche / universités, infrastructures de transport numérique et physique inter métropolitain et transition énergétique et environnementale). Il s'agirait d'une nouvelle forme de coopération transfrontalière. **Dans tous les cas, il s'agirait de réels transferts de compétences et donc en aucun cas d'une structure supplémentaire.**

La France et l'Allemagne affirmeraient que les eurodistricts existants, bassins de vie transfrontaliers, pourraient bénéficier d'approches et de dispositions spécifiques pour résoudre les « irritants » de la vie quotidienne des citoyens ; ils seraient le cadre du transfrontalier « du quotidien ».

Les eurodistricts ont prouvé à de nombreuses reprises leur expertise et leur connaissance approfondie des mécanismes, des freins et des leviers de la coopération transfrontalière franco-allemande. Dans le cadre de la révision du Traité de l'Élysée, les eurodistricts, qui sont des Groupement européen de coopération transfrontalière (GECT), pourraient prendre un rôle majeur dans le renforcement de cette coopération transfrontalière du quotidien.

Les eurodistricts couvrent des bassins de vie où l'on résoudrait les effets des dissonances des deux droits français et allemands.

Les eurodistricts sont une échelle cohérente pour résoudre les effets des dissonances entre les deux droits qui créent des frictions dans la vie quotidienne des citoyens résidant en territoire frontalier. Ils peuvent aussi en amont identifier ces « irritants » vus du citoyen, les hiérarchiser, et élaborer un « Plan d'action au service du citoyen transfrontalier » (PACT).

Pour ce faire, pourront être associés différents acteurs de la société civile (des associations telles que le Centre européen de la consommation, acteur reconnu pour son travail au plus près des citoyens notamment transfrontalier, des entreprises, des citoyens, des chambres consulaires, etc).

“ Les eurodistricts, territoires de différenciation au service des citoyens ”

Les domaines principaux répertoriés qui touchent la vie quotidienne des citoyens sont notamment l'accès aux soins (avec l'exigence d'autorisations préalables et les délais de remboursement), les formalités administratives relatives aux travailleurs détachés qui pénalisent les PME... Le traité de l'Élysée pourrait cibler différents domaines regroupant les « irritants » vu du citoyen pour que la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) puissent faire des propositions afin de les examiner. Ces domaines pourraient être notamment :

- Les équivalences et prérequis pour exercer les métiers de l'artisanat.
- L'accès aux soins transfrontaliers.
- Les réglementations relatives à la participation aux compétitions sportives et aux voyages scolaires.
- Les obligations pesant sur l'emploi de travailleurs détachés.
- L'équivalence des réglementations environnementales du quotidien (exemple des vignettes voiture qui ne sont pas les mêmes entre Strasbourg et Kehl).
- La reconnaissance des diplômes issus de formations professionnelles.
- Les règles bancaires notamment dans le cadre de l'utilisation d'un même compte ou d'accès à des produits financiers.
- Une harmonisation des tarifs des services d'intérêt général (prix identique pour les abonnements de trains de part et d'autre de la frontière, adaptation des frais postaux pour les envois transfrontaliers de proximité...).
- Des règles d'achat public adapté pour les projets transfrontaliers.
- L'accès à l'information (adaptation de la loi Toubon du 4 août 1994 dans la zone frontalière, par exemple lors de la Foire Européenne de Strasbourg, diffusion des chaînes publiques, blocage de sites internet à la frontière...).
- La reconnaissance des droits sociaux acquis.

Quatre leviers d'actions seraient possibles pour identifier la meilleure réponse et résoudre ces effets des dissonances entre les deux droits sur le territoire des eurodistricts :

- De simples conventions ou accords entre acteurs, pour lesquels les eurodistricts auraient une pleine légitimité d'action ;
- L'application, au choix, de l'un des deux droits qui s'appliquerait et/ou des dérogations au droit commun (voir actions de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière) qui pourraient s'appliquer de façon générale ou de façon limitée sur les territoires géographiques des eurodistricts uniquement ;
- Des propositions de lois de convergence ou d'équivalence entre les deux droits qui pourraient s'appliquer de façon générale ou de façon limitée sur les territoires géographiques des eurodistricts uniquement ;
- Des accords bilatéraux entre États, dès lors que le Traité de l'Élysée l'aurait prévu dans des domaines précis.

Ces leviers d'actions seraient activés par la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) présentée dans la proposition n°4.

Les eurodistricts (GECT), réseaux d'expertise et de projets au service du transfrontalier

Les eurodistricts sont un réseau d'expertise et de projets inégalé dans le domaine du transfrontalier. Chaque eurodistrict ne peut pas et ne doit pas développer, indépendamment des autres, toutes les compétences d'expertise. En revanche, **constituer un réseau d'experts partagés serait un facteur clef de succès et une possibilité de créer et de développer encore un véritable réseau de compétences en la matière.** Les eurodistricts seraient les pilotes au quotidien du « **Plan d'action au service du citoyen transfrontalier** » (PACT), et solliciteraient la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) pour pouvoir conjointement faire progresser ledit plan d'action.

Les eurodistricts participeraient, en articulation avec les agences d'urbanisme, à l'élaboration des Schémas de Développement Transfrontalier et seraient en capacité d'assurer l'ingénierie de projet et l'accompagnement à la maîtrise d'ouvrage ou la maîtrise d'œuvre des Projets d'Intérêt Transfrontalier.

Les eurodistricts (GECT), auraient un rôle particulier sur les transports et l'emploi transfrontaliers

Les eurodistricts apporteraient toute leur expertise en matière de transport transfrontalier afin d'améliorer l'organisation de la mobilité et de l'intermodalité sur leur territoire, en lien avec les Schémas de Développement Transfrontalier. A cette fin, les eurodistricts deviendraient des autorités organisatrices de transports transfrontaliers (AOTT). En complément, les eurodistricts seraient impliqués sur le développement de l'emploi transfrontalier en lien avec les acteurs de l'emploi français et allemand (tels que Pôle emploi et la Bundesagentur für Arbeit).

Au final, le réseau des eurodistricts (GECT) est :

- Un atout-clé dans l'élaboration des Schémas de Développement Transfrontalier (en particulier comme observatoire des données transfrontalières) ;
- Un acteur clef du « Plan d'action au service du citoyen transfrontalier » pour résoudre effectivement sur son territoire les effets des dissonances des deux droits ;
- Un expert déterminant pour la réussite des Projets d'Intérêt Transfrontalier et à la création

- des EPCI transfrontaliers ;
- Un interlocuteur et un relais de l'action de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST),
- Un levier à l'amélioration de la mobilité et de l'intermodalité sur les territoires transfrontaliers et de l'accès à l'emploi transfrontalier.

Le Traité de l'Élysée pourrait impulser une nouvelle transposition dans la loi française du règlement (CE) n° 1082/2006 permettant alors aux GECT de gérer des compétences en propre à la place des collectivités adhérentes. Cette évolution majeure offrirait des perspectives nouvelles pour les eurodistricts et ne serait pas limitée aux GECT axés sur le développement économique (cf point 3).

2 La France et l'Allemagne définiraient un cadre nouveau d'EPCI transfrontaliers à fiscalité propre et à compétences exclusives dans une logique de proximité.

Ce type d'EPCI transfrontalier serait un EPCI du quotidien, marquant une véritable volonté d'approfondir les liens franco-allemands. Il serait créé à l'échelle de territoires ayant une continuité urbaine. **Ces EPCI transfrontaliers de proximité à fiscalité propre auraient des compétences** en matière d'aménagement, d'enlèvement et de traitement des ordures ménagères, d'environnement (qualité de l'air, gestion des cours d'eau, biodiversité, transition énergétique, nuisances sonores...), équipements culturels, etc. Ils créeraient alors une coopération transfrontalière de fait, au plus proche du quotidien des citoyens. La Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) (cf proposition n°4) pourrait favoriser le bon fonctionnement de ces EPCI, notamment sur les questions juridiques liées à l'exercice de ces compétences.

Ces EPCI se substitueraient totalement aux EPCI à fiscalité propre existants pour l'exercice de leurs compétences.

Les exécutifs en charge de ces EPCI transfrontaliers pourraient par exemple **être élus sous le principe d'un fléchage sur la liste électorale des élections municipales**. L'exécutif pourrait être bicéphale avec un président français et un président allemand du fait des enjeux constitutionnels.

Cette innovation territoriale constituerait une « proposition de valeur » politique avant-gardiste : au fil des années et des campagnes électorales, il est probable que des élus se saisiront de cette innovation ; nos citoyens pourront alors décider s'ils sont prêts, tout en gardant leur Maire auquel ils sont attachés, à coopérer beaucoup plus encore avec des villes d'outre-rhin sur des projets de développement économiques créateurs d'emplois.

3 La France et l'Allemagne impulseraient, dans la logique d'une vision stratégique commune visant à relever les défis de l'économie de demain, de nouveaux GECT à compétences exclusives par une évolution de la transposition du règlement (CE) n° 1082/2006 dans le droit interne français.

Ces GECT de développement économique à compétences exclusives seraient principalement destinés à des agglomérations ou métropoles ; ils auraient *a minima* quatre compétences exclusives liées aux Schémas de Développement Transfrontaliers :

- Le développement économique, avec notamment l'économie de proximité et la création

de zones d'innovation transfrontalière (ZIT) avec un focus sur les métiers de demain en lien avec les organismes de gestion de la formation professionnelle, les Schémas Régionaux de Développement Economique, d'Innovation et d'Internationalisation (SRDEII) et les Schémas de Développement Transfrontalier:

- **L'innovation et la recherche, en lien étroit avec le monde universitaire**
- **Le développement du territoire** (infrastructures de transport numérique et physique) et son organisation
- **La transition énergétique et les politiques environnementales** notamment concernant la préservation de la qualité de l'air.

“ Rendre possible des alliances fortes entre villes frontalières pour créer les champions de l'économie de demain.”

En préalable à la mise en œuvre de ces compétences, ces GECT de développement économique à compétences exclusives devraient produire une stratégie de développement économique vers l'économie de demain et une vision commune de l'aménagement de son territoire, non contraignante. Ces GECT à compétences exclusives seraient au service de stratégies économiques ambitieuses et volontaristes, tournées vers l'avenir. Ces documents exprimeraient le cadre, l'approche et les objectifs du nouveau GECT à compétences exclusives et montreraient comment la stratégie imaginée pourrait être mise en œuvre.

Les caractéristiques de ces GECT pourraient s'articuler autour des éléments suivants :

- **Les compétences seraient exclusives** : les GECT à compétences exclusives gèreraient à la place des collectivités adhérentes les compétences qui leur seraient transférées. Seules les collectivités disposant de ces compétences, à l'image des agglomérations dans une certaine mesure et des métropoles dans tous les cas, pourraient constituer ces GECT de développement économique à compétences exclusives ;
- **Les freins juridiques seraient levés via le travail effectué par la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) ;**
- **Le monde économique serait associé à leur gouvernance au travers d'un conseil stratégique de l'innovation et du développement économique.** Un conseil citoyen local transfrontalier serait également mis en place pour créer des liens directs et une instance d'échanges entre citoyens engagés ;
- **Une forte ingénierie** serait nécessaire pour les premières créations, qui pourraient le cas échéant mobiliser des fonds européens et nationaux.
- Dans le futur, les GECT à compétences exclusives pourraient prendre en compte **une dimension démocratique.**

Ces GECT tournés vers le développement économique, de par leur nature et par l'association étroite au monde économique et universitaire, seraient un facteur clef de succès de la coopération franco-allemande. Cette nouvelle forme de coopération forte permettrait d'imaginer des stratégies volontaristes et de lancer des projets ambitieux au service de l'innovation et du développement de l'économie de demain. Faire le choix de ce GECT à compétences exclusives serait le signe d'une stratégie volontaire, déterminée et d'échelle européenne.

Un axe nouveau **Strasbourg / Karlsruhe** incluant Haguenau ou encore Baden-Baden, par exemple, pourrait permettre de construire une stratégie et de lancer des projets communs qui les positionneraient comme des leaders européens dans leur domaine.

Une telle approche permettrait :

Étude de cas fictive n°1 : Strasbourg avec son Eurométropole et Karlsruhe, lancent la première métropole européenne rhénane. En plus d'un rapprochement entre l'Eurométropole de Strasbourg et la ville de Kehl sur un certains nombres des compétences du quotidien (gestion des équipements sportifs notamment nautiques, pistes cyclables, équipements culturels de proximité notamment les bibliothèques, etc.), sous la forme d'un EPCI transfrontalier de proximité, Strasbourg et Karlsruhe choisissent d'unir leurs forces pour relever les défis de l'économie de demain sous forme d'un GECT de développement économique à compétence exclusives. A 65 kilomètres l'un de l'autre, ces deux pôles de taille équivalente allient leur force en fédérant les villes de cet espace (Kehl, Baden-Baden, Haguenau, etc...) pour investir massivement dans un espace dédié à l'Industrie du futur (comment le numérique transforme l'industrie) avec les axes stratégiques suivants :

- Des programmes de recherche liés à EUCOR centrés sur l'innovation numérique et l'industrie. L'objectif est de favoriser ces échanges et les transferts des technologies du monde de la recherche vers les entreprises. Une articulation avec les clusters existants serait nécessaire.
- Un espace économique ciblé sur l'alliance des innovations numériques et industrielles pour créer une référence européenne et mondiale sur le sujet avec un campus inter-entreprises transfrontalier de pointe sur la formation professionnelle des métiers de demain et un espace type « La Halle Freyssinet » dédié aux start-ups.
- Une zone d'activité économique frontalière convergente qui se fonde sur la cible commune de convergence fiscale, économique et sociale et permet, par l'expérimentation, d'y contribuer. Elle déboucherait sur une incitation fiscale pour le développement économique dans une double perspective géographique et sectorielle - en l'espèce l'industrie du futur et le numérique - le tout dans une logique d'économie verte tournée vers le bas ou le zéro carbone. Les zones économiques d'activités seraient les fers de lance de la nouvelle cible commune de convergence économique, environnementale et sociale.
- Des programmes d'investissement sur les infrastructures ultra haut-débit et terrestres, avec le regroupement des aéroports de Strasbourg et Baden-Baden, l'interconnexion des axes routiers, ferroviaires et le développement fluvial.
- Un plan d'action sur 10 ans qui dessine la métropole de demain et matérialise une vision commune : incarner au cœur de l'Europe le territoire de l'Industrie du futur qui rivalise avec les meilleurs espaces mondiaux. L'avantage du cadre de vie et la position au cœur de l'Europe permettent d'attirer des talents de tous horizons qui rejoignent un éco système de pointe et une dynamique de niveau européen voire mondial : c'est un avantage qui différencie la nouvelle Métropole Européenne et lui donne un atout déterminant pour l'implantation de nouvelles entreprises.

Étude de cas fictive n°2 : Strasbourg avec son Eurométropole et Kehl deviennent un EPCI transfrontalier; ces deux territoires déjà reliés par le tramway et de nombreux ponts, forment



une continuité urbaine et territoriale idéale pour se réunir et exercer ensemble des services publics du quotidien. Ces derniers pourraient, par exemple, concerner l'aménagement urbain, l'enlèvement et le traitement des ordures ménagères, l'environnement (qualité de l'air, gestion des cours d'eau, biodiversité, transition énergétique, nuisances sonores...), les équipements culturels, etc. Cette transformation permettrait d'**acter institutionnellement une réalité** notamment concernant les transports (tramway et bus) ou encore pour les équipements culturels (l'Opéra National du Rhin situé à Strasbourg attire déjà de nombreux spectateurs allemands). Lors des élections municipales les conseillers de l'EPCI transfrontalier seraient, comme aujourd'hui pour la désignation des conseillers métropolitains, **élus sur le principe d'un bulletin unique pour deux listes**, permettant alors de flécher les conseillers communautaires.

Étude de cas fictive n°3 : à 40 kilomètres l'une de l'autre, les villes de **Colmar et Fribourg-en-Brisgau** incarnent un fort potentiel en termes de développement économique et touristique à l'image de la Route des vins et de la Forêt noire. Dans le cadre d'un **Projet d'Intérêt Transfrontalier** (suite à la fermeture de la Centrale de Fessenheim) ces deux territoires pourraient initier une stratégie de développement autour de deux axes :

- Un nouvel élan dans le transport transfrontalier sur ce territoire avec par exemple la création d'une ligne ferroviaire directe écourtant le trajet entre ces deux villes à 45 minutes l'une de l'autre à la place de 1 heure 40 minutes actuellement. Le coût de ce projet pourrait être financé par les États allemand et français, la région Grand Est, le Land de Bade-Wurtemberg, l'Union européenne et les collectivités locales.
- Là aussi, une zone d'activité économique frontalière convergente pourrait être créée notamment autour de l'énergie à la suite du projet d'appel d'offres concernant la création d'une grande zone de production d'électricité photovoltaïque.

A moyen terme, Colmar et Fribourg pourraient former un EPCI à compétences exclusives à fiscalité propre.

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

La France et l'Allemagne décident de trois innovations territoriales au service du développement transfrontalier.

a. Les territoires des eurodistricts sont les bassins de vie transfrontaliers du quotidien avec des enjeux propres. La France et l'Allemagne affirment cette particularité et autorisent le principe d'approches juridiques, règlementaires et législatives spécifiques et différenciées pour y résoudre les effets des dissonances de leurs deux droits qui pénalisent les citoyens frontaliers, dans une logique d'expérimentation et de différenciation.

b. La France et l'Allemagne offrent une liberté nouvelle aux communes frontalières : celle de constituer des Etablissements Publics de Coopération Intercommunale transfrontaliers de proximité à compétences exclusives et à fiscalité propre pour que des communes françaises et allemandes franchissent une étape décisive en mutualisant totalement certaines de leurs compétences.

c. La France et l'Allemagne proposent que des agglomérations ou métropoles frontalières puissent lancer des coopérations nouvelles pour relever les défis de l'économie de demain. Pour cela, sera favorisée la création de groupements européens de coopération transfrontalière à compétences exclusives dans les domaines du développement économique, de la formation professionnelle, de la recherche et de l'innovation, des infrastructures de transport numérique et physique et de la transition énergétique et environnementale. La France et l'Allemagne proposent ainsi de franchir une étape nouvelle de la construction européenne, dans la suite de la dynamique créée par les eurodistricts.



Proposition 4

Le Traité de l'Élysée pourrait lancer une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) qui, au plus près du territoire, serait dédiée à l'accélération du développement transfrontalier et mettrait en œuvre la nécessaire différenciation

Une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) qui fédère les acteurs décisionnels pour résoudre les effets des dissonances des deux droits qui pénalisent les Projets d'Intérêt Transfrontalier et la vie quotidienne des citoyens

Actuellement, il n'existe aucune organisation pérenne ni aucun processus dédié au traitement des effets des dissonances entre le droit allemand et le droit français. Cette situation engendre de multiples difficultés pour les citoyens, les entreprises, les associations et tous les autres acteurs de la société civile, sans compter les obstacles auxquels sont confrontées les institutions publiques elles-mêmes. L'ensemble des secteurs est touché par ces dissonances, tels que celui de la santé ou encore du développement d'infrastructures de communication. Les eurodistricts en sont les premiers témoins, sans avoir les moyens, ni règlementaires ni législatifs, d'agir.

“ Une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) pour une intelligence collective au plus près des projets transfrontaliers et des territoires.”

Face à ce constat, la création d'une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) franco-allemande permettrait de rapprocher l'ensemble des acteurs-clés (les services déconcentrés de l'État, législateur, collectivités) au plus proche du territoire et de ses projets (en liaison directe avec les eurodistricts, les EPCI Transfrontaliers et les Projets d'Intérêt Transfrontalier) pour identifier et mettre en œuvre les meilleures solutions (conventionnelles, règlementaires, législatives ou prévues par les accord entre Etats) et ce, en liaison avec ses homologues allemands.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) serait une organisation bicéphale « miroir » entre la France et l'Allemagne. Elle serait constituée :

- d'un ambassadeur transfrontalier (assurant le portage diplomatique et le lien avec le sommet franco-allemand) ;

- **d'un préfet transfrontalier** qui serait le préfet de la région Grand Est pour cette mission ou un préfet transfrontalier dépendant du préfet de région (au vu des enjeux majeurs du transfrontalier et ses liens avec le développement économique, la meilleure configuration serait que le préfet de région puisse cumuler les deux fonctions pour une parfaite synergie) ;
- **de trois des neufs députés du groupe interparlementaire franco-allemand ;**
- **du président de la région Grand Est et des exécutifs des grandes collectivités locales** en fonction des sujets traités.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) fédérerait donc au plus proche du terrain l'autorité réglementaire de l'État déconcentré, la puissance diplomatique du Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères et la capacité d'initiative législative.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) aurait cinq objectifs :

- **Proposer des solutions aux effets des dissonances de droit** « vus du citoyen » qui freinent le développement des relations franco-allemandes et illustrent les blocages de l'Europe. L'identification de ces dissonances serait effectuée par les acteurs de la société civile et les acteurs institutionnels *via* notamment le « **Plan d'Action au service des Citoyens Transfrontaliers** ». Ces solutions se feraient dans le respect du principe de légalité notamment par comparaison avec les territoires français non transfrontaliers, sans pour autant minimiser les spécificités du territoire frontalier et sa possible différenciation (voir les quatre moyens d'action ci-dessous) ;
- **Faciliter la mise en œuvre des Projets d'Intérêt Transfrontalier** afin de les faire aboutir dans les meilleures conditions, y compris en formalisant et en stabilisant les dispositions spécifiques de chacun d'entre eux (raccourcissement des délais administratifs, dispositions règlementaires spécifiques, choix du droit le plus adapté, outils européens type ECBC, etc.). A cet égard, maîtriser le facteur temps est la condition *sine qua non* du succès de ces Projets transfrontaliers. Il est essentiel de leur permettre d'émerger dans des délais raccourcis, dérogatoires du droit commun : si des pouvoirs étendus du Préfet sont possibles et légitimes en la matière, c'est dans ce domaine qu'ils seraient essentiels pour garantir une certaine agilité de ces projets ;
- **Accompagner les nouveaux EPCI transfrontaliers dans leur ingénierie et leur réglementation.** Ces EPCI permettraient de travailler à une échelle de proximité adaptée avec la même logique de spécificité ;
- **Étudier la planification de la fermeture ou de l'ouverture d'infrastructures en zone frontalière** (notamment dans le domaine de la santé). Il est essentiel, tout en respectant la souveraineté de chacun, de prendre en compte la situation de l'autre côté du Rhin avant de retenir des solutions de fermeture ou d'ouverture d'infrastructures ou de services d'intérêt général, en particulier pour l'offre de soins. En conséquence, une bonne pratique ou un décret pourrait inciter ou contraindre à une saisine systématique de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) sur ces questions. Il s'agirait donc d'une « obligation de prendre en compte la situation globale du territoire frontalier » à ce propos. Cette prise en compte pourrait par exemple se traduire dans la signature de conventions spécifiques pour mieux organiser l'espace frontalier (choix d'une convention de simplification des procédures en vue d'accéder aux IRM, accès simplifié pour les allemands dans nos équipements après la fermeture de maternité à Kehl, etc.).
- **Préparer et instruire** les meilleures solutions à mettre en œuvre parmi les quatre moyens d'action ci-dessous et suivre leur déroulement jusqu'à leur aboutissement.

**“5 objectifs
4 moyens d'actions
2 territoires
1 Europe.”**

Les moyens d'action principaux de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) seraient les suivants :

1. Les échanges et conventionnements entre les différents acteurs (autorités déconcentrées ou décentralisées, autorités administratives indépendantes, divers organismes, etc.) ; ces conventions et solutions souples intégreraient pleinement les eurodistricts et l'ensemble des acteurs de terrain concernés ;

2. Les pouvoirs du préfet transfrontalier pour agir concrètement sur le niveau réglementaire, par exemple pour accélérer les délais réglementaires (c'est une condition d'agilité et de succès des Projets d'Intérêt Transfrontalier) pour appliquer l'un des deux droits (à l'instar des futurs ECBC européens) et pour prendre des dispositions spécifiques réglementaires pour les eurodistricts (conventions, accords spécifiques, etc.) les PIT ou les EPCI transfrontaliers. Ainsi, cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) aurait notamment la capacité de **fixer ou de préconiser la fixation, au cas par cas, de la norme de référence réglementaire, française ou allemande, qui s'appliquerait par projet** (moyennant, le cas échéant, la validation des ministères concernés) :

a. Soit en autorisant l'application d'un des deux droits à l'instar de l'« European Cross-Border Convention » ou « convention transfrontalière européenne » (principe de la règle de droit la plus favorable au projet) qui permettrait à un État d'appliquer, dans le contexte d'un Projet ou d'un service d'intérêt général transfrontalier, le droit interne d'un État voisin. C'est avec un tel dispositif juridique que la réglementation française aurait pu être appliquée au projet de tram de Strasbourg qui s'étend jusqu'à Kehl en Allemagne, en évitant ainsi de nombreuses difficultés juridiques ;

b. Soit en **accélérant les délais** pour donner plus de chances à ces projets d'aboutir dans des temps courts avec, par exemple, des délais de recours plus limités.

De plus, le préfet transfrontalier pourrait accélérer les délais de procédure et permettre des choix réglementaires visant à renforcer l'agilité des territoires transfrontaliers et leur donner la capacité de réaliser rapidement leurs projets. Pour ce faire, **l'État pourrait créer un statut d'Opération d'intérêt transfrontalier (OIT)** à l'image des opérations d'intérêt national (OIN) et des Opérations d'intérêt métropolitain (OIM) pour faciliter la mise en œuvre de projets portés par les eurodistricts ou les EPCI transfrontaliers. Pour rappel, les territoires qui sont couverts par de telles opérations sont des territoires prioritaires de développement et sont institués par décret sur habilitation de la loi. La mise en place de ce type d'opérations accélérerait la réalisation d'aménagements complexes avec une gouvernance partenariale entre le représentant de l'État et les collectivités territoriales au service d'une vision commune.

Ces pouvoirs d'adaptation du préfet constitueraient une source d'agilité et un élément déterminant du succès des Projets d'Intérêt Transfrontalier. Dans les zones d'activité à statut spécifique, la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) en serait l'instance d'instruction et de mise en œuvre, une loi ou une décision ministérielle étant par ailleurs nécessaire.

3. Les propositions de loi de convergence ou d'équivalence selon les sujets traités au sein de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) et proposés par les trois députés du groupe interparlementaire franco-allemand ; il s'agirait donc de véritables **circuits courts avec les assemblées parlementaires** pour proposer et négocier avec les majorités parlementaires et les ministères des propositions de loi de convergence ou

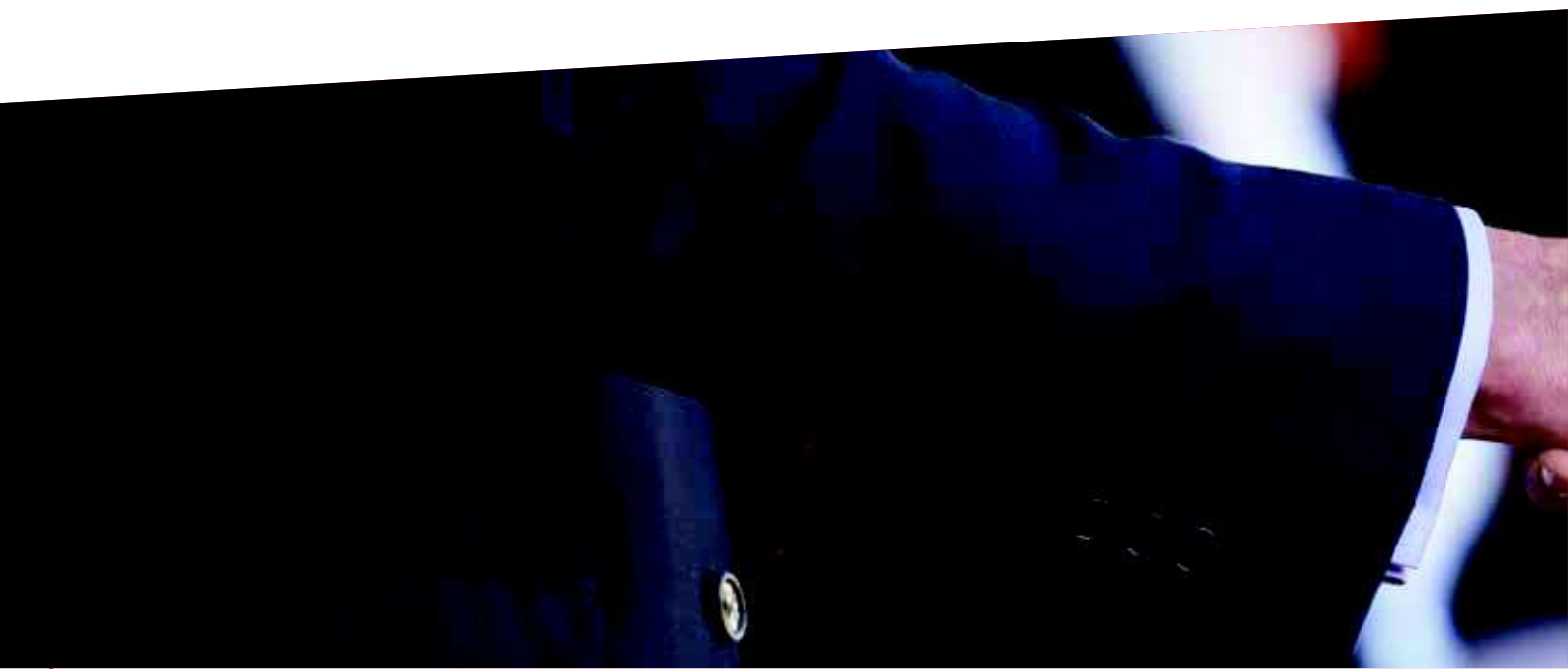
d'équivalence dédiées à ces enjeux transfrontaliers.

4. Les mesures prises de façon bilatérale via des accords entre les gouvernements français et allemand sur la base du Traité de l'Élysée qui aura identifié des domaines de convergence ou d'équivalence. L'implication de l'ambassadeur transfrontalier sera déterminante en liaison avec le Secrétaire Général du Ministère des Affaires Étrangères.

Cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) serait au cœur du réseau de compétences transfrontalières pour identifier les bons moyens d'action à mettre en œuvre au plus proche du territoire et des projets. Elle s'imposerait comme le centre névralgique d'un réseau de compétences avec notamment la Mission opérationnelle transfrontalière (MOT), les agences d'urbanisme, les eurodistricts, les services compétents des collectivités, et l'Euro-institut.

Une telle approche permettrait :

- La création d'un préfet dédié au transfrontalier franco-allemand qui serait nommé par décret avec **des pouvoirs étendus mais circonscrits aux eurodistricts** et dépendant du Préfet de Région ; ou permettrait l'extension des pouvoirs du Préfet du Grand Est lui-même spécifiquement sur le transfrontalier.
- Des adaptations dans les eurodistricts et les EPCI transfrontaliers aux textes règlementaires nationaux, validées ou permises par des textes législatifs dans le cadre d'une logique dérogatoire fondée sur le principe de différenciation.
- Des propositions de loi dites « Propositions de loi de convergence ou d'équivalence » qui opéreraient des rapprochements entre nos deux systèmes juridiques nationaux ou qui adapteraient les droits nationaux afin de résoudre leurs effets négatifs pour les zones transfrontalières.
- **La résolution d'« irritants » du quotidien pour les citoyens et les entreprises sur les territoires des eurodistricts et des EPCI transfrontaliers**, en particulier dans le domaine de la santé (accès aux soins, équivalence des exigences règlementaires, etc.). Dans ce domaine, des études d'impacts réalisées par les services de l'État (tel que l'Agence régionale de santé) en cas de fermeture d'établissements de santé frontaliers (français ou allemand) permettraient d'évaluer l'impact, en lien avec la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST), sur les populations frontalières. Cette approche permettrait également des équivalences de diplômes, la levée des barrières non commerciales qui pénalisent l'activité



des PME frontalières, du transport et de l'accès aux infrastructures, etc. Enfin, elle favoriserait particulièrement des dispositions spécifiques réglementaires d'équivalence (de validité des procédures, des diplômes etc.) pouvant être définies dans les eurodistricts.

- **La simplification de la mise en œuvre des Projets d'Intérêt Transfrontalier** en leur appliquant un seul et même droit dans la zone des eurodistricts et des EPCI transfrontaliers, et ainsi accélérer leur mise en œuvre dans le cadre de cycles de temps raccourcis.

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

La France et l'Allemagne considèrent qu'il est essentiel de créer des mécanismes pérennes pour :

- a. Faciliter la résolution concrète des effets des dissonances des deux droits qui pénalisent les citoyens en s'appuyant particulièrement sur les eurodistricts et les représentations de la société civile ;*
- b. Suivre les Projets d'Intérêt Transfrontalier et le cas échéant, déroger aux droits nationaux classiques ;*
- c. Accompagner l'ingénierie des innovations territoriales du Traité (différenciation sur les territoires des eurodistricts, EPCI transfrontaliers, GECT à vocation économique)*

A cet effet, une Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) sera mise en place. Elle réunira des représentants de haut niveau des deux États, des deux assemblées et des collectivités territoriales pour pouvoir identifier des réponses conventionnelles, organisationnelles, réglementaires, législatives ou bilatérales adaptées.

Côté français, cette Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) réunira un préfet, un ambassadeur spécialisé sur le transfrontalier, trois députés, le président de la région Grand Est et des représentants des collectivités territoriales concernées en fonction des sujets abordés.

Côté allemand, elle réunira une organisation aux responsabilités équivalentes.





Proposition 5

Le Traité de l'Élysée pourrait mettre en œuvre une instance pérenne de convergence pour faciliter la concordance des droits et faire des territoires transfrontaliers des laboratoires de la convergence européenne

Création d'une instance de convergence règlementaire fondée sur une action interparlementaire concertée pour :

- **une transposition plus souvent identique de part et d'autre de la frontière franco-allemande des directives européennes** : il s'agirait pour tout ou partie des directives européennes, et en particulier pour les directives relevant du domaine économique et social, d'identifier les différences de transposition française et allemande pour, peu à peu, viser une transposition identique et concertée. Les divergences de transposition deviendraient l'exception (issue de la volonté des parlements et exécutifs français et allemands) à une règle de convergence préétablie.

“ Transposer de façon identique, par défaut et plus par accident.”

Cette approche a été évoquée lors de la première réunion de travail entre les dix-huit députés désignés pour travailler à la renégociation du Traité de l'Élysée. Elle emporte une adhésion certaine. Elle amènerait à terme les exécutifs à se consulter pour mettre en œuvre cette transposition identique par défaut.

- **réduire le « stock » des dissonances** : en se focalisant sur les priorités (environnement règlementaire des entreprises, normes sociales, etc.) et ainsi s'attaquer aux écarts pénalisants des deux droits.

Cette convergence participerait à la réduction des dissonances législatives, faciliterait la création d'un socle plus fort de convergences et, bénéficierait ainsi aux zones frontalières franco-allemandes au fil du temps.

“ Une nouvelle relation interparlementaire franco-allemande, mobilisée pour une nouvelle cible de convergence.”

Cette action interparlementaire concertée aurait un double objectif :

“Les territoires transfrontaliers, fers de lance de la convergence.”

- Au-delà d'une même transposition par défaut des directives européennes, les éventuelles transcriptions nationales différentes seraient votées en pleine conscience alors qu'aujourd'hui il n'y a aucune concertation à ce sujet.
- Établir des cibles de convergence autres que celles de la transposition des directives européennes pour rapprocher les deux droits.

Une telle approche permettrait :

- Un flux de transpositions des directives européennes majoritairement identiques entre la France et l'Allemagne.
- Des propositions de loi appelées « Propositions de loi de Convergence » qui opéreraient des rapprochements entre les deux droits nationaux ou qui adapteraient leurs droits pour résoudre leurs effets dissonants.
- De facto, cette approche franco-allemande reviendrait à définir peu à peu une nouvelle cible européenne de convergence.

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

La France et l'Allemagne considèrent que la convergence de leur droit est un objectif sur lequel il est important de progresser, parce qu'ensemble nos pays pourront ainsi contribuer à une nouvelle cible de convergence européenne, notamment dans le domaine de l'environnement réglementaire des entreprises, dans le domaine social et fiscal et dans le domaine des transitions énergétiques et environnementales.

La zone frontalière (avec notamment les eurodistricts, les Projets d'Intérêt Transfrontalier et les EPCI transfrontaliers) est une zone d'expérimentation qui peut préfigurer cette convergence.





Proposition 6

Strasbourg, capitale des citoyens européens, fer de lance de la citoyenneté pour les territoires transfrontaliers

Parce qu'elle est le siège des institutions européennes, Strasbourg pourra incarner le fait européen dans l'esprit des frontaliers

Il est probable qu'aucune ville au monde ne concentre autant d'institutions qui incarnent à ce point la place du citoyen au cœur de la démocratie : le Parlement européen, le Conseil de l'Europe bien sûr, mais aussi la Cour européenne des droits de l'Homme ou bien encore le Centre européen de la jeunesse.

“ Strasbourg, école de la démocratie européenne pour tous nos jeunes des territoires frontaliers ”

Chaque jeune français et allemand de la zone frontalière doit pouvoir, au moins une fois dans sa scolarité, **vivre l'expérience de « jeune député »** au sein d'une enceinte institutionnelle de Strasbourg (Parlement européen ou Conseil de l'Europe) qui incarne le projet européen et la place particulière du couple franco-allemand dans ce projet via l'organisation d'une simulation d'un débat simplifié avec des « homologues » de l'autre nationalité. Ce concept du « député d'un jour » constituerait une illustration supplémentaire de Strasbourg comme incarnant une ville au centre du développement transfrontalier.

La participation de tous les collégiens et lycéens à ces simulations contribuerait largement à une



meilleure compréhension du fait européen et renforcerait le sentiment d'appartenance à ces institutions. Le Parlement européen ou l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe sont les deux instances qui pourraient ouvrir leur porte à cette initiative, qui prendrait tout son sens dès lors qu'elle serait systématique et intégrée dans un projet pédagogique avec les enseignants.

De même, **les initiatives réunissant des jeunes frontaliers français et allemands, et qui visent à valoriser l'engagement citoyen (service civiques, initiatives associatives, etc.) seraient encouragées.** Cette logique a été expérimentée avec succès par l'eurodistrict Strasbourg Ortenau et il semble essentiel de la déployer dans toute la zone frontalière.

Proposition pour le volet transfrontalier du Traité de l'Élysée :

La France et l'Allemagne soulignent leur attachement aux projets culturels communs et au développement d'une citoyenneté commune.

La France et l'Allemagne reconnaissent le rôle symbolique de Strasbourg, siège du Parlement européen, dans l'amitié franco-allemande. Tout jeune qui effectue sa scolarité dans la zone frontalière doit pouvoir, au cours de sa scolarité, vivre une expérience de « simulation de débat européen » avec ses homologues d'outre-Rhin, au sein d'une institution européenne.

Les initiatives transfrontalières de service civique et de missions d'engagement citoyen communes seront encouragées, avec pour préoccupation qu'elles bénéficient au plus grand nombre.



3 éclairages sur les sujets transverses

Concernant la différenciation des territoires transfrontaliers

Les territoires transfrontaliers constituent, par leur positionnement géographique et le principe européen de libre circulation des personnes, des biens et des services, des zones à forts enjeux de développement économique, d'aménagement du territoire et d'échanges culturels. De plus, les zones frontalières sont confrontées aux dissonances des deux droits français et allemand qui impactent à la fois les citoyens dans leur vie quotidienne et à la fois les projets qu'ils veulent réaliser. De ce fait, **le besoin d'une différenciation de ces territoires au regard des normes nationales est nécessaire et conditionne leur futur développement, tout particulièrement dans le cadre de la construction européenne.**

Des différenciations seraient mises en œuvre dans trois cas :

- Pour le territoire des eurodistricts qui sont des bassins de vie et qui correspondent à une échelle cohérente pour résoudre les effets de dissonances entre les deux droits français et allemands ; Les différenciations porteraient notamment sur les « irritants » vu du citoyen tels que :
 - Les équivalences et prérequis pour exercer les métiers de l'artisanat.
 - Les autorisations préalables d'accès aux soins transfrontaliers.
 - Les réglementations relatives à la participation aux compétitions sportives.
 - Les obligations pesant sur l'emploi de travailleurs détachés.
 - L'équivalence des réglementations environnementales du quotidien (exemple des vignettes voiture qui ne sont pas les mêmes entre Strasbourg et Kehl).
 - La reconnaissance des diplômes issus de formations professionnelles.
 - Les règles bancaires notamment dans le cadre de l'utilisation d'un même compte ou d'accès à des produits financiers.
 - Une harmonisation des tarifs des services d'intérêt général (prix identique pour les abonnements de trains de part et d'autre de la frontière, adaptation des frais postaux pour les envois transfrontaliers de proximité...).
 - L'accès à l'information (adaptation de la loi Toubon du 4 août 1994 dans la zone frontalière, diffusion des chaînes publiques, blocage de sites internet à la frontière...).
 - La reconnaissance des droits sociaux acquis.
- Pour les Projets d'Intérêt Transfrontalier (PIT) qui seraient des projets reconnus comme prioritaires en matière de développement transfrontalier et feraient l'objet de dispositions spécifiques afin de permettre leur réalisation. **Les Projets d'Intérêt Transfrontalier permettraient la réalisation de projets d'infrastructures ou universitaires ou de zones d'activités à statut particulier ciblées sur des stratégies économiques qui auraient été identifiées par les EPCI transfrontaliers à l'image d'un Strasbourg-Haguenau-Karlsruhe.** La validation des dispositions spécifiques à ces Projets, par exemple pour une harmonisation fiscale, passerait par la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) et le Ministère de l'économie et des finances.

- Pour les EPCI transfrontaliers à fiscalité propre qui seraient de deux sortes :
 - Des EPCI transfrontaliers de proximité à fiscalité propre créés pour les territoires ayant une continuité urbaine incarnant une coopération transfrontalière du quotidien pour les citoyens.
 - Des EPCI à compétences exclusives à fiscalité propre auraient *a minima* quatre compétences exclusives liées aux Schémas de Développement Transfrontaliers (développement économique, développement du territoire, innovation et recherche, transition énergétique et politiques environnementales).

Pour ces EPCI transfrontaliers à fiscalité propre, les adaptations seraient principalement d'ordre organisationnelles (statut, règles comptables, pouvoir de l'exécutif...) pour leur permettre d'exercer leurs compétences sur un territoire transfrontalier. Comme l'a souligné le Conseil d'État dans son avis N° 393651 du 7 décembre 2017, le législateur peut régler de façon spécifique des situations différentes pour des motifs d'intérêt général. Cet avis a rappelé la décision N°91-291 du Conseil constitutionnel du 6 mai 1991 : le principe constitutionnel d'égalité applicables aux collectivités territoriales « ne s'oppose ni à ce que le législateur règle de façon différente des situations différentes, ni à ce qu'il déroge à l'égalité pour des raisons d'intérêt général pourvu que, dans l'un et l'autre cas, la différence de traitement qui en résulte soit en rapport avec l'objet de la loi qui l'établit... ». **Ce droit à la différenciation serait encore renforcé avec la réforme constitutionnelle prévue par le gouvernement qui introduirait de façon explicite le droit à la différenciation.**

La différenciation qui pourrait s'exercer dans le domaine du transfrontalier serait introduite selon quatre modalités différentes ; la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) évaluera la solution juridique la plus adaptée :

- Première solution : des échanges et conventionnements entre différents acteurs (autorités déconcentrées ou décentralisées, autorités administratives indépendantes, divers organismes, etc.) ;
- Deuxième solution : Des adaptations réglementaires, instruites par le préfet transfrontalier. Ce préfet pourrait ainsi disposer de compétences étendues mais surtout instruire des propositions d'évolutions réglementaires qu'il proposerait aux différents ministères concernés ;
- Troisième solution : des propositions de lois de convergence ou d'équivalence selon les sujets qui seraient travaillés notamment par les trois députés de la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) et dont les effets seraient ciblés soit sur un territoire géographique soit sur un Projet d'Intérêt Transfrontalier. Ces différenciations devront être fondées sur un critère objectif, raisonnable et pertinent au regard du but légitime poursuivi. Le législateur, en poursuivant un objectif d'intérêt général par exemple en matière du développement économique ou d'une amélioration du quotidien des citoyens vivants dans une zone transfrontalière, pourrait ainsi réaliser une adaptation du droit positif sans contrevenir au principe constitutionnel d'égalité.
- Quatrième solution : des décisions bilatérales s'appuyant sur le traité de l'Élysée qui identifierait des domaines précis de convergence ou d'équivalence et autoriserait les gouvernements français et allemand (ou Länder frontaliers du fait de la structure fédérale).

Dans tous les cas c'est bien la Commission Franco-Allemande de Stratégie Transfrontalière (comFAST) qui serait l'outil d'intelligence collective au plus proche des territoires et des projets pour analyser les priorités, choisir les solutions les plus adaptées et assurer le suivi de leur mise en œuvre. Elle s'imposerait comme le centre névralgique d'un réseau de compétences avec notamment la Mission opérationnelle transfrontalière (MOT), les agences d'urbanisme, les eurodistricts, les services compétents des collectivités, et l'Euro-institut.

2 Concernant la nouvelle collectivité Alsace

Les propositions de ce rapport peuvent être mises en œuvre indépendamment du projet relatif à une collectivité Alsace. Plusieurs enjeux de mise en œuvre de la coopération franco-allemande sont pour autant liés au projet de la collectivité « Nouvelle Alsace » au sein de la région Grand Est, projet qui fait actuellement l'objet de la rédaction d'un rapport par le préfet de la région Grand Est. Une telle collectivité impliquerait une organisation territoriale *ad hoc* et serait à même de répondre aux aspirations des alsaciens à la reconnaissance de leur territoire, de leur histoire particulière au sein de la République française et au cœur de l'Europe tout en pérennisant et renforçant des dynamiques propres à l'échelle du Rhin supérieur. Résultat de la fusion des deux départements, cette collectivité, au-delà des compétences actuelles des départements, pourrait jouer un rôle de proximité dans plusieurs domaines :

- Avec **le transfert de la compétence de l'enseignement de la langue allemande au travers notamment de la « Stratégie langue du voisin »**. Cette responsabilité pourrait s'appliquer également en matière d'enseignement et de redynamisation du dialecte alsacien. L'Office de la Langue et de la Culture Régionale (OLCA) serait ainsi transféré de la Région à la nouvelle collectivité d'Alsace.
- Avec **le transfert des infrastructures autoroutières non concédées**, en particulier l'A35, permettant d'expérimenter des solutions nouvelles pour éviter le report de trafic autoroutier allemand induit par la LKW Maut et bientôt accru par la vignette autoroutière allemande envisagée en cours d'année 2018 ;
- Sur la question de l'attractivité qui est un sujet majeur dans le cadre des relations transfrontalières, la nouvelle collectivité Alsace pourrait être **la collectivité pilote du marketing territorial et de l'attractivité de son territoire**, tant du point de vue économique que touristique. Elle serait en charge du rayonnement de l'Alsace et de la valorisation de la marque « Alsace », notamment par la possibilité pour les fédérations sportives et associatives de pouvoir conserver un périmètre alsacien. Ces évolutions impliqueraient *de facto* le transfert de l'Agence d'attractivité d'Alsace à cette collectivité. Cette collectivité pourrait alors faire partie des partenaires de la mise en œuvre d'une stratégie d'attractivité économique notamment dans la réflexion autour de l'accès à l'emploi transfrontalier pour attirer les petites et moyennes entreprises transfrontalières et simplifier l'activité commerciale.
- **Via un partenariat spécifique entre la Région Grand Est d'une part et avec les agglomérations et les futurs EPCI transfrontaliers d'autre part**, la collectivité Alsace bénéficierait, dans le cadre du SDREIL, de la mise en œuvre territorialisée d'un Pacte offensive croissance emploi (POCE). Cette démarche pourrait concerner tous les aspects impactant l'emploi : formation, orientation, actions de développement, aides aux entreprises, transports, etc avec un angle tout particulier sur les aspects transfrontaliers.
- Les enjeux de la coopération transfrontalière franco-allemande relèvent aussi d'une dimension symbolique et **la nouvelle collectivité d'Alsace pourrait être la gardienne de la politique mémorielle spécifique à l'histoire du territoire**. Elle aurait la responsabilité de toute initiative en la matière notamment en lien avec les collectivités allemandes.
- Enfin dans le cadre d'une résorption des effets des dissonances des deux droits français et allemands et afin de disposer d'un interlocuteur unique, **la nouvelle collectivité d'Alsace pourrait se voir transférer le suivi et le pilotage des instances de préservation du droit local Alsace Moselle ainsi que le financement de l'Institut du droit local**.

Ce scénario ne nécessite pas de création de collectivité à statut particulier, puisque dans tous les cas, il semble que le principe de différenciation prévu dans la réforme constitutionnelle puisse constituer une base juridique suffisante. La fusion des départements du Haut-Rhin et du Bas-Rhin, le transfert des compétences pour l'enseignement de l'allemand complémentaire des politiques jeunesse et du dialecte, le transfert de la gestion d'infrastructures routières non concédées (A35), les accords avec la région Grand Est sur le développement économique avec un rôle d'action économique de proximité notamment sur le transfrontalier et la gestion du marketing territorial seraient autant d'enjeux pour une « nouvelle Alsace ». Sa proximité avec les enjeux de la vie quotidienne des citoyens en ferait une collectivité pertinente pour contribuer de façon significative au renouveau du transfrontalier, probablement plus que les départements dans leur forme actuelle.

En revanche, si une nouvelle collectivité Alsace pourrait contribuer au Schéma de Développement Transfrontalier, **la compétence de développement économique et la stratégie transfrontalière en la matière serait pleinement pilotée par la Région Grand Est d'une part et les Länder d'autre part.**

3 Concernant la question des financements

Pour soutenir le développement des Projets d'Intérêt Transfrontalier et la création d'EPCI transfrontaliers, différentes sources de financement seraient mises à contribution :

- **Les fonds européens** : la création des Projets d'Intérêt Transfrontalier faciliterait l'obtention de fonds européens du programme INTERREG qui, pour rappel, auront constitué entre 2014 et 2020 une enveloppe de près de 110 millions d'euros sur les projets initiés sur le territoire du Rhin supérieur. La volonté d'un fort développement de la coopération franco-allemande permettrait de nourrir les négociations de la nouvelle enveloppe pluriannuelle.
- **Les ressources propres des collectivités territoriales** : les EPCI transfrontaliers à fiscalité propre se substituant, en ce qui concerne les compétences qui leurs seraient attribuées, aux EPCI à fiscalité propre existants, bénéficieraient légitimement de leurs propres ressources dans ces domaines. Ces ressources fiscales seraient, pour des raisons constitutionnelles, celles transférées des collectivités territoriales (CFE, CVAE...).
- **Un financement via la Caisse des dépôts et consignations et la Kreditanstalt für Wiederaufbau** : qui ont inscrit la thématique transfrontalière comme l'un des axes prioritaires de leur coopération bilatérale. Pour ces deux institutions financières publiques nationales, il pourrait donc être envisagé un financement spécifique pour un projet ayant un impact sur une zone transfrontalière. Telle est la thématique centrale qui serait à explorer, que ce soit à l'aune de la coopération de ces deux institutions avec la Banque européenne d'investissement, notamment pour le déploiement du plan Juncker; que ce soit à l'appui des instruments financiers créés conjointement (le fonds paneuropéen « Marguerite » par exemple) ou en cours de création (comme le fonds européen pour le financement des infrastructures numériques passives), ou bien qu'il s'agisse de proposer de nouveaux instruments spécifiques (fonds d'investissement dédiés aux projets transfrontaliers).
- **La création d'un fonds d'infrastructure franco-allemand** : un tel fonds destiné uniquement à l'intensification des liaisons existantes et à la construction de liaisons ferroviaires supplémentaires (pour limiter le coût environnemental) serait un levier indéniable dans le développement de la coopération transfrontalière franco-allemande. Ce fonds serait abondé par des ressources levées de manière conjointe sur le trafic routier dans les régions frontalières.

Bericht an den Premierminister und an die Ministerin für Europäische Angelegenheiten

Die deutsch-französischen grenzüberschreitenden Beziehungen: 6 Vorschläge für eine erfolgreiche Aufstellung im Herzen Europas

Die deutsch-französischen grenzüberschreitenden Beziehungen befinden sich heute aus drei Gründen in einer entscheidenden Etappe ihrer Geschichte und bedürfen daher richtungweisender Entscheidungen. Zum einen bekräftigen der Präsident der Republik und die Bundeskanzlerin **mehr denn je die Bedeutung des deutsch-französischen Motors bei der Neuankurbelung des europäischen Projekts**. Zu einem Zeitpunkt, da Europa zweifelt und Frankreich wieder voll und ganz seine Rolle auf der europäischen Bühne wahrnimmt, sind die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern von entscheidender Bedeutung; **die Erneuerung der deutsch-französischen grenzüberschreitenden Beziehungen sollte ein fester Bestandteil dieser Dynamik sein** und könnte ihr durch die weitere Annäherung unserer beiden Nationen einen signifikanten Impuls geben.

Zum anderen **können im Zusammenhang mit der Neuverhandlung des Élysée-Vertrags zukunftsweisende Perspektiven aufgezeigt werden**. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale besiegelten mit ihrer gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2018 ihren Willen, die binationalen interparlamentarischen Beziehungen zu erneuern und nach einer stärkeren Konvergenz auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu streben. Eine solche Neuausrichtung ermöglicht kurze Wege zwischen den Akteuren, um endlich weiter voranzukommen und die deutsch-französischen grenzüberschreitenden Beziehungen im Sinne eben dieser **Logik der Konvergenz** und der Annäherung auszugestalten.

Schließlich gewährt die Verfassungsreform mit dem **Prinzip der Differenzierung** den Gebietskörperschaften mehr Freiräume und eröffnet damit **neue Möglichkeiten für echte Innovationen zum Nutzen der grenzüberschreitenden Räume**.

Angesichts der Konvergenz dieser drei Entwicklungen kommt uns die historische Verantwortung zu, neue Wege zu beschreiten und uns Herausforderungen zu stellen, deren Tragweite weit über den unmittelbaren lokalen Nutzen hinausgeht.

Dieser lokale Nutzen ist im Übrigen gewichtig: Annäherung an den deutschen Nachbarn; Verringerung der Arbeitslosigkeit, die dies- und jenseits der Grenze ein Gefälle von 5 Prozentpunkten aufweist; Ausräumen der „Reibungen“ im Alltagsleben der Bürger; bessere Verkehrsanbindung; Innovation und erneute Positionierung des Gebietes als Speerspitze Europas, Entwickeln von Projekten mit Wertschöpfung zur Förderung der lokalen Beschäftigung.

Zur Erreichung dieses Ziels unterbreitet der Bericht sechs zentrale Vorschläge.

Der erste Vorschlag betrifft die Vermittlung der Sprache des Nachbarn

Der Élysée-Vertrag könnte die Notwendigkeit unterstreichen, bei der Entwicklung gegenseitiger Strategien für die Vermittlung der deutschen und französischen Sprache auf eine umfassendere Verankerung im kulturellen Umfeld zu setzen, wobei zwei Prioritäten verfolgt werden sollten: **Jugend und Beschäftigungsförderung**. Durch **funktionierende Schulpartnerschaften unter Ausnutzung der Digitaltechnik** würde die **Vermittlung der Sprache des Nachbarn an Realitätsnähe gewinnen**.

Für die französische Seite empfiehlt der Bericht die **Übertragung der allgemeinen Zuständigkeit für die Vermittlung der deutschen Sprache an die drei grenznahen Departments**, denn der Spracherwerb ist von strategischer Bedeutung. In Zusammenarbeit mit der Éducation nationale (frz. Bildungsministerium) würden diese Gebietskörperschaften eine auf dem Muttersprachler-Prinzip basierende Strategie erarbeiten und den Spracherwerb in ihre Jugendpolitik integrieren. Durch die Entwicklung von „400-Wörter“-Sprachmodulen (Niveaustufe A1) für den Zugang zum Arbeitsmarkt soll allen Jugendlichen eine Teilhabe an der grenzüberschreitenden Dynamik ermöglicht werden.

2 Der zweite Vorschlag betrifft die Schaffung eines rechtsverbindlichen „Grenzüberschreitenden Entwicklungsplans“, der gemeinsam von den Bundesländern, der Region Grand Est und den nationalen Ebenen unterzeichnet wird.

Dieser Plan sollte die gemeinsamen Visionen und Prioritäten für die grenzüberschreitende Entwicklung auf den Gebieten **Wirtschaftsförderung, Berufsausbildung, Innovation und Forschung** (in Verbindung mit den Hochschulen), **digitale und physische Verkehrsinfrastrukturen und Energiewende und Umwelt** enthalten.

In diesem Plan sollten **Projekte von grenzüberschreitendem Interesse** ausgewiesen werden, deren Bedeutung für die grenzüberschreitende Entwicklung als vorrangig eingestuft wird.

Dabei könnte es sich insbesondere um **Verkehrsinfrastrukturvorhaben**, für **prioritäre Sektoren** ausgelegte und daher mit **Sonderstatus versehene Gewerbegebiete**, Universitätsprojekte in Verbindung mit Innovationsstrategien für das Gebiet, Großprojekte wie bspw. Fessenheim u. a. handeln. Diese Projekte von grenzüberschreitendem Interesse wären somit **rechtlich in den Grenzüberschreitenden Entwicklungsplänen verankert** und könnten durch Sonderbestimmungen geregelt und mit europäischen Mitteln finanziert werden, da sie aus einer innovativen und zukunftsweisenden Abstimmung auf der grenzüberschreitenden Ebene hervorgehen.

Im Verkehrsbereich würde der **Grenzüberschreitende Entwicklungsplan Projekte** von nationalem Interesse identifizieren, deren Verkehrsträger sich zur Durchführung der grenzüberschreitenden Projekte zusammenschließen. Die Eurodistrikte könnten aufgrund ihrer Expertise und ihrer Schnittstellenfunktion Hauptakteure bei dieser grenzüberschreitenden Verknüpfung von Verkehrsinfrastrukturen sein.

Schließlich sollte der Grenzüberschreitende Entwicklungsplan mit Akteuren aus der Wirtschaft und den Hochschulen (nach dem Vorbild des Programms für wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und Internationalisierung der Region Grand Est) erarbeitet werden und insbesondere Informationen und Daten enthalten, die für die Steuerung der grenzüberschreitenden Beziehungen (grenzüberschreitende Open Data) und der Synergien zwischen den Clustern erforderlich sind.

3 Der dritte Vorschlag zielt auf eine echte Neuerung im Bereich der grenzüberschreitenden Verwaltungskooperation ab. Der Élysée-Vertrag könnte eine entscheidende Etappe nehmen und drei für die grenzüberschreitenden Beziehungen wesentliche territoriale Innovationen festschreiben: das Prinzip der territorialen Differenzierung für die Eurodistrikte, grenzüberschreitende interkommunale Verbände und neue grenzüberschreitende Kooperationen zur Bewältigung der künftigen wirtschaftlichen Aufgaben.

Zum einen stellen die Eurodistrikte aufgrund ihrer Lebensraumbezogenheit die geeignete Gebietskulisse dar, um die Dissonanzen zwischen dem französischen und deutschen Rechtssystem auszuräumen, denn diese Unterschiede werden von den Bürgern im Alltag als „Reibungen“ wahrgenommen. Die Eurodistrikte könnten das Prinzip der Differenzierung in einem konkreten, organisierten Rahmen (s. 4. Vorschlag) wirksam aufgreifen und spezifische Lösungen für ihr Gebiet umsetzen (Verträge, Regularien, Gesetze, binationale Verträge).

Dank ihrer Expertise könnten sie Projekte von grenzüberschreitendem Interesse von der Entstehung bis zur Umsetzung steuern.

Die Eurodistrikte würden eine zentrale Rolle beim grenzüberschreitenden Verkehr und beim Zugang zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt spielen. Sie würden ihre Expertise vernetzen, um eine höchstmögliche Effizienz unter Vermeidung von Dopplungen zu erreichen.

In jedem Fall sollte der Élysée-Vertrag auf **eine neue Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 in französisches Recht hinwirken, die den EVTZ die Ausübung ausschließlicher Zuständigkeiten anstelle der Mitgliedskommunen und -körperschaften einräumen würde.** Diese Entwicklung würde sowohl den Eurodistrikten als auch innovativen grenzüberschreitenden Kooperationsformen neue Perspektiven eröffnen.

- **Zum anderen könnten Frankreich und Deutschland die Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitenden interkommunalen Verbände mit ausschließlichen Zuständigkeiten und eigenen Steuereinnahmen für Gebiete mit stadträumlicher Kontinuität definieren.** Die Zuständigkeiten dieser Verbände entsprächen denen der heutigen interkommunalen Kooperationen mit eigenen Steuereinnahmen: Raumordnung, Abfallwirtschaft, Umwelt (Luftreinhaltung, Wasserläufe usw.), Kultureinrichtungen usw. In Frankreich würden sie die genannten Zuständigkeiten voll und ganz von den heutigen interkommunalen Verbänden (EPCI) übernehmen und mit ihren deutschen „Entsprechungen“ „fusionieren“.

Dabei handelt es sich um innovative Vorschläge **mit wirklich neuem politischem Mehrwert:** Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Mandatsträger im Laufe der Jahre und der Wahlkampagnen diese Ideen aufgreifen, und die Bürger werden entscheiden können, ob sie bereit sind, die Zusammenarbeit mit den Städten auf der anderen Rheinseite signifikant auszubauen, ohne dabei auf den von ihnen geschätzten Bürgermeister verzichten zu müssen.

- **Grenzüberschreitende Verbände mit ausschließlichen Zuständigkeiten zur Bewältigung der künftigen wirtschaftlichen Herausforderungen in Ballungsräumen/Metropolen.** Sie sollten über mindestens vier Kompetenzen verfügen: Wirtschaftsförderung (mit Schwerpunkt auf den Berufen von morgen), Forschung und Innovation, digitale und physische Verkehrsinfrastrukturen sowie Energiewende und Umwelt.

Solche grenzüberschreitenden Verbände könnten Synergien um ehrgeizige, auf die Wirtschaft von morgen ausgerichtete Projekte zusammenführen (z. B. Biotechnologie und Industrie der Zukunft, die Digitalentwicklung und Industrie miteinander verbinden).

Die Zuständigkeiten würden gebündelt und von den heutigen Verwaltungskooperationen (EPCI) übernommen.

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg wäre die Beteiligung der Akteure aus Wirtschaft sowie Lehre und Forschung in den höchsten Entscheidungsebenen dieser EVTZ (z. B. in einem Strategiebeirat für Innovation und Entwicklung). Diese neuartige, enge Kooperationsform wäre der geeignete Rahmen für die Entwicklung proaktiver Strategien und die Umsetzung ehrgeiziger Projekte im Dienste der Innovation und der Förderung der Wirtschaft von morgen.

Auch eine neue Achse Straßburg / Karlsruhe wäre geeignet, einer solchen Strategie und gemeinsamen Projekten Gestalt zu verleihen und sie als europäische Leader in ihren jeweiligen Sektoren aufzustellen.

4 Der vierte Vorschlag zielt auf die Schaffung effizienter Rahmenbedingungen und wirksamer Instrumente ab, die der Komplexität der grenzüberschreitenden Beziehungen gerecht werden: Der Élysée-Vertrag könnte eine „Grenzüberschreitende Task Force“ zur Beschleunigung der grenzüberschreitenden Entwicklung einrichten.

Dieser Task Force würden angehören: **ein grenzüberschreitender Präfekt** (Präfekt der Region Grand Est für diese Mission oder ein diesem unterstellter grenzüberschreitender Präfekt), **ein grenzüberschreitender Botschafter** (diplomatische Trägerschaft und Verbindung zum deutsch-französischen Gipfel), **drei der neun Abgeordneten der deutsch-französischen interparlamentarischen Gruppe** und eine deutsche Spiegelorganisation, **der Präsident der Region Grand Est und Vertreter der Exekutivorgane der großen Gebietskörperschaften** (je nach den behandelten Themen).

Eine solche Task Force hätte auf der lokalen, projektbezogenen Ebene eine Koordinierungsfunktion zwischen den Behörden des (dezentrierten) Staates, der diplomatischen Autorität des Außenministeriums und der gesetzgeberischen Initiative.

Sie hätte vier Aufgaben:

- **Monitoring der von den Bürgern wahrgenommenen „Reibungen“**, um die Auswirkungen der Dissonanzen zwischen den beiden Rechtssystemen zu überwinden durch Umsetzung eines priorisierten Maßnahmenplans und ggf. spezifische Anpassungen der Regularien für die Eurodistrikte
- **Begleitung von Projekten grenzüberschreitender Tragweite**, um ihnen die besten Umsetzungsbedingungen zu garantieren
- **Begleitung der Einrichtung** grenzüberschreitender interkommunaler Verbände
- **Vorbereitung der Konvergenz- bzw. Äquivalenzentscheidungen** der französischen und deutschen Regierung auf der Grundlage des Élysée-Vertrags.

Instrumente:

- **Austausch und Vereinbarungen zwischen verschiedenen Akteuren** (dezentrierte oder dezentralisierte Behörden, unabhängige Behörden, verschiedene andere Einrichtungen)
- **Befugnisse des Präfekten zur Beschleunigung der gesetzlichen Fristen** (als Voraussetzung für Flexibilität, Reaktionsvermögen und Erfolg von grenzüberschreitenden Projekten) für die Anwendung eines der beiden Rechtssysteme (wie bei der künftigen European Cross Border and Cooperation – ECBC) und den Erlass spezifischer Vorschriften für die Eurodistrikte (Vereinbarungen, Sonderabkommen usw.)
- **Vorschläge für Konvergenz- oder Äquivalenzgesetze** im Einklang mit den Themen, die von der Task Force bearbeitet und von den drei Abgeordneten der Neunergruppe angeregt werden
- **die Abkommen zwischen der französischen und deutschen Regierung** auf Grundlage des Élysée-Vertrags und der darin herausgestellten Konvergenz- bzw. Äquivalenzbereiche

An der Schnittstelle des grenzüberschreitenden Kompetenznetzwerks identifiziert die Task Force die optimalen Lösungen für eine auf das Territorium und die Umsetzung der Projekte zugeschnittene Vorgehensweise. Sie bildet den Mittelpunkt eines Netzwerks von Experten, die an den grenzüberschreitenden Entwicklungsvorhaben mitarbeiten (Eurodistrikte, Euro-Institut, Gebietskörperschaften, Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz u.a.)

5 Der fünfte Vorschlag betrifft die interparlamentarischen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf der grenzüberschreitenden Ebene: Der Élysée-Vertrag könnte eine dauerhafte Instanz zur Förderung der Konvergenz bzw. Äquivalenz zwischen den französischen und deutschen Rechtsmodellen schaffen: Damit würden die grenzüberschreitenden Beziehungen zu einem europäischen Labor für Konvergenz und Äquivalenz.

Einrichtung eines dauerhaften interparlamentarischen Gremiums mit neun deutschen und neun französischen Abgeordneten im Rahmen des Élysée-Vertrags mit folgenden Zielsetzungen:

- bei der Umsetzung neuer Richtlinien, vor allem der wichtigsten unter ihnen: **generell identische Umsetzung** (unterschiedliche Umsetzung als Ausnahmefall, wenn keine identische Umsetzung möglich),
- beim bestehenden Recht: Hinarbeiten auf die Annäherung der Bestimmungen und Gesetze mit Festlegung eines **gemeinsamen Konvergenzziels** (in den prioritären Bereichen: Wirtschaftsregularien, sozial- und steuerrechtlicher Sockel)
- Im Geiste der Gründerväter könnten Frankreich und Deutschland mit mehreren Ländern gemeinsame Konvergenzziele für die Wirtschaftsregularien sowie die arbeits- und sozialrechtlichen Grundlagen definieren. Die Umsetzung dieser Ziele kann dann einvernehmlich parallel erfolgen.
- So könnte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Eurodistrikte und der grenzüberschreitenden Körperschaften zur Speerspitze für das Erproben **einer stärkeren Konvergenz in Richtung des neuen gemeinsamen Ziels** werden.

6 Der sechste Vorschlag betrifft Straßburg und seine europäische Verankerung. Straßburg sollte sich noch mehr als europäische Bürgerhauptstadt und Verkörperung der europäischen Bürgerschaft im grenzüberschreitenden Raum positionieren.

Es ist von essenzieller Bedeutung, dass insbesondere die jungen Menschen im grenzüberschreitenden Raum erkennen, welche eine Chance es ist, im Einzugsbereich der europäischen Bürgerhauptstadt zu leben. Um dies zu befördern wird vorgeschlagen, **dass jeder junge Deutsche und jeder junge Franzose aus dem grenznahen Raum wenigstens einmal in seiner Schulzeit gemeinsam mit „Kollegen“ aus dem anderen Land an der Simulation einer Debatte im Europäischen Parlament oder im Europarat teilnimmt und die Erfahrung macht**, einen Tag lang als „junger Abgeordneter“ in Straßburg Europa zu erleben.



Annexes

P.45

Annexe n°1 : Diagnostic

État des lieux et diagnostic de l'espace transfrontalier franco-allemand.

P.51

Annexe n°2 : Liste des personnes et organismes auditionnés

De multiples auditions ont contribué à l'élaboration de ce rapport

P.53

Annexe n°3 : Les contributions citoyennes

34 contributions citoyennes mettent en lumière les quatre axes du développement transfrontalier vu du citoyen

Annexe I : le diagnostic

Le territoire transfrontalier franco-allemand est l'un des plus riches d'Europe

Une répartition inégale des richesses

La frontière franco-allemande est un lieu d'échanges intensifs, essentiel pour l'économie européenne. Le seul territoire du Rhin supérieur (Alsace, Suisse du Nord-Ouest, Sud du Palatinat et une partie du Pays de Bade), réunit ainsi six millions d'habitants et une économie de 200 milliards d'euros¹. Les territoires frontaliers constituent l'une des zones les plus riches de l'Europe occidentale économiquement mais également par la coexistence de nombreuses cultures, langues et populations.

Un passé économique commun lie ces territoires notamment avec d'anciennes zones minières et industrielles ayant entraîné des défis de reconversion similaires. Cependant, il est indéniable que la reconversion du côté allemand a mieux réussi. Comme l'illustre une étude de l'INSEE de 2017² sur les trois Länder frontaliers de la région Grand Est, la richesse du territoire transfrontalier franco-allemand se concentre principalement du côté allemand :

- En 2016, le Land du **Bade-Wurtemberg affichait une croissance de 2,2 % en 2016** (+ 3,1 % en 2015) et était le troisième Länder en termes de produit intérieur brut (477 milliards d'euros, soit 15,2 % du produit intérieur brut allemand) derrière Berlin et la Saxe. Avec 6,14 millions de personnes en emploi en moyenne en 2016 et plus de 64 700 actifs par rapport à 2015, le taux de chômage reste au niveau du plein-emploi à 3,8%. L'activité industrielle représente le tiers du produit intérieur brut bade-wurtembergeois portée par l'industrie pharmaceutique mais avec un recul des secteurs de l'automobile et des machines. La France est le deuxième partenaire commercial de ce Länder.
- En 2016, le Land **Rhénanie-Palatinat a vu, quant à lui, son PIB progresser de 1,5%** (+ 1,4 % en 2015) pour atteindre 139 milliards d'euros, soit 4,5 % du produit intérieur brut national allemand. Là aussi la croissance économique est portée par l'industrie qui a enregistré un chiffre d'affaires global record de 86,7 milliards d'euros en 2016. Le commerce extérieur reste très dynamique avec comme premier partenaire la France. Ce Land compte en moyenne 2 millions d'emplois en 2016 essentiellement dans le tertiaire, la construction et l'industrie et le chômage était de 5,3 % début 2017.
- En 2016, **le Land de la Sarre a une économie moins dynamique** (+ 1,7 % en 2015) avec **un produit intérieur brut qui se stabilise à 35,1 milliards d'euros** ; le ralentissement du secteur industriel en est la cause. Avec 520 500 emplois en moyenne annuelle, le chômage s'élève à 7,2%.

Au total les trois Länder représente un PIB de plus de 651 milliards d'euros (20% du PIB national) pour plus de 16 millions d'habitants (19% de la population nationale). Ce qui équivaut à un PIB par habitant de 40 640 euros. **En comparaison la région Grand Est, bien que de taille similaire** (58 096 km² pour les trois Länder et 57 436 km² pour le Grand Est) **est beaucoup moins peuplée** (5 558 300 habitants en 2016, 8,7% de la population française) et le dynamisme de son activité économique reste faible. **Son produit intérieur brut est de 148,2 milliards d'euros** (6,6% du PIB national) **et de 27 400 euros par habitant**. Il est intéressant de noter qu'elle se positionne comme la première région transfrontalière de France (frontière avec quatre pays différents).

¹ <http://www.rmtmo.eu/fr/region-metropolitaine/le-rhin-superieur.html>

² <http://www.insee.fr/fr/statistiques/2850136?sommaire=2846359#titre-bloc-6>

Fin 2016 la région Grand Est avait un taux de chômage de 9,8% même si début 2018 ce taux avait reflué. Il est à noter que les taux de chômage les plus bas de la région Grand Est se trouvent dans les territoires à proximité immédiate de la frontière : Wissembourg 6,1% (Nord Alsace, bassin d'emploi de Karlsruhe) et Saint Louis 7,8% (Sud Alsace, bassin d'emploi de Bâle).



Les principales villes transfrontalières franco-allemandes

La frontière franco-allemande est polycentrique ; il est donc important de présenter ces centres, dont plusieurs coopèrent déjà entre eux, afin de mieux envisager un renforcement de leurs liens. Le long de la frontière franco-allemande peuvent être identifiées plusieurs villes, du Nord au Sud, qui ont une importance notable dans les relations transfrontalières en fonction de leur aire urbaine :

- **Saarbrücken** avec sa communauté régionale¹ réunit **environ 350 000 habitants**. Le taux de chômage y est plus élevé que dans les grandes villes allemandes frontalières et le nombre d'habitants a décliné ces dernières années. La ville de Saarbrücken abrite la seule université du Land de la Sarre et compte environ 20 000 étudiants.
- **Karlsruhe**, ville arrondissement, est le siège du Tribunal constitutionnel fédéral allemand et est une porte d'entrée vers la France. Karlsruhe, ville-arrondissement, réunit environ **310 000 habitants**. C'est un territoire dynamique avec un taux de chômage très faible (moins de 5%) au sein du Land de Bade-Wurtemberg et avec notamment ses universités (40 000 étudiants) dont notamment l'Institut de technologie de Karlsruhe membre du réseau EUCOR², classé dans les 300 premières universités du

¹ La communauté régionale est dans les autres Länder allemands dénommée arrondissement ou villes arrondissements. Les arrondissements sont à la fois une collectivité avec différentes compétences pouvant varier selon les Länder et une circonscription administrative d'un Land.

² L'EUCOR est un groupement trinational de cinq universités du Rhin supérieur, dans la région frontalière entre l'Allemagne,

monde selon le classement de Shanghai. Karlsruhe est l'un des pôles informatiques leader en Europe. Au niveau infrastructure, Karlsruhe bénéficie de l'aéroport de **la ville arrondissement de Baden-Baden qui compte plus de 50 000 habitants** et est relié au réseau TGV allemand.

- **Haguenau**³, avec sa communauté d'agglomération, compte **95 000 habitants** et dispose d'une économie relativement dynamique avec un secteur industriel important. L'Institut universitaire de technologie qui réunit 500 étudiants est intégré à l'Université de Strasbourg.
- **Strasbourg**⁴, capitale européenne, est une porte d'entrée vers l'Allemagne, Strasbourg avec son Eurométropole, représente une aire urbaine d'**environ 490 000 habitants**. Ce territoire est important de par son poids économique (principalement orienté vers les services, l'industrie et le commerce), culturel (plusieurs centaines de milliers de touristes notamment pour le marché de Noël) et universitaire (plus de 60 000 étudiants dans l'Eurométropole de Strasbourg et l'université de Strasbourg membre de l'EUCOR est classée dans les 150 meilleure du monde selon le classement de Shanghai). En termes d'infrastructures, Strasbourg joue un rôle important dans le commerce du Rhin supérieur notamment avec son port qui est l'un des plus important du Rhin, un réseau ferroviaire développé et de nombreux hôtels et lieux pour des colloques et des manifestations. Enfin la présence de nombreuses institutions européennes est également un levier de développement pour ce territoire.
- **Offenburg** et son arrondissement représentent **420 000 habitants réparti dans 51 communes dont 60 000 à Offenburg et 35 000 à Kehl**. Avec un taux de chômage autour de 3% ce territoire bénéficie d'un fort dynamisme économique tout particulièrement avec un fort tissu de petites et moyennes entreprises et un secteur industriel performant.
- **Colmar** et sa communauté d'agglomération représentent **110 000 habitants**. Son économie principalement orientée vers le tertiaire et le commerce, est stagnante. Il y a eu une diminution notable de l'emploi industriel ces dernières années. Ce territoire conserve son attractivité par son activité touristique, sa disponibilité foncière et la présence d'une main d'œuvre qualifiée. L'Université de Haute Alsace, membre de l'EUCOR, y dispose de plusieurs campus (1 700 étudiants)
- **Fribourg-en-Brisgau**, chef-lieu de la Forêt Noire et ville-arrondissement, compte **230 000 habitants**. Ce territoire bénéficie également d'un dynamisme économique notable avec un taux de chômage relativement faible et 30 000 étudiants avec une université membre de l'EUCOR. Fribourg-en-Brisgau a nettement contribué aux enjeux de développement durable avec l'exploitation de l'énergie solaire. Ce territoire profite également de la proximité de l'EuroAirport Basel-Mulhouse-Fribourg qui est binational (franco-suisse).
- **Mulhouse** et sa communauté d'agglomération réunissent **270 000 habitants** avec une économie en recul tout particulièrement dans le domaine industriel. Ce territoire proche des frontières allemande et suisse comporte une partie de sa population active qui exerce une activité professionnelle transfrontalière. Comme à Colmar, l'Université de Haute Alsace y dispose de plusieurs campus (6 000 étudiants). Ce territoire, à l'image de Fribourg-en-Brisgau, profite de la proximité de l'EuroAirport Basel-Mulhouse-Fribourg.

Ces territoires regroupent ainsi 2,27 millions d'habitants, de nombreuses institutions ayant un rayonnement européen voir mondial, un tissu universitaire très dense (environ 160 000 étudiants) et plusieurs pôles économiques performants liés notamment aux les différents clusters.

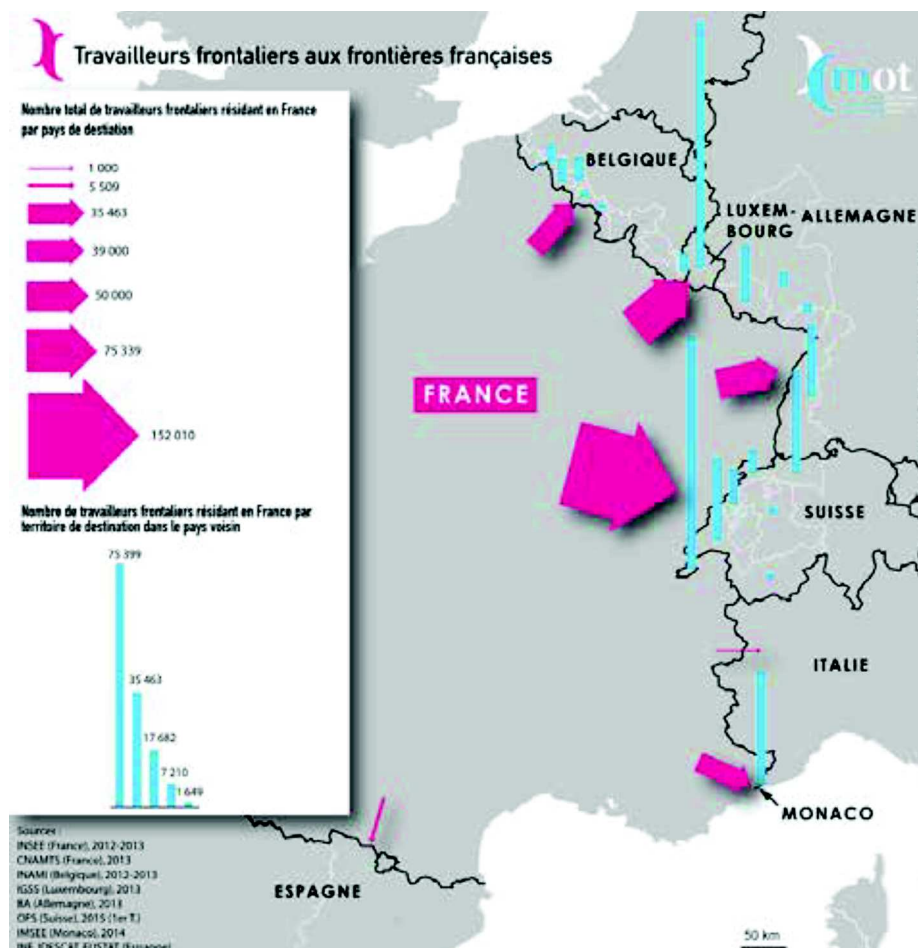
la France et la Suisse. Ses membres sont l'Universität Basel, l'Universität Freiburg, l'Université de Haute-Alsace, l'Université de Strasbourg et le Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

³ <http://www.adira.com/quoi-de-neuf/analyse-economique-des-grandes-intercommunalites-en-alsace-perimetres-2017-.html>

⁴ <http://www.eurooptimist.eu/wp-content/uploads/2017/10/Chiffres-clés-2017.pdf>

Le territoire transfrontalier franco-allemand concentre d'importants flux transfrontaliers

Concernant les flux de personnes, la région Grand Est concentre plus de 150 000 travailleurs transfrontaliers. Si plus de 50 000 français traversent la frontière pour aller travailler en Allemagne (principalement dans l'industrie et le commerce), seulement 4 000 allemands viennent travailler en France.



2 Les instances actuelles de la coopération transfrontalière franco-allemande

La superposition des instances existantes associée à leurs faibles moyens nuit à la coopération transfrontalière franco-allemande

Au niveau étatique

En 2003, est créé le Conseil des Ministres franco-allemand. Cet organe réunit, une ou deux fois par an, les membres du gouvernement français et du gouvernement allemand, dans le cadre de la coopération franco-allemande. Il remplace les sommets franco-allemands qui avaient été institués par le traité de l'Élysée.

Au niveau régional

La région trinationale du Rhin supérieur

Cette région correspond à un ensemble naturel cohérent constitué en son centre par la plaine du Rhin et délimité à l'Est par la forêt noire, à l'ouest par le massif des Vosges et au Sud par le coude du Rhin et le Jura.

Il s'agit également d'une **structure de coopération** qui a vu le jour entre les acteurs de cet espace, avec la création de la Conférence du Rhin supérieur. Elle rassemble le Bas-Rhin et le Haut-Rhin, plusieurs cantons du nord de la Suisse, et les Länder du pays de Bade-Wurtemberg et de Rhénanie Palatinat. Cet assemblage porte le total de sa population à 6 millions d'habitants sur un territoire de 21 500 km². La conférence lie essentiellement les services gouvernementaux et administratifs de ses membres. Elle travaille ainsi à la mise en place de projets de coopérations dans plusieurs domaines comme le transport, les systèmes de secours ou encore l'environnement.

Elle est complétée par deux autres structures. **Le Conseil Rhénan** qui joue le **rôle d'organe politique de la conférence**. En regroupant les exécutifs de ses membres, c'est de lui que partent les impulsions politiques et que se tracent ainsi les lignes directrices de la coopération.

La Conférence du Rhin supérieur a créé **un cadre coordinateur ad hoc au travers la Région métropolitaine trinationale** afin de lancer une nouvelle impulsion aux coopérations transfrontalières. Elle vise ainsi à mettre en place une stratégie commune de développement pour renforcer la dimension et la visibilité du Rhin supérieur en tant que pôle d'attraction européen.

La Grande Région

Cette structure, formée dans le cadre d'un GECT depuis 2013, regroupe une grande région transfrontalière centrée autour du Luxembourg. Ainsi, la Lorraine, la Sarre, la Rhénanie palatinat mais aussi le Luxembourg et la Wallonie en sont membres.

Son action de coopération, essentiellement basée sur les financements INTERREG de l'Union européenne, se concentre surtout sur les échanges transfrontaliers entre le Luxembourg et chaque autre pays.

L'EUCOR

Le Campus européen créé par l'Université de Bâle, l'Université de Fribourg-en-Brisgau, l'Université de Haute-Alsace, l'Université de Strasbourg et l'Institut de technologie de Karlsruhe a pour objectif de mettre en relation ces différents établissements en vue d'une recherche et d'un enseignement supérieur au rayonnement international. L'EUCOR regroupe ainsi 15 000 enseignants chercheurs, 11 000 doctorants et plus de 130 000 étudiants. Les quatre priorités de cette collaboration sont : les sciences et technologies quantiques, la médecine de précision, le développement durable et les humanités. L'EUCOR est un GECT le premier créé entre des établissements d'enseignement supérieur au niveau européen.

Au niveau des eurodistricts

En 2003 sont créés des eurodistricts suite au 40ème anniversaire du Traité de l'Élysée et à la volonté franco-allemande de renforcer la coopération transfrontalière. En 2009, sur les cinq eurodistricts situés au niveau du Rhin supérieur (Region Pamina, Strasbourg-Ortenau, Région Freiburg / Centre et Sud Alsace, Trinationale de Bâle et SaareMoselle), seuls l'eurodistrict Région Freiburg / Centre et Sud Alsace et l'eurodistrict Trinationale de Bâle n'évoluent pas sous la forme d'un Groupement Européen de Coopération territoriale (GECT).

Pour rappel, **le GECT est un outil facilitant la coopération transfrontalière** créé en 2006 par le Parlement européen et le Conseil avec l'appui politique du Comité des régions (règlement (CE) n°1082/2006). Ce statut permet notamment l'organisation de projets relatifs au développement durable, le renforcement de la cohésion économique et sociale et la possibilité de bénéficier de fonds européens. En 2017 il y avait 46 GECT au sein de l'Union européenne.

Concernant les eurodistricts actuels sur la frontière entre l'Allemagne et la France :

- **Eurodistrict Regio Pamina (GETC)** : il regroupe le Palatinat du Sud, le Mittlerer Oberrhein (côté badois) et le Nord Alsace et regroupe une population d'1,6 millions d'habitants.
- **Eurodistrict Strasbourg-Ortenau (GETC)** : il représente côté français l'Eurométropole de Strasbourg élargie à la Communauté de communes du Pays d'Erstein, de Benfeld et environ et du Rhin. Côté allemand c'est tout le Landkreis (arrondissement) d'Ortenau qui y est associé avec pour ville principale Offenbourg. Au total c'est un million d'individus qui est regroupé dans cette structure commune.
- **Eurodistrict Région Fribourg / Centre et Sud Alsace** : Il se compose de la Région Fribourg (les

Landkreis de Breisgau-Hochschwarzwald Emmendingen et la ville de Freiburg), du Pays de la région mulhousienne, du Pays Rhin-Vignoble-Grand Ballon, du Grand Pays de Colmar et du Pays de l'Alsace Centrale et comptabilise plus de 1,2 millions d'habitants (près de 600 000 de part et d'autre du Rhin).

- **Eurodistrict Trinational de Bâle (association)** : du côté suisse les communes du Canton de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne, le Planungsverband Fricktal Regio du canton d'Argovie, la commune de Witterswil du canton de Soleure ; du côté allemand les communes du Landkreis Lörrach ainsi que les villes de Wehr et Bad Säckingen ; du côté français : les trois Communautés de communes du Pays de Saint-Louis et compte plus de 829 000 habitants.
- **Eurodistrict SaareMoselle (GECT)** : Il regroupe un grand espace transfrontalier autour de son centre la métropole de Sarrebruck, capitale du Land de la Sarre. La partie française est constitué de la Moselle.

Les acteurs de la coopération transfrontalière franco-allemande sont ainsi très nombreux. S'ils ont amélioré au fil du temps la coopération depuis leur création, aujourd'hui **leur pertinence a atteint ses limites**. Ils n'ont actuellement **une visibilité que très limitée vu du citoyen et disposent de moyens limités**. De plus, par leur nombre, la responsabilité exécutive de la coopération transfrontalière est diluée entre les différentes collectivités qui les composent. Ce phénomène conduit donc à ce que les acteurs les plus impliqués dans le développement des relations transfrontalières franco-allemande, dont les eurodistricts, ne disposent pas de solutions pour faire aboutir leurs idées. **Le système actuel de coopération transfrontalière ne peut donc mener plus avant l'approfondissement des relations transfrontalières.**



Annexe 2 : les auditions

Liste des personnes et organismes auditionnés

Je tiens à remercier tout particulièrement mon équipe pour le travail que nous avons accompli (Alexandre COLAS, Loïc BRANCHEREAU, Rebecca BREITMAN, Christel KOHLER, Charline ONILLON, Mathieu ZEGGIATO) et, pour leur contribution directe à ce rapport :

- **ALABRUNE François** – Directeur des Affaires juridiques du Ministère des Affaires étrangères.
- **AREND Christophe** – Député de la Moselle – Président du groupe d'amitié France/Allemagne à l'Assemblée nationale
- **ASTUS** - Association des usagers des transports urbains de l'agglomération strasbourgeoise
- **BEAUNE Clément** - Conseiller Europe et G20 à l'Elysée
- **BENNING Sybille** - Députée allemande du Nordrhein Westphalen
- **BIERRY Frédéric** – Président du Conseil Départemental du Bas-Rhin
- **BITZ Olivier** – Adjoint au Maire de Strasbourg en charge des finances, des ressources et de la politique budgétaire.
- **CHAMPAGNE DE LABRIOLLE Jacques** – Ambassadeur pour les commissions intergouvernementales, la coopération et les questions frontalières, pour son implication continue tout au long du projet
- **ERLER Gisela** – Conseillère d'État chargée de la coopération avec la France - Bade Wurtemberg
- **FONTANEL Alain**, Premier adjoint au Maire de Strasbourg
- **FRANCOIS Patrick** - Directeur régional Grand Est de la Caisse des dépôts et de Consignations
- **FROMNTEAU-RENZI Yolande** – Procureur de la République – Strasbourg
- **GHERRA Thierry** – Président du TGI de Strasbourg
- **GRIESBECK Nathalie** - Députée européenne et Présidente de la commission spéciale sur le terrorisme.
- **HARSTER Patrice** - Directeur Général de l'Eurodistrict PAMINA
- **HARZIC Edith** - Sous-Préfète HC - Chargée de mission auprès de l'Ambassadeur à l'action extérieure des collectivités territoriales - Balkans – Coopération transfrontalière - Comité économique de la CNCD Conseillers diplomatiques des préfets de région
- **HECTOR Pascal** - Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne en France.
- **HERMANN Robert** – Président de l'Eurométropole de Strasbourg
- **JUNG Andreas** – Député du Bade-Wurtemberg
- **KELLER Fabienne** – Sénatrice du Bas-Rhin
- **KFW** - Kreditanstalt für Wiederaufbau
- **KLAFKE Anika**, Secrétaire générale de l'Eurodistrict Strasbourg-Ortenau
- **KLINKERT Brigitte** - Présidente du Conseil Départemental du Haut-Rhin
- **LEHMANN Alexis** - Vice-président, conseiller technique de la CCI en charge du transfrontalier
- **Le Groupe préfiguration interministériel** – Le ministère de la Cohésion sociale (représenté par le CGET), le Ministère de l'Intérieur, la MOT, l'Ambassadeur en charge des commissions intergouvernementales et DAECT, pour la rencontre fructueuse lors du comité de pilotage « diplomatie et territoire »
- Les 14 contributions reçues sur le site www.sylvainwaserman.fr
- **LINGNER Gudrun** – Secrétaire générale adjointe et conseillère dans le cabinet de la Ministre.
- **LIPOWSKY Annette** - Directrice de cabinet de Tony VETRANO, Maire de Kehl
- **LOHR Guillaume** - Directeur général de la clinique Rhéna
- **MAJERCSIK Alexandre**, Directeur du service Europe et International à la région Grand Est

- **MANDON Jean-Georges** - Administrateur de la fondation Entente franco-allemande. Ancien diplomate, ancien Consul Général de France à Sarrebruck.
- **MARTIN Olivier** - Directeur de l'agence territoriale de Saverne Haguenau
- **MARX Jean-Luc** - Préfet de la région Grand Est, pour son écoute, sa disponibilité et les réflexions partagées
- **MENTRUP Frank** – Maire de Karlsruhe
- **MERABET Lilla** - Vice-présidente de la Région Grand Est
- **MERIGEAU Martine** - Directrice générale du Centre européen de la Consommation
- **MORO Christine** - Ambassadeur - Déléguée pour l'Action extérieure des Collectivités territoriales, pour son implication continue tout au long du projet
- **Parlement et citoyens** – 20 contributions citoyennes
- **PEYRONY Jean** – Directeur Général de la MOT – Mission Opérationnelle Transfrontalière et ses équipes : **Olivier DENERT, Silvia GOBERT-KECKEIS, Alexandra LAFONT, Petia TZVETANOVA**, pour les nombreuses réunions de travail qui ont significativement contribué à ce rapport.
- **PONS Anne** - Directrice générale de l'ADEUS - Agence de développement et d'urbanisme de l'Agglomération de Strasbourg
- **PRIANON Isabelle** – Directrice générale de l'Eurodistrict Saar-Moselle
- **RAFIK ELMIRINI Nawel** – Adjointe au Maire de Strasbourg en charge des affaires européennes et internationales
- **RAQUIN Cécile** – Directrice adjointe de la DGCL
- **RICHERT Philippe**, pour l'occasion qu'il m'a donné de co-présider le groupe de travail transfrontalier « Alsace 2030 » en 2014
- **RIES Roland** – Maire de Strasbourg
- **ROGER LACAN Cyril** - Directeur général de l'entreprise Tilia
- **ROTTNER Jean** – Président de la région Grand Est
- **SCHERER Frank** - Président de l'Eurodistrict de Strasbourg Ortenau
- **SCHMITT Arsène** - Président du Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers de la Moselle
- **SEIDENDORF Stefan** - Secrétaire Général de la Fondation Entente France-Allemagne
- **SETTON Philippe** – Ministre plénipotentiaire - Directeur de l'Union européenne
- **STALTER Bernard** - Président de la Chambre Nationale des Métiers et de l'Artisanat
- **STIMPFLIN Gilbert** – Président de la CCI Grand Est
- **THILLAYE Sabine**– Députée d'Indre-et- Loire – Présidente de la commission Affaires européennes à l'Assemblée nationale.
- **TONNELIER Guy** – Chef d'entreprise et membre de la CCI Grand Est
- **TRIBOLET Jean-Claude** - Directeur adjoint de la Direction de l'Union européenne - Conseiller des affaires étrangères hc
- **VOIRY Philippe** - Conseiller diplomatique du Préfet Grand Est, pour ses contributions et nos nombreuses réunions de travail communes qui ont été déterminantes pour ce rapport.

Annexe 3 : les contributions

Les contributions citoyennes

Les 34 contributions citoyennes recueillies sur la plateforme Parlements et Citoyens ainsi que sur le site internet www.sylvainwaserman.fr mettent en lumière quatre axes clefs de développement transfrontalier vu du citoyen :

- **La nécessité d'améliorer et de simplifier les procédures administratives transfrontalières**, en particulier en matière d'emploi transfrontalier; notamment dans le domaine fiscal.
- **L'accélération du processus de renforcement des relations transfrontalières**, notamment le lien entre les instances nationales et les volontés locales pour un portage politique plus fort des relations transfrontalières. Il est nécessaire de permettre l'éclosion de projets à l'échelle du citoyen (marathon Kehl/Strasbourg par exemple)
- **La favorisation de l'apprentissage de l'allemand**. Les diverses contributions soulignent fortement la volonté de rapprochements culturels, d'organisation de sorties scolaires dans l'autre pays, de développer le concept des crèches franco-allemandes, des universités transfrontalières et de recevoir les chaînes de radio et télévisions gratuites des deux côtés de la frontière.
- **La connexion des transports locaux des deux pays par un service bien cadencé et à la tarification simplifiée notamment en créant des abonnements transfrontaliers**. Une volonté marquée est exprimée en faveur de la création ou les rallongements de plusieurs lignes de bus ou de trains.

Je remercie sincèrement l'ensemble des personnes qui ont pris de leur temps pour contribuer à l'élaboration de ce rapport et à la réflexion citoyenne, notamment le forum franco-allemand Trans-Pamina et ses 7 associations :

- L'Association des usagers des Transports Urbains de l'agglomération de Strasbourg (ASTUS)
- La Fédération Nationale des Usagers des Transports (FNAUT)
- Fahrgastverband PRO BAHN e.V
- Verkehrsclub Deutschland e.V.
- Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet (BUZO)
- Südpfalz Mobil e.V.
- Landesvereinigung Baden in Europa



Rapport à Monsieur le Premier Ministre Édouard Philippe dans le cadre d'une mission auprès de Madame la Ministre des Affaires Européennes Nathalie Loiseau.

**Transfrontalier Franco-Allemand : 6 propositions
pour innover au coeur de l'Europe.**

Sylvain Waserman, le 7 mai 2018

“La France et l'Allemagne ont un rôle majeur à jouer au coeur du projet européen. Le transfrontalier franco-allemand peut en être le fer de lance.”

*Europa braucht uns,
und wir brauchen Europa.*



GROUPE DE TRAVAIL FRANCO-ALLEMAND



Deutscher Bundestag

Deutsch-Französische Arbeitsgruppe

#1

GEMEINSAMES POSITIONSPAPIER / POSITION COMMUNE

Pour un approfondissement de la coopération transfrontalière entre la France et l'Allemagne

1 Dans la résolution commune du 22 janvier
2 2018, les députés du Bundestag allemand et
3 de l'Assemblée nationale se sont prononcés
4 en faveur de l'élaboration d'un nouveau
5 Traité de l'Élysée. L'approfondissement de
6 la coopération transfrontalière doit, à cette
7 occasion, être au cœur du nouveau traité
8 d'amitié entre l'Allemagne et la France (do-
9 cument du Bundestag n° 19/440).

10
11
12 Le Bundestag allemand et l'Assemblée na-
13 tionale ont mis sur pied un groupe de tra-
14 vail franco-allemand, composé de
15 18 membres : neuf députés du Bundestag
16 allemand et neuf députés de l'Assemblée
17 nationale. Ce groupe de travail franco-alle-
18 mand doit, d'une part, élaborer un Accord

Für eine Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland

In der gemeinsamen Resolution vom 22. Ja-
nuar 2018 haben sich die Abgeordneten des
Deutschen Bundestages und der Assemblée
nationale für die Erarbeitung eines neuen
Elysée-Vertrags ausgesprochen. Die Vertie-
fung der grenzüberschreitenden Zusam-
menarbeit soll dabei ein Herzstück des
neuen Freundschaftsvertrags zwischen
Deutschland und Frankreich sein (Bundes-
tagsdrucksache Nr. 19/440).

Der Deutsche Bundestag und die Assemblée
nationale haben eine Deutsch-Französische
Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus 18 Mit-
gliedern besteht, neun Abgeordnete des
Deutschen Bundestages und neun Abgeord-
nete der französischen Nationalversamm-

19 parlementaire franco-allemand et, d'autre
20 part, collaborer avec les gouvernements à la
21 rédaction d'un nouveau Traité de l'Élysée.
22 Le 17 mai 2018, le groupe de travail pro-
23 cède à Berlin à l'audition d'une sélection de
24 groupements de défense d'intérêts issus de
25 la société civile, d'Allemagne et de France.
26 L'objectif de cette audition est de recueillir
27 des impulsions pour ce nouveau traité. Une
28 autre audition, prévue mi-juillet 2018, à
29 Strasbourg, est consacrée spécialement aux
30 questions de la coopération transfrontalière
31 entre l'Allemagne et la France.
32
33
34

35 Par ce premier document de position, le
36 groupe de travail franco-allemand voudrait
37 dès aujourd'hui mettre en avant et concrétiser
38 la demande, contenue dans la résolution
39 du 22 janvier 2018, d'approfondissement de
40 la coopération transfrontalière. Les mesures
41 qu'il envisage poursuivent toutes un objec-
42 tif commun : éliminer les obstacles, cons-
43 truire des ponts, faciliter le quotidien – et,
44 ce faisant, rapprocher les gens dans les ré-
45 gions frontalières.
46

47 En effet, ces régions sont le lieu où
48 l'échange franco-allemand est vécu et où les
49 défis concrets du vivre ensemble sont po-
50 sés. Dans le même temps, les régions fronta-
51 lières sont l'indicateur du fonctionnement
52 de la coopération entre la France et l'Alle-
53 magne, et un espace d'expérience de mul-
54 tiples projets bilatéraux pour le rapproche-
55 ment de nos deux pays et de nos sociétés ci-
56 viles. Les attentes des citoyens envers une
57 bonne collaboration dans l'espace frontalier
58 entre l'Allemagne et la France sont élevées.
59 Cependant, la réalité du terrain ne corres-
60 pond pas aux attentes légitimes des popula-
61 tions.
62

lung. Die Deutsch-Französische Arbeits-
gruppe soll einerseits ein Deutsch-Französi-
sches Parlamentsabkommen erarbeiten und
andererseits mit den Regierungen bei der
Erarbeitung eines neuen Elysée-Vertrags zu-
sammenarbeiten. Am 17. Mai 2018 führt die
Arbeitsgruppe in Berlin eine Anhörung aus-
gewählter Interessensvertreter aus der Zivil-
gesellschaft aus Deutschland und Frank-
reich durch. Ziel ist es, Impulse für den
neuen Vertrag aufzunehmen. Eine weitere
Anhörung ist Mitte Juli 2018 in Straßburg
speziell zu den Fragen der grenzüberschrei-
tenden Zusammenarbeit zwischen Deutsch-
land und Frankreich geplant.

Mit diesem ersten Positionspapier möchte
die Deutsch-Französische Arbeitsgruppe
schon heute der Forderung aus der Resolu-
tion vom 22. Januar 2018 zur Vertiefung der
grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Nachdruck verleihen und diese konkretisie-
ren. Die Maßnahmen verfolgen allesamt ein
gemeinsames Ziel: Hürden beseitigen, Brü-
cken bauen, den Alltag erleichtern - und da-
mit die Menschen in den Grenzregionen nä-
her zusammenbringen.

Denn diese Regionen sind der Ort, an dem
deutsch-französischer Austausch gelebt
wird und in dem sich konkrete Herausfor-
derungen des Zusammenlebens stellen.
Gleichzeitig sind die Grenzregionen Grad-
messer für die funktionierende Zusammen-
arbeit zwischen Frankreich und Deutsch-
land und Entwicklungsraum für vielzählige
bilaterale Projekte zur Annäherung unserer
beiden Länder und Zivilgesellschaften. Die
Erwartungen der Menschen an eine gute
Zusammenarbeit im Grenzraum zwischen
Deutschland und Frankreich sind hoch. Al-
lerdings hinkt die Realität vor Ort diesen
berechtigten Erwartungen deutlich hinter-
her.

63 Malgré divers mécanismes de coopération
64 dans les territoires frontaliers franco-alle-
65 mands, des barrières bureaucratiques im-
66 portantes subsistent, qui entravent une inté-
67 gration plus poussée. En matière de réalisa-
68 tion de projets transfrontaliers, il existe de
69 nombreux obstacles, dus notamment à des
70 législations nationales divergentes et une
71 pratique différente des autorités en matière
72 d'autorisations. Les organismes transfronta-
73 liers existants sont aux limites de leur capa-
74 cité d'action car, d'une part, ils doivent ga-
75 rantir la participation de multiples interve-
76 nants à différents échelons de l'administra-
77 tion, et d'autre part, une pratique adminis-
78 trative harmonisée fait défaut, ainsi que les
79 nécessaires marges de manœuvre juri-
80 diques. Pour les citoyens des deux côtés de
81 la frontière, et particulièrement pour les tra-
82 vailleurs transfrontaliers, cela entraîne des
83 difficultés considérables dans leur quoti-
84 dien.

85
86 L'objectif doit donc être de trouver en-
87 semble des solutions politiques et adminis-
88 tratives aux problèmes rencontrés dans la
89 coopération transfrontalière et dans la réa-
90 lité quotidienne des citoyens. Cela concerne
91 en particulier les domaines suivants :

- 92 - la reconnaissance réciproque des di-
93 plômes et qualifications scolaires, pro-
94 fessionnels et universitaires,
- 95 - la formation professionnelle,
- 96 - l'apprentissage de la langue du parte-
97 naire,
- 98 - les échanges de personnel dans les
99 crèches et les écoles,
- 100 - les services de l'emploi et l'engagement
101 pour des normes sociales communes,
102 mais aussi la possibilité de recourir sans
103 complications aux prestations médi-
104 cales dans le pays voisin,
- 105 - la fourniture de services et la vente de
106 produits régionaux de part et d'autre de

Trotz vielfältiger Kooperationsmechanis-
men im deutsch-französischen Grenzraum
bestehen weiterhin hohe bürokratische Hür-
den, die eine stärkere Integration erschwe-
ren. Bei der Umsetzung von grenzüber-
schreitenden Projekten gibt es vielfältige
Hindernisse, nicht zuletzt aufgrund abwei-
chender nationaler Rechtsvorschriften und
behördlicher Genehmigungspraxis. Die be-
stehenden grenzüberschreitenden Gremien
stoßen an ihre Handlungsgrenzen, weil sie
einerseits die Einbindung einer Vielzahl
von Akteuren auf verschiedenen Verwal-
tungsebenen gewährleisten müssen und an-
dererseits eine einheitliche Verwaltungspra-
xis sowie die erforderlichen rechtlichen Be-
wegungsspielräume fehlen. Für die Bürge-
rinnen und Bürger auf beiden Seiten der
Grenze, insbesondere für die Grenzgänge-
rinnen und Grenzgänger, führt das zu er-
heblichen Schwierigkeiten in ihrem Alltag.

Ziel muss es also sein, gemeinsam politi-
sche und administrative Lösungen für die
Probleme zu finden, die sich aus grenzna-
her Kooperation und der Lebensrealität der
Bürgerinnen und Bürger ergeben. Dies be-
trifft insbesondere folgende Bereiche:

- die gegenseitige Anerkennung von Bil-
dungsabschlüssen aus dem schulischen,
berufsbildenden und akademischen Be-
reich,
- die Berufsbildung,
- das Erlernen der jeweiligen Nachbar-
sprache,
- den Austausch von Personal in Kinder-
tagesstätten und Schulen,
- die Arbeitsvermittlung und das Eintre-
ten für gemeinsame soziale Standards
sowie die unkomplizierte Inanspruch-
nahme von medizinischen Leistungen
im Nachbarland,

- 107 la frontière – sans dumping social ou
 108 sur les normes, mais aussi sans obs-
 109 tacles additionnels,
 110 - la sécurité intérieure – sont notamment
 111 nécessaires un meilleur échange de don-
 112 nées et une coopération étroite entre la
 113 police fédérale allemande et la Police
 114 nationale,
 115 - la couverture des réseaux de téléphonie
 116 mobile,
 117 - le développement en cohésion des in-
 118 frastructures de transport grâce à une
 119 planification conjointe.

122 **Un chapitre consacré à la coopération**
 123 **transfrontalière dans le nouveau Traité de**
 124 **l'Élysée**

126 Le nouveau Traité de l'Élysée doit définir
 127 en particulier une coordination et une orga-
 128 nisation renforcées de la collaboration
 129 franco-allemande dans l'espace frontalier,
 130 aux niveaux des communes et des régions.
 131 Au niveau européen également, le thème de
 132 la coopération transfrontalière est à l'ordre
 133 du jour. La Commission prépare actuelle-
 134 ment une première ébauche de la EBCE (Eu-
 135 ropean Cross Border Convention, conven-
 136 tion transfrontalière européenne), qui pré-
 137 voit des régimes d'exception pour ces ré-
 138 gions.

139 Le nouveau Traité de l'Élysée devrait par
 140 conséquent comprendre les éléments sui-
 141 vants :

- 143 1. Des compétences autonomes pour les
 144 territoires de coopération transfronta-
 145 lière
 146 - Nous voulons renforcer les territoires de
 147 coopération institutionnalisés transfron-
 148 taliers au niveau communal et régional,
 149 en particulier les eurodistricts, en les
 150 dotant de compétences autonomes. La

- die Erbringung von Dienstleistungen und das Verkaufen regionaler Produkte auf der jeweils anderen Seite der Grenze - ohne Sozial- und Standarddumping, aber auch ohne zusätzliche Hürden.
- die Innere Sicherheit – insbesondere sind ein besserer Datenaustausch und eine enge Zusammenarbeit von Bundespolizei und Police nationale notwendig,
- die Verfügbarkeit von Mobilfunknetzen,
- das Zusammenwachsen der Verkehrsinfrastrukturen durch gemeinsame Planung.

Ein Kapitel zur grenzüberschreitenden Zu-
sammenarbeit im neuen Elysée-Vertrag

Der neue Elysée-Vertrag muss insbesondere eine stärkere Koordination und Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Grenzraum auf kommunaler und regionaler Ebene festschreiben. Auch auf europäischer Ebene wird das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit adressiert. So bereitet die EU-Kommission derzeit einen ersten Entwurf der European Cross-Border-Convention vor, die Ausnahmenregelungen für diese Regionen anvisiert.

Der neue Élysée-Vertrag sollte daher folgende Elemente beinhalten:

1. Eigenständige Kompetenzen für grenzüberschreitende Kooperationsräume
- Wir wollen die grenzüberschreitenden institutionalisierten Kooperationsräume auf kommunaler und regionaler Ebene, insbesondere die Eurodistrikte, stärken, indem sie eigenständige Kompetenzen

- 151 légitimité démocratique de toute déci-
152 sion des eurodistricts doit être assurée.
- 153 - Les eurodistricts et les territoires de
154 coopération similaires doivent, en tant
155 qu'autorité de tutelle d'organismes
156 transfrontaliers (comme les crèches ou
157 les établissements de santé, les institu-
158 tions culturelles et de formation conti-
159 nue, les institutions dans le domaine
160 touristique) disposer de pouvoirs déci-
161 sionnels et des compétences nécessaires
162 à la mise en œuvre de leurs décisions.
163 Ils devraient pouvoir par exemple orga-
164 niser le transport public de proximité
165 transfrontalier – sans être privés des fi-
166 nancements nationaux ou régionaux
167 existant actuellement.
- 168 - Il est nécessaire d'introduire rapidement
169 des clauses d'exception et d'expérimen-
170 tation dans le droit national des deux
171 pays, par exemple selon le modèle du
172 « droit à l'expérimentation » français,
173 ainsi qu'au niveau de l'UE.
- 174 - Trois des eurodistricts sont, juridique-
175 ment, des « Groupements européens de
176 coopération territoriale » (GECT). Le
177 GECT est un acquis européen et il cons-
178 titue un bon cadre de coopération, qui
179 doit absolument être étendu, et pourvu
180 de compétences élargies. La structure
181 française des « Établissements publics
182 de coopération intercommunale à fiscalité
183 propre » (EPCI) offre également de
184 bons points de repère et des structures
185 transposables permettant d'approfondir
186 la coopération transfrontalière. Outre ce
187 transfert de compétence depuis le ni-
188 veau communal vers le niveau « immé-
189 diatement supérieur » de l'eurodistrict,
190 un transfert de compétences depuis le
191 niveau national, régional et départemen-
192 tal vers les eurodistricts est également
193 nécessaire, et plus urgent.
- 194
- erhalten. Die demokratische Legitima-
tion sämtlicher Entscheidungen der Eu-
rodistrikte muss gewährleistet sein.
- Die Eurodistrikte und ähnliche Koope-
rationsräume sollen als Träger grenz-
überschreitender Einrichtungen (wie z.
B. Kindertagesstätten oder Gesundheits-
einrichtungen, Kultur- und Fortbil-
dungseinrichtungen, Einrichtungen im
Bereich des Tourismus) Entscheidungsbefugnisse und die zu deren Umsetzung
erforderlichen Kompetenzen bekom-
men. Den grenzüberschreitenden öffent-
lichen Nahverkehr sollten sie beispiels-
weise umsetzen können - ohne dass be-
stehende Förderungen durch die natio-
nale oder regionale Ebene verloren ge-
hen.
- Es bedarf der raschen Einführung von
Ausnahme- und Experimentierklauseln
im jeweiligen nationalen Recht, z. B.
nach dem Vorbild des französischen
„droit à l'expérimentation“ und auf EU-
Ebene.
- Drei der Eurodistrikte sind rechtlich ge-
sehen ein „Europäischer Verbund für
Territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ).
Der EVTZ ist eine europäische Errun-
genschaft und bildet einen guten Rah-
men für die Kooperation, der unbedingt
ausgebaut und mit erweiterten Kompe-
tenzen versehen werden muss. Die fran-
zösische Struktur der „Etablissements
publics de coopération intercommunale
à fiscalité propre“ (EPCI) bietet ebenfalls
gute Anknüpfungspunkte und übertrag-
bare Strukturen, um die grenzüber-
schreitende Zusammenarbeit zu vertie-
fen. Neben dieser Verlagerung von kom-
munalen Zuständigkeiten auf die
„nächsthöhere“ Eurodistrikt-Ebene ist
zusätzlich und vordringlicher eine Ver-
lagerung von Kompetenzen von Bundes-

- 195 - En particulier, les territoires de coopéra-
196 tion institutionnalisés transfrontaliers
197 au niveau communal et régional ont be-
198 soin de leur propre budget, correcte-
199 ment pourvu, pour pouvoir être effecti-
200 vement actifs en tant que tutelle d'orga-
201 nismes communs.
202
203
204
- 205 2. Une stratégie de long terme pour le dé-
206 veloppement des régions frontalières et
207 un programme franco-allemand d'investis-
208 tissements
- 209 - Cette stratégie doit permettre d'identi-
210 fier, de décider et de mettre en œuvre
211 les projets d'utilité transfrontalière qui
212 apportent une plus-value aux deux par-
213 ties et favorisent un essor commun. Il
214 s'agit d'une part d'investissements dans
215 les infrastructures transfrontalières,
216 comme les routes les voies ferrées, les
217 pistes cyclables, les voies fluviales et les
218 ponts, mais aussi les connexions inter-
219 net rapides, les réseaux d'énergie et les
220 infrastructures pour la mobilité élec-
221 trique. Il s'agit d'autre part de projets
222 d'espaces naturels et de loisirs trans-
223 frontalières, ou du développement de
224 concepts communs pour la protection
225 contre les crues du Rhin.
- 226 - La création de l'espace Schengen a en-
227 traîné la suppression des contrôles aux
228 frontières entre l'Allemagne et la
229 France. Il est nécessaire à présent d'éli-
230 miner les barrières et obstacles concrets
231 et de promouvoir le développement
232 coordonné des régions. Pour cela, il faut
233 de la volonté politique, il faut simplifier
234 les règles et il faut un programme
235 franco-allemand commun d'investisse-
236 ments pour les régions frontalières.
237
238
- und Landesebene auf die Eurodistrikte
erforderlich.
- Insbesondere benötigen die grenzüber-
schreitenden institutionalisierten Ko-
operationsräume auf kommunaler und
regionaler Ebene ein eigenes, relevantes
Budget, um tatsächlich als Träger von
gemeinsamen Einrichtungen aktiv wer-
den zu können.
2. Eine langfristige Strategie zur Entwick-
lung der Grenzregionen und ein
deutsch- französisches Investitionspro-
gramm
- Diese Strategie muss ermöglichen, dass
Projekte mit grenzüberschreiten-
dem Nutzen identifiziert, entschieden
und umgesetzt werden, die einen Mehr-
wert für beide Seiten haben und das Zu-
sammenwachsen fördern. Einerseits
geht es dabei um Investitionen in grenz-
überschreitende Infrastruktur. Das gilt
für Straßen, Schienen, Fahrradwege,
Wasserstraßen und Brücken genauso
wie für schnelle Internetleitungen, Ener-
gienetze und Infrastruktur für Elektro-
mobilität. Andererseits geht es um Pro-
jekte wie grenzüberschreitende Natur-
und Naherholungsräume oder auch ge-
meinsame Konzepte für den Hochwas-
serschutz am Rhein.
- Mit dem Schengen-Raum wurden
Grenzkontrollen zwischen Deutschland
und Frankreich abgeschafft. Jetzt gilt es,
die tatsächlichen Hürden und Barrieren
aufzuheben und das Zusammenwach-
sen der Regionen zu fördern. Dazu
braucht es den politischen Willen, die
Vereinfachung von Regelungen und ein
gemeinsames deutsch-französisches In-
vestitionsprogramm für die Grenzregio-
nen.
- Zur Umsetzung bedarf es eines effekti-
ven Entscheidungsprozesses, in dem die

- 239 - La mise en œuvre d'une telle stratégie
240 nécessite un processus de décision effi-
241 cace, où soient incluses les instances par-
242 lementaires pertinentes et la société ci-
243 vile, tout en avançant rapidement.
- 244 - L'échelon gouvernemental devrait avoir
245 la maîtrise de l'élaboration de cette stra-
246 tégie, en concertation avec les Länder et,
247 avant tout, les échelons communaux et
248 régionaux concernés.
- 249
- 250 3. Renforcement des organismes bilatéraux
251 et trilatéraux de la coopération trans-
252 frontalière
- 253 - Un groupe de travail transfrontalier
254 composé de personnalités de haut ni-
255 veau doit être mis en place. Il ne devrait
256 pas se trouver en concurrence avec les
257 institutions existantes, telles que la
258 « Conférence du Rhin supérieur », trila-
259 térale (Allemagne, France, Suisse), ou le
260 « Dialogue Allemagne-France sur la coo-
261 pération transfrontalière », bilatéral,
262 mais devrait soutenir leurs activités.
- 263 - Ce groupe de travail doit avoir un an-
264 crage local et régional, mais aussi natio-
265 nal.
- 266 - Il s'emploiera activement à remédier
267 aux points d'achoppement entre sys-
268 tèmes juridiques, qui ralentissent la
269 mise en œuvre de projets transfronta-
270 liers et créent des problèmes dans le
271 quotidien des travailleurs frontaliers, et
272 il s'engagera au niveau national et au ni-
273 veau des Länder pour rapprocher les
274 deux ordres juridiques et leurs applica-
275 tions administratives. Il peut s'inspirer
276 de l'exemple existant de la « Task Force
277 Frontaliers » (TFF) de la Grande Région,
278 dans le sens de la communication
279 COM(2017) 534 (« Stimuler la crois-
280 sance et la cohésion des régions fronta-
281 lières de l'Union européenne ») de la
282 Commission européenne. On trouve des
- relevanten parlamentarischen Ebenen
genauso wie die Zivilgesellschaft einge-
bunden sind und der dennoch zügig
verläuft.
- Die Strategie sollte federführend auf Re-
gierungsebene in Abstimmung mit den
Bundesländern sowie vor allem den be-
troffenen kommunalen und regionalen
Ebenen ausgearbeitet werden.
3. Stärkung der bi- und trilateralen Gre-
mien der grenzüberschreitende Zusam-
menarbeit
- Es muss eine hochrangige grenzüber-
schreitende Arbeitsgruppe eingesetzt
werden. Diese sollte nicht in Konkur-
renz zu bestehenden Institutionen, wie
der trilateralen „Oberrhein-Konferenz“
(Deutschland, Frankreich, Schweiz) o-
der dem bilateralen „Dialog Deutsch-
land-Frankreich zur grenzüberschreiten-
den Zusammenarbeit“ stehen, sondern
deren Aktivitäten stützen.
- Diese Arbeitsgruppe muss sowohl lokal
und regional als auch national verankert
sein.
- Sie beschäftigt sich aktiv mit der Auflö-
sung von rechtlichen Disharmonien, die
die Umsetzung von grenzüberschreiten-
den Projekten lähmen und im Alltag der
Grenzgänger Probleme schaffen und
setzt sich auf nationaler Ebene und auf
der Ebene der Länder dafür ein, die bei-
den Rechtsordnungen und administra-
tive Umsetzungen einander anzunähern.
Sie kann sich dabei an dem Vorbild der
bestehenden „Task Force Grenzgänger
der Großregion“ (TFG) im Sinne der EU-
Kommission (Mitteilung
KOM 534/2017) orientieren. Beispiele
für Disharmonien reichen vom Umgang
mit Sozialversicherungsausweisen bis
zu Hygienevorschriften.

- 283 exemples de différences entre systèmes
 284 juridiques depuis les procédures rela-
 285 tives aux attestations de sécurité sociale
 286 jusqu'aux dispositions en matière d'hy-
 287 giène.
- 288 - Le groupe de travail devrait en outre se
 289 saisir de l'application dans le contexte
 290 franco-allemand de l'ECBE (European
 291 Cross Border Convention, convention
 292 transfrontalière européenne), instru-
 293 ment juridique de l'UE actuellement en
 294 cours d'élaboration.
- 295
- 296 4. Participation des représentants des ré-
 297 gions frontalières dans les instances de
 298 décision suprarégionales
- 299 - Le groupe de travail mentionné supra et
 300 les représentants des régions fronta-
 301 lières doivent concourir aux conseils
 302 des ministres franco-allemands.
- 303 - Les bassins transfrontaliers doivent par-
 304 ticiper comme tels à la préparation des
 305 sessions plénières du Comité des Ré-
 306 gions à Bruxelles, et y représenter leurs
 307 intérêts communs.
- 308 - De plus, les « Conférences sur la coopé-
 309 ration transfrontalière », tenues annuel-
 310 lement depuis 2013, devraient être ren-
 311 forcées et soutenues afin de discuter de
 312 la collaboration transfrontalière et d'éla-
 313 borer des stratégies et projets communs
 314 avec les acteurs politiques et les ac-
 315 teurs de la société civile pertinents.
- 316
- 317
- 318
- 319
- 320 5. Évaluation différenciée de l'impact des
 321 lois
- 322 - S'agissant des projets législatifs qui tou-
 323 chent aux relations transfrontalières,
 324 leurs conséquences éventuelles pour les
 325
 326
- Die Arbeitsgruppe sollte sich darüber
 hinaus auch mit der Umsetzung des in
 Vorbereitung befindlichen EU-Rechtsin-
 struments ECBE (European Cross-Border
 Convention) im deutsch-französischen
 Kontext befassen.
4. Einbindung der Vertreter der Grenzregi-
onen in überregionale Entscheidungs-
gremien
- Die oben genannte Arbeitsgruppe und
 die Vertreter der Grenzregionen sollen
 an den Deutsch-Französischen Minister-
 räten mitwirken.
- Die grenzüberschreitenden Einzugsbe-
 reiche sollen an der Vorbereitung der
 Vollversammlungen des Ausschusses
 der Regionen in Brüssel teilnehmen und
 dort ihre gemeinsamen Interessen ver-
 treten.
- Darüber hinaus müssen regelmäßig die
 seit 2013 jährlich stattfindenden sog.
 „Grenzraum-Konferenzen“ ausgebaut
 und gefördert werden, um den Dialog
 mit relevanten politischen und gesell-
 schaftlichen Akteuren der verschiede-
 nen Ebenen über die grenzüberschrei-
 tende Zusammenarbeit zu diskutieren
 und gemeinsame Projekte und Strate-
 gien auszuarbeiten.
5. Differenzierte Gesetzesfolgenabschät-
zung
- Bei Gesetzesvorhaben, die die grenz-
 überschreitenden Beziehungen tangie-
 ren, sollten in beiden Ländern die mög-

327 régions frontalières devraient faire l'ob-
328 jet d'une analyse systématique et diffé-
329 renciée, dans les deux pays.

330
331
332
333
334

BERLIN, LE 17 MAI 2018

lichen Folgen für die grenznahen Regio-
nen systematisch und differenziert un-
tersucht werden.

BERLIN, DEN 17. MAI 2018

Sabine Thillaye

Co-Présidente du groupe de travail
franco-allemand

Andreas Jung

Vorsitzender der Deutsch-Französi-
schen Arbeitsgruppe

Christophe Arend

Co-Président du groupe de travail
franco-allemand

Pour la mise en œuvre de projets d'utilité transfrontalière : le « paquet régions frontalières »

1 Le groupe de travail franco-allemand de-
2 mande la mise en œuvre d'un « paquet ré-
3 gions frontalières » par l'Allemagne et la
4 France. Parallèlement à la ratification du
5 Traité de l'Élysée, des projets concrets doi-
6 vent ainsi voir le jour. Le renouvellement
7 de l'amitié doit s'exprimer non seulement
8 par des paroles claires, mais aussi par des
9 actions résolues.

- 10
- 11 1. Apprentissage de la langue du parte-
12 naire et encouragement de la connais-
13 sance mutuelle
14 - L'acquisition de la langue revêt une va-
15 leur singulière dans les régions fronta-
16 lières et elle doit dès lors être soutenue
17 plus fortement. Il faut encourager no-
18 tamment l'apprentissage de la « langue
19 du quotidien », et créer des offres d'en-
20

Das „Grenzregionen-Paket“ zur Umsetzung von Projekten mit grenzüberschreitendem Nutzen

Die Deutsch-Französische Arbeitsgruppe fordert die Umsetzung eines „Grenzregionen-Pakets“ durch Deutschland und Frankreich. Parallel mit der Ratifizierung des Elysée- Vertrags sind damit konkrete Projekte umzusetzen. Die Erneuerung der Freundschaft muss neben klaren Worten in entschiedenen Taten zum Ausdruck kommen.

1. Erlernen der Partnersprache und Förde-
rung des Wissens übereinander
- Der Spracherwerb hat in der Grenzre-
gion einen besonderen Stellenwert und muss daher stärker gefördert werden. Insbesondere sollte auch das Erlernen der „Alltagssprache“ unterstützt und niedrigschwellige Angebote für Berufstätige in Dienstleistungsbereichen, zum

21 seignement linguistique de base desti-
22 nées à certains personnels des secteurs
23 des services, comme par exemple dans
24 les secteurs commerciaux et de la gas-
25 tronomie.

26 - Une stratégie pour le territoire fronta-
27 lier, définie en concertation bilatérale,
28 sur le modèle de la stratégie « France »
29 du Land de Sarre, est indispensable à
30 cet égard.

31 - Pour l'entente mutuelle, une meilleure
32 connaissance du pays voisin est néces-
33 saire. Les échanges, les offres d'informa-
34 tions, les médias bilingues et la diffu-
35 sion de connaissance sur les sujets
36 transfrontaliers doivent dès lors être dé-
37 veloppés.

38

39 2. Formation professionnelle transfronta-
40 lière et projet-phare « Centre de forma-
41 tion professionnelle franco-allemand »

42 - Des centres de formation profession-
43 nelle communs doivent être créés, avec
44 une offre transfrontalière d'apprentis-
45 sage et de formation aux métiers. La for-
46 mation doit par exemple contenir l'ac-
47 quisition de la langue du voisin et une
48 partie pratique dans une entreprise fran-
49 çaise ou allemande. Les coopérations
50 franco-allemandes déjà existantes,
51 comme par exemple dans le Rhin supé-
52 rieur et en Sarre, constituent un préam-
53 bule important. Ces projets doivent être
54 davantage soutenus et renforcés.

55 - Ces centres de formation profession-
56 nelle doivent permettre la réussite
57 d'épreuves diplômantes, comme les
58 examens des chambres allemandes de
59 commerce et d'industrie (IHK-Prüfung),
60 en allemand et/ou en français.

61 - La reconnaissance des diplômes de ces
62 centres doit être garantie dans toute la
63 France et toute l'Allemagne.

64

Beispiel im Verkaufs- und Gastronomie-
bereich geschaffen werden.

- Dafür ist eine bilateral abgestimmte
Strategie für den Grenzraum nach dem
Vorbild der Frankreichstrategie des
Saarlandes unerlässlich.

- Für das gegenseitige Verständnis ist ein
besseres Wissen von- und übereinander
notwendig. Austauschveranstaltungen,
Informationsangebote, zweisprachige
Medien sowie Berichterstattung über
grenzüberschreitende Themen müssen
daher ausgebaut werden.

2. Grenzüberschreitende Berufsbildung
und Leuchtturmprojekt „Deutsch-Fran-
zösisches Berufsschulzentrum“

- Es müssen gemeinsame Berufsschulzen-
tren geschaffen werden, die Ausbildung
und berufsbildende Maßnahmen grenz-
überschreitend anbieten. Die Ausbil-
dung muss zum Beispiel den Erwerb
der Nachbarsprache und einen Praxis-
teil in deutschen und französischen Be-
trieben beinhalten. Die bereits bestehen-
den deutsch-französischen Kooperatio-
nen, wie zum Beispiel am Oberrhein
und im Saarland, stellen einen wichti-
gen ersten Anfang daher. Diese Projekte
müssen verstärkt gefördert und ausge-
baut werden.

- Die Berufsschulzentren müssen ermög-
lichen, dass Abschlussprüfungen, wie
IHK-Prüfungen auf Deutsch und/oder
Französisch, abgelegt werden können.

- Die Anerkennung ihrer Diplome muss
frankreich- und deutschlandweit ge-
währleistet sein.

- 65 - La création de ces centres doit s'appuyer sur l'expertise du Secrétariat
66 franco-allemand pour les échanges en
67 formation professionnelle (DFS/SFA).
68 Ce dernier devrait en outre jouer un rôle
69 actif dans le processus de formation.
70
- 71 - Dans ce contexte, il convient également
72 de poursuivre le projet-pilote transfrontalier « Azubi-Bacpro », qui a connu sa
73 première promotion en 2017, et de promouvoir le développement de programmes d'études communs.
74
75
76
77
78
- 79 **3. Services de l'emploi transfrontaliers**
- 80 - Le Service de placement transfrontalier
81 Strasbourg-Ortenau est un projet-pilote
82 unique en son genre, qui doit être développé. Les coopérations déjà existantes
83 entre la Bundesagentur für Arbeit et
84 Pôle Emploi devraient être renforcées
85 selon ce modèle.
86
- 87 - Un budget commun pour les services de
88 l'emploi doit être créé pour les régions
89 frontalières. Celui-ci permettrait d'affecter, des deux côtés de la frontière, des
90 ressources aux services de l'emploi, à la
91 qualification professionnelle, aux cours
92 de langue à orientation professionnelle,
93 aux informations et conseils sur les métiers, aux aides à la mobilité, etc.
94
- 95 - Les règles actuelles en vertu desquelles
96 les financements pour le marché du travail ne peuvent être engagés qu'au niveau national doivent être abrogées
97 pour les régions frontalières. Cela permettrait d'affecter, en vue du recrutement et de la qualification (y compris linguistique) de travailleurs venus de
98 France pour le marché du travail allemand, les mêmes moyens et instruments que pour les travailleurs allemands. Et il en va de même dans l'autre
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
- Bei der Errichtung dieser Zentren sollte auf die Expertise des Deutsch-Französischen Sekretariats für den Austausch in der beruflichen Bildung (DFS/FSA) zurückgegriffen werden. Das Sekretariat sollte außerdem eine aktive Rolle im Ausbildungsprozess spielen.
- In diesem Zusammenhang soll auch das länderübergreifende Modellprojekt „Azubi-BacPro“, dessen erster Jahrgang 2017 abgeschlossen hat, weitergefördert und die Entwicklung von gemeinsamen Curricula vorangetrieben werden.
3. **Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung**
- Die deutsch-französische Arbeitsagentur ist ein einzigartiges Pilotprojekt und soll ausgebaut werden. Auch die bestehenden Kooperationen zwischen der Bundesagentur für Arbeit und „Pôle emploi“ sollten nach diesem Vorbild weiter ausgebaut werden.
- Für die grenznahen Regionen muss ein gemeinsam getragenes Vermittlungsbudget geschaffen werden. Damit können Mittel für die Arbeitsvermittlung, berufliche Qualifizierung, berufsbezogene Sprachkurse, Berufsinformation, Berufsberatung, Mobilitätshilfen u. a. auf beiden Seiten der Grenze eingesetzt werden.
- Bisherige Bestimmungen, nach denen Arbeitsmarktmittel nur national eingesetzt werden dürfen, werden für die Grenzregionen aufgehoben. Damit können für die Gewinnung und Qualifizierung (einschließlich Sprachqualifizierung) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus Frankreich für den deutschen Arbeitsmarkt die gleichen Mittel und Instrumente eingesetzt werden wie für einen Inländer. Und gleiches gilt umgekehrt für den Einsatz der

109 sens, s'agissant de l'utilisation des res-
110 sources de l'administration française
111 pour l'emploi.
112

113 4. Amélioration en matière de détache-
114 ment des travailleurs

- 115 - Supprimer les obstacles au détachement
116 de travailleurs sans pratiquer de dum-
117 ping salarial ou social, tel est le sens de
118 la coopération transfrontalière. La sup-
119 pression des obstacles ne doit donc pas
120 se faire au détriment des travailleurs dé-
121 tachés. Afin d'apporter cette garantie, et
122 de lutter contre le travail précaire, il
123 convient de développer et de renforcer
124 les structures de conseil pour les tra-
125 vailleurs mobiles et les travailleurs
126 transfrontaliers, en impliquant les parte-
127 naires sociaux également aux niveaux
128 régional et interrégional. Les consulta-
129 tions en cours entre le Bade-Wurtem-
130 berg, la Rhénanie-Palatinat et la Sarre
131 avec des acteurs français pertinents
132 pour l'élaboration d'une démarche com-
133 mune concernant ces questions sont à
134 soutenir et devraient être renforcées
135 pour parvenir à une solution adaptée
136 aux régions frontalières.
- 137 - Les mesures suivantes pourraient con-
138 tribuer à une élimination des obstacles:
139 assouplissement de l'obligation de si-
140 gnalement, suppression ou limitation
141 des frais administratifs, prolongation de
142 la validité du permis non seulement
143 pour les métiers de la construction,
144 offre en langue allemande ou française
145 sur le portail national de l'autre pays
146 pour les sociétés qui veulent notifier le
147 détachement de travailleurs.
148
149
150
151
152

Mittel der französischen Arbeitsverwal-
tung.

4. Verbesserung bei der Arbeitnehmerent-
sendung

- Es ist im Sinne der grenzüberschreiten-
den Zusammenarbeit, wenn Hürden bei
der Arbeitnehmerentsendung abgebaut
werden, ohne dass es zu Lohn- oder So-
zialdumping kommt. Deshalb darf der
Abbau von Hürden nicht zu Lasten ent-
sendeter Arbeitnehmer gehen. Um dies
zu gewährleisten und prekäre Beschäfti-
gung zu bekämpfen sind die Beratungs-
strukturen für mobile Arbeitnehmer
und Grenzgänger auszubauen und zu
stärken und die Sozialpartner auch auf
regionaler und interregionaler Ebene zu
beteiligen. Die fortlaufenden Konsultati-
onen zwischen Baden-Württemberg,
Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit
den relevanten französischen Akteuren
zur Ausarbeitung eines gemeinsamen
Vorgehens in dieser Frage sind zu un-
terstützen und sollten ausgebaut wer-
den, um gemeinsam zu einer für die
Grenzregionen tragbare Lösung zu ge-
langen.
- Folgende Maßnahmen könnten zu ei-
nem Abbau von Hürden beitragen: eine
Lockerung der Meldepflicht, eine Ab-
schaffung bzw. Einschränkung der Ver-
waltungsgebühr sowie eine länger gül-
tige Ausweiskarte nicht nur für das Bau-
gewerbe und ein deutsch- bzw. franzö-
sischsprachiges Angebot des jeweiligen
nationalen Meldeportals für Firmen, die
Arbeitnehmer zur Entsendung anmel-
den wollen.

- 153 5. Réutilisation en commun du site de la
154 centrale nucléaire de Fessenheim
155 - Nous soutenons l'initiative franco-alle-
156 mande régionale pour la réutilisation et
157 le développement économique du site
158 de la centrale nucléaire de Fessenheim.
159 L'initiative propose, après l'arrêt de la
160 centrale en 2019, de développer sur le
161 site une zone d'activités franco-alle-
162 mande transfrontalière (sur le modèle
163 du « GewerbePark Breisgau »). Partant
164 d'une analyse commune des besoins,
165 cela inclut la création d'une société
166 d'économie mixte, le rétablissement de
167 la ligne ferroviaire entre Colmar et Fri-
168 bourg-en-Breisgau y compris la construc-
169 tion de ponts sur le Rhin, la création
170 d'une zone portuaire le long du Grand
171 Canal d'Alsace et le raccordement entre
172 les autoroutes A35, côté français et A5,
173 côté allemand.
174 - D'après ce modèle et pour relever en-
175 semble les défis, qui peuvent apparaître
176 dans les régions frontalières notamment
177 à travers la question des centrales nu-
178 cléaires, le dialogue transfrontalier de-
179 vrait être renforcé avec les responsables
180 politiques et les acteurs de la société ci-
181 vile.
182
183
184 6. Zones d'activités transfrontalières
185 - Dans les régions frontalières qui sont
186 confrontées à un changement structurel
187 profond, comme le Warndt et le
188 Bliesgau, le développement de zones
189 d'activités transfrontalières doit être
190 testé.
191
192 7. Développement en cohésion des infras-
193 tructures de transport
194 - En vue d'une intégration renforcée du
195 l'espace frontalier, le raccordement des
196
5. Gemeinsame Nachnutzung des Gebiets
vom AKW Fessenheim
- Wir unterstützen die regionale deutsch-
französische Initiative zur Nachnutzung
und wirtschaftlichen Entwicklung des
Gebiets des Kernkraftwerks Fessenheim.
Die Initiative schlägt vor, nach Abschalt-
ung des AKW Fessenheim im Jahr 2019
auf dem Areal ein grenzüberschreiten-
des deutsch-französisches Gewerbege-
biet aufzubauen (basierend auf dem Mo-
dell „Gewerbepark Breisgau“). Auf Ba-
sis gemeinsamer Bedarfsanalysen gehört
dazu die Gründung einer gemischtwirt-
schaftlichen Gesellschaft, die Wieder-
herstellung der Bahnlinie zwischen
Colmar und Freiburg verbunden mit
dem Brückenbau über den Rhein, der
Ausbau einer Hafenzonen am Rheinsei-
tenkanal und die Verbindung der fran-
zösischen Autobahn A35 mit der deut-
schen A5.
- Nach diesem Vorbild und zur gemeinsa-
men Bewältigung der Herausforderun-
gen, die für die Grenzregionen durch
andere grenznahe Kernkraftwerke ent-
stehen können, sollte der grenzüber-
schreitende Dialog mit den politischen
und gesellschaftlichen Verantwortli-
chen verstärkt werden.
6. Grenzüberschreitende Gewerbeparks
- In grenznahen Regionen, die mit einem
tiefgreifenden Strukturwandel konfront-
iert sind, wie zum Beispiel im Warndt
und im Bliesgau, soll die Entwicklung
von grenzüberschreitenden Gewerbe-
parks erprobt und getestet werden.
7. Zusammenwachsende Verkehrsinfra-
struktur
- Zur stärkeren Integration des Grenz-
raums ist die Verbindung der Verkehrs-
infrastruktur unter Berücksichtigung

- 197 infrastructures de transport est néces-
198 saire et urgent, en tenant compte égale-
199 ment des stratégies européennes en ma-
200 tière de transports.
- 201 - L'un des éléments-clés est le projet fer-
202 roviaire franco-allemand de reconstruc-
203 tion de la ligne reliant Fribourg-en-Bris-
204 gau et Colmar, détruite durant la Deu-
205 xième Guerre mondiale, et d'autres
206 lignes importantes, comme la ligne de la
207 vallée de la Nied, entre Dillingen, Bou-
208 zonville et Metz, la liaison entre Stras-
209 bourg et le Palatinat, les lignes Stras-
210 bourg-Rastatt-Karlsruhe, Sarrebruck-
211 Niedermodern-Karlsruhe, Saargemünd-
212 Bitche-Niederbronn-Hagenau etc.
- 213 - Le transport de proximité transfrontalier
214 devrait donc être étendu, sur le modèle
215 de la liaison tram-train entre Sarrebruck
216 et Sarreguemines (en service depuis
217 1997), de la liaison Sarrebruck-Forbach
218 et du tramway Strasbourg-Kehl (en ser-
219 vice depuis 2017). Ces projets d'infras-
220 tructures contribuent de manière consi-
221 dérable au développement commun
222 économique et urbanistique des régions
223 frontalières.
- 224 - Le financement de projets d'infrastruc-
225 tures transfrontaliers ainsi que de leur
226 exploitation devraient être garantis sur
227 le long terme afin d'éviter les renégocia-
228 tions annuelles et les incertitudes
229 qu'elles entraînent. Nous aspirons à ce
230 que l'activité transfrontalière de l'infras-
231 tructure ferroviaire soit facilitée.
- 232 - Il est également judicieux de prévoir
233 des solutions transfrontalières pour l'ac-
234 quisition des tickets et les systèmes de
235 renseignements, l'interconnexion des
236 informations sur le trafic et la mise à
237 disposition de ces informations sur une
238 seule plateforme de mobilité. Il doit y
239 avoir notamment un abonnement trans-
240 frontalier unique pour les étudiants de
- auch der europaweiten Verkehrsstrate-
gien dringend notwendig.
- Ein Kernelement bildet das deutsch-
französische Eisenbahnprojekt zum
Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg
zerstörten Eisenbahnstrecke Freiburg-
Colmar, sowie weiterer relevanter Stre-
cken, wie die Niedtalstrecke von Dillin-
gen über Bouzonville nach Metz, die
Anbindung Straßburg-Pfalz, Straßburg-
Rastatt-Karlsruhe, Saarbrücken-Nieder-
modern-Karlsruhe, Saargemünd-Bitche-
Niederbronn-Hagenau, u.a.
- Auch sollte der grenzüberschreitende
Nahverkehr nach dem Vorbild der Stra-
ßenbahnverbindungen Saarbrücken-
Saargemünd (seit 1997 in Betrieb) und
Saarbrücken-Forbach und der TRAM
Strasbourg-Kehl (seit 2017 in Betrieb)
ausgebaut werden. Diese Infrastruktur-
projekte tragen erheblich zum wirt-
schaftlichen und städtebaulichen Zu-
sammenwachsen der Grenzregionen bei.
- Die Finanzierung grenzüberschreitender
Infrastrukturprojekte sollte längerfristig
gesichert sein, um jährliche Neuver-
handlungen und damit verbundene Un-
sicherheiten zu vermeiden. Wir streben
Erleichterungen für den grenzüber-
schreitenden Betrieb der Schienen-Inf-
rastruktur an.
- Sinnvoll sind auch grenzüberschrei-
tende Ticketlösungen und Auskunftss-
ysteme, die Vernetzung der bestehen-
den Verkehrsinformationen und die Be-
reitstellung der Daten auf einer Mobili-
tätsplattform. Insbesondere muss es ein
einziges grenzüberschreitendes Semes-
terticket für Studenten des internationa-
len Hochschulverbunds Universität der
Großregion (UNIGR) und des trinationa-
len Universitätsverbunds Eucor geben.
- Das Zusammenwachsen der Verkehrs-
infrastruktur soll durch die Möglichkeit

241 l'Université de la Grande Région
 242 (UniGR) et du Campus européen trina-
 243 tional Eucor.
 244 - Ce développement en cohésion des in-
 245 frastructures de transport doit être sou-
 246 tenu en prévoyant la possibilité d'ap-
 247 pels d'offres conjoints pour les services
 248 ferroviaires.
 249
 250 8. Réseaux d'énergie et électromobilité
 251 - Sur fond de transition énergétique et de
 252 protection du climat, l'Allemagne et la
 253 France doivent développer leurs ré-
 254 seaux d'énergie dans une perspective
 255 transfrontalière. Cela permet une opti-
 256 misation des systèmes énergétiques et
 257 des réseaux de distribution par-delà la
 258 frontière.
 259 - Il y a lieu par exemple de prévoir la
 260 possibilité de créer des coopératives
 261 d'énergie conjointes.
 262 - De même, une infrastructure franco-al-
 263 lemande transfrontalière doit être déve-
 264 loppée pour l'électromobilité et les
 265 autres systèmes de propulsion alterna-
 266 tifs. Concrètement, cela signifie qu'il
 267 faut coordonner l'installation des deux
 268 côtés de la frontière de bornes de re-
 269 charge compatibles le long des auto-
 270 routes et des grands axes.
 271
 272 9. Internet rapide et réseaux de téléphonie
 273 mobile
 274 - Pour la convergence progressive des ré-
 275 gions frontalières, une meilleure effecti-
 276 vité et accessibilité à tous des réseaux
 277 de téléphonie mobile et d'Internet sont
 278 indispensables.
 279
 280 10. Intensification des échanges universi-
 281 taires et de la coopération scientifique
 282 - Les regroupements d'universités de
 283 l'« Université de la Grande Région »
 284 (quadrinational : Belgique, Allemagne,

gemeinsamer Ausschreibungen für
 Schienenverkehrsleistungen gefördert
 werden.

8. Energienetze und Elektromobilität
 - Vor dem Hintergrund der Energiewende
 und des Klimaschutzes müssen
 Deutschland und Frankreich ihre Ener-
 gienetze grenzüberschreitend ausbauen.
 Das ermöglicht eine grenzübergreifende
 Optimierung der Energiesysteme und
 Verteilnetze.
 - Es muss z.B. auch die Möglichkeit ge-
 ben, gemeinsame Energiegenossenschaf-
 ten zu gründen.
 - Ebenso soll eine grenzüberschreitende
 deutsch-französische Infrastruktur für
 Elektromobilität und andere alternative
 Antriebe aufgebaut werden. Das bedeu-
 tet konkret, dass der Ausbau von kom-
 patiblen Ladesäulen an Autobahnen
 und Fernstraßen beiderseits der Grenze
 koordiniert wird.
 9. Schnelles Internet und Mobilfunknetze
 - Für das Zusammenwachsen der Grenz-
 regionen sind die bessere Verfügbarkeit
 von Mobilfunknetzen und die Bereit-
 stellung von schnelleren Internetverbin-
 dungen unerlässlich.
 10. Stärkung des universitären Austauschs
und der Wissenschaftskooperation
 - Die Universitätsverbände „Universität
 der Großregion“ (quadrinational: Bel-

285 France et Luxembourg) et du « Campus
286 européen Eucor » (trinational : Alle-
287 magne, France, Suisse) doivent bénéfici-
288 er d'un soutien accru. Concrètement,
289 ils doivent se muer en « Universités eu-
290 ropéennes ».

- 291 - Il convient également de vérifier si l'Eu-
292 cor et l'UniGR, ou ces « Universités eu-
293 ropéennes » peuvent être dotées d'un
294 statut juridique autonome (européen).
295 Ce serait une avancée importante pour
296 la solution de problèmes administratifs,
297 comptables et relatifs aux droits so-
298 ciaux, qui font obstacle à une coopéra-
299 tion européenne plus intense entre uni-
300 versités.
- 301 - Développement et encouragement des
302 écoles, collèges et lycées franco-alle-
303 mands, et renforcement de l'enseigne-
304 ment supérieur dans les régions fronta-
305 lières, dans l'esprit de l'idéal européen.
306

307 11. Sécurité intérieure

- 308 - C'est à l'échelon multinational que la
309 sécurité dans le domaine frontalier peut
310 être organisée au mieux. Le renforce-
311 ment et, le cas échéant, la création
312 d'une autorité de police des frontières
313 trinationale (réunissant France, Alle-
314 magne et Suisse, ou Luxembourg et Bel-
315 gique) sont nécessaires à cet égard. Le
316 « Centre de coopération policière et
317 douanière » (CCPD), basé à Luxem-
318 bourg, peut constituer un modèle.
319

320 12. Amélioration de la protection de la na- 321 ture transfrontalière et des voies navi- 322 gables

- 323 - La nature ne connaissant pas de fron-
324 tières, la protection de la nature doit
325 être promue à l'échelon transfrontalier,
326 ainsi que la protection contre les crues.
327
328

gien, Deutschland, Frankreich und Lu-
xemburg) und „European Campus-Eu-
cor“ (trinational: Deutschland, Frank-
reich, Schweiz) sollen verstärkt geför-
dert werden. Konkret sollen sie zu „Eu-
ropäischen Universitäten“ weiterentwi-
ckelt werden.

- Auch ist zu prüfen, ob Eucor und U-
NIGR bzw. den „Europäischen Universi-
täten“ ein eigenes, (europäisches)
Rechtsstatut gewährt werden kann. Das
wäre ein wichtiger Schritt zur Lösung
von administrativen, finanztechnischen
und sozialversicherungsrechtlichen
Problemen, die einer intensiveren euro-
päischen Zusammenarbeit der Hoch-
schulen entgegenstehen.
- Ausbau und Förderung deutsch-franzö-
sischer Schulen und Stärkung des
Hochschulwesens in den Grenzregionen
im Sinne des europäischen Gedankens.

11. Innere Sicherheit

- Die Sicherheit im Grenzbereich kann
am besten multinational organisiert
werden. Dafür ist die Stärkung und ggf.
Einrichtung einer trinationalen Grenz-
polizei-Behörde (Frankreich, Deutsch-
land, Schweiz bzw. Luxemburg und
Belgien) notwendig. Vorbild kann dabei
das „Centre de coopération polici-
ère et douanière quadripartite (CCPD)“
in Luxemburg sein.

12. Verbesserungen bei grenzüberschreiten- dem Naturschutz und Wasserstraßen

- Da die Natur keine Grenzen kennt, muss
grenzüberschreitende Naturschutz vo-
rangebracht und Hochwasserschutz aus-
gebaut werden.
- Der Rhein im Bereich des Naturschutz-
gebietes Taubergießen und des Réserve

- 329 - Une renaturation du Rhin doit être me-
330 née dans le secteur des réserves natu-
331 relles du Taubergiessen et de l'île de
332 Rhinau. L'objectif poursuivi est de réta-
333 blir les espaces naturels sur le territoire
334 frontalier.
335 - Maintien et développement du réseau
336 transfrontalier de canaux et voies navi-
337 gables, par exemple entre Sarrebruck et
338 Sarreguemines.

BERLIN, LE 17 MAI 2018

Sabine Thillaye
Co-Présidente du groupe de travail
franco-allemand

Christophe Arend
Co-Président du groupe de travail
franco-allemand

- Naturelle „Ile de Rhinau“ soll renatu-
riert werden. Ziel ist es, naturnahe Le-
bensräume im Grenzraum wiederherzu-
stellen.
- Erhalt und Ausbau des grenzüberschrei-
tenden Netzes an Kanälen und Wasser-
straßen beispielsweise Saarbrücken –
Saargemünd.

BERLIN, DEN 17. MAI 2018

Andreas Jung
Vorsitzender der Deutsch-Französi-
schen Arbeitsgruppe